blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Nicaragua muß überleben

Außerdem:

Kurdistan, Iran, Westsahara, Guatemala, Philippinen, Staudämme, Pestizide, Internationalismus

Nr. 134 Juni 1986 DM 5,00

impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Andreas Beil, Gerhard Braun, Christiane Feller, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Christine Grieshaber, Claudia Hald, Iris Harnischmacher, Daniela Heuberger, Hans-Martin Holub, Peter Hübner, Christa Kembichl, Michael Knüfer, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Michael Schneider, Alexander Spermann, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Frieder Thomas, Susanne Vollmer, Wilfried Wallucks, Udo Wolter, Daniela Zimmermann

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 135:
8. Juli 1986

Anzeigenschluß für Nr. 135:
15. Juli 1986

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

Nachrichten und Berichte:

Schwerpunkt Nicaragua:

Außerdem:

Berichtigung: In dem Artikel von Thomas Fues „Absicherung der Exportgeschäfte durch die Regierung" in Nr. 133 wurde in Schaubild Nr. 3 auf Seite 45 die federführende Organisation im interministeriellen Ausschuß für Ausfuhrbürgschaften vergessen: das Bundeswirtschaftsministerium.

Außerdem wurde im Inhaltsverzeichnis der Titel dieses Artikels falsch wiedergegeben. Nicht Experten, sondern Exporte werden durch die Ausfuhrbürgschaften abgesichert.

„Der Feind meines Feindes ist mein Freund“

Kurdistan und der Golfkrieg



Die Hauptfront des irakisch-iranischen Krieges verläuft im Schatt al-Arab, dem gemeinsamen Unterlauf von Euphrat und Tigris. Zugleich jedoch existiert im Nordabschnitt der irakisch-iranischen Grenze eine zweite Front, an der sich nicht nur irakische und iranische Truppen gegenüberstehen, sondern auch mehrere kurdische Widerstandsbewegungen operieren. Die Kurden sind damit zwischen die Mahlsteine der Golfkriegsmaschinerie geraten. Was dies für die Zukunft des kurdischen Widerstandes bedeutet, soll in diesem Aufsatz untersucht werden.

Die Kurdische Gesellschaft

Das heute mehrheitlich von Kurden bewohnte Gebiet liegt im Dreiländereck Türkei, Irak, Iran mit kleineren kurdischen Gebieten in Nordsyrien und im Süden der armenischen Sowjetrepublik. Das Kernland Kurdistans ist gebirgig und regenreich mit fruchtbaren Hochtälern. Die mangelnde Infrastruktur einerseits, vor allem aber die Nichtanerkennung der Kurden als eigene Nationalität führt zu erheblich schwankenden, von den jeweiligen Interessen diktierten Angaben über die Bevölkerungszahl. Verschiedene Schätzungen sprechen von 10—15 Millionen Kurden, wovon mindestens 3 Millionen in Iran und sicher über 2 Millionen in Irak leben.

Traditionell gliedert sich die kurdische Gesellschaft in zahlreiche Stämme (wobei der Begriff „Stamm“ der komplexen kurdischen Sozialstruktur nicht völlig gerecht wird). Zur Zeit des Osmanischen Reiches wurde diese Stammesstruktur von einer Feudalstruktur überlagert, die auch heute noch Großgrundbesitzer und Notable zu wichtigen Trägern der kurdischen Gesellschaft macht.

Die kurdische Sprache ist eine eigenständige, dem Persischen jedoch eng verwandte Sprache der indo-europäischen Sprachfamilie, die sich wiederum in mehrere (zum Teil ziemlich unterschiedliche) Dialekte aufteilt.

Die Religion der Kurden ist mehrheitlich der Islam. Dabei sind über zwei Drittel sunnitische Muslime. In ganz Kurdistan gibt es jedoch auch eine Minderheit schiitischer Muslime, die allerdings, wie das Beispiel der Alewiten in der Türkei zeigt, aufgrund ihrer Minderheitenposition den Schiismus häufig anders auffassen, als es die nichtkurdischen Schiiten in Iran und Süd-Irak tun. Darüber hinaus gibt es kleinere religiöse Gruppierungen, wie die Yezidi in der Türkei und in Irak und die Ahl-i Haqq vor allem in Iran, die zwar vom Islam mitbeeinflußt sind, jedoch auch andere (insbesondere christliche und zoroastrische) Einflüsse aufweisen.

Als mit dem Vertrag von Lausanne (1923) die Siegermächte des Ersten Weltkrieges die Grenzziehung im heutigen Dreiländereck Irak-Iran-Türkei festlegten, fiel für die Kurden nicht nur kein eigener Staat ab, der Grenzverlauf wurde auch quer durch Stämme, Dialekte und religiöse Bekenntnisse innerhalb der kurdischen Gesellschaft festgelegt. Die Kurden gerieten damit in die Situation eines Puffers zwischen verschiedenen Einflußgebieten, ein Puffer, der bewußt rückständig gehalten wurde, damit er seine Funktion behielte. Heute bildet deshalb Kurdistan in Irak, Iran und der Türkei jeweils das „Armenhaus“ des Landes. Verläßliche Angaben über das Ausmaß der Unterentwicklung in dieser Region sind kaum zu erhalten. Dennoch am Beispiel Iranisch-Kurdistans einige Zahlen: Der Prozentsatz der Analphabeten über 10 Jahre betrug 1975 schätzungsweise 70 Prozent, unter der ländlichen Bevölkerung sogar 85 Prozent. Die landwirtschaftliche Produktion stellt 80 Prozent des Nationaleinkommens in dieser Region. Die einzig nennenswerte industrielle Produktion ist die Erdölförderung in der Provinz Kermanshah, deren Erträge jedoch der einheimischen Bevölkerung kaum zugute kommen. Das durchschnittliche Einkommen in Iranisch-Kurdistan dürfte ein Zehntel des Einkommens in entwickelten Provinzen betragen.

Die Tradition des Widerstandes

Die Tradition kurdischen Widerstandes reicht bis ins letzte und vorletzte Jahrhundert zurück. Es waren in der Regel Stammeserhebungen, die zunehmend von religiösen Führern und Bruderschaften koordiniert wurden. Treibende Kraft dieser Erhebungen war jedoch nicht ein ausgeprägtes kurdisches Nationalbewußtsein, sondern die unmittelbare Erfahrung von Unterdrückung und Ausbeutung, die zudem immer wieder von rivalisierenden Führungspersönlichkeiten für ihre Zwekke instrumentalisiert wurde. Typisch waren deshalb lokale Erhebungen und Kämpfe, nicht aber eine die gesamte Region umfassende Bewegung.

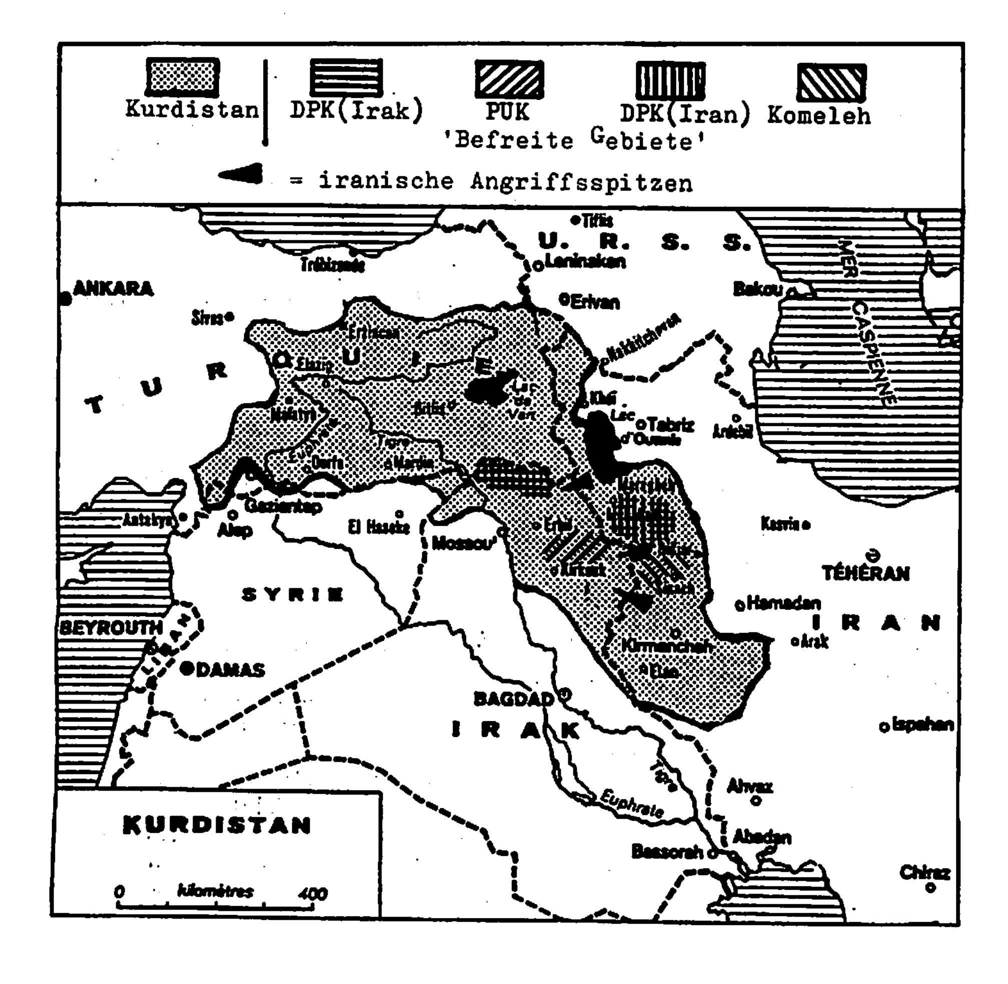
Das erste Zentrum kurdischen Widerstandes in diesem Jahrhundert war Türkisch-Kurdistan. Die Schaffung eines modernen Nationalstaates unter Mustafa Kemal Atatürk brachte auch eine entsprechende Ideologie des Nationalismus an

die Macht, die besagte, daß es in einem Nationalstaat nur eine Nation (in diesem Fall die türkische) geben dürfe. Unterdrückung, Zwangsumsiedlungen und Verfolgung aller Nichttürken waren die Folge. Zudem wurde der unterentwickelte Status der kurdischen Provinzen durch diese Politik zementiert. In analoger Weise brachte auch die Herausbildung des modernen Irak und Iran eine Minderheiten feindlich gesonnene Nationalideologie hervor.

Ende des Zweiten Weltkrieges verlagerte sich der Schwerpunkt kurdischen Widerstandes für kurze Zeit in den Iran: Mit der Billigung der Sowjetunion, die Teile Iranisch-Kurdistans besetzt hatte, wurde im Januar 1946 die kurdische „Republik Mahabad" ausgerufen. Es sollte dies bis heute der einzige und nur einen kleinen Teil Kurdistans umfassende kurdische Staat bleiben. General der Mahabad-Armee war der aus dem Irak geflohene Kurdenführer Mulla Mustafa Barzani. Als sich im Laufe des Jahres 1946 die sowjetischen Truppen aus Iran zurückzogen, gelang des der iranischen Armee, bis Ende des Jahres die Republik Mahabad zu zerschlagen. Barzani und seine Mitkämpfer zogen sich in die Sowjetunion zurück, um später einer zentrale Rolle im Widerstandskampf der irakischen Kurden zu spielen. Wichtig für den weiteren Fortgang dieses Kampfes ist die Erfahrung der Republik Mahabad, daß gegen die starken Zentralregierungen sich kurdische Aufständische nur halten können, wenn sie von auswärts militärische Hilfe und Unterstützung erhalten.

Der Fortgang der Ereignisse in Irak ist — bei wechselnden Regierungen — durch ein Pendeln zwischen massiver Kurdenverfolgung und Befriedung durch Zugeständnisse gekennzeichnet. Dabei spielt immer wieder die außenpolitische Konstellation eine wichtige Rolle. Insbesondere ist eine Annäherung zwischen Irak und Iran (sowie der Türkei) zumeist ein Indiz für eine Verschlechterung der Lage der Kurden. Besonders deutlich wurde dies am irakisch-iranischen Vertrag von 1975, der Iran einen günstigeren Grenzverlauf im Schatt el-Arab einbrachte, während Iran zugleich auf die Unterstützung der irakischen Kurden verzichtete. Der Widerstand der irakischen Kurden brach daraufhin innerhalb weniger Tage zusammen.

Die letzte bedeutsame Veränderung vor dem Golfkrieg war der Sieg der „islamischen Revolution" in Iran. Die Mehrzahl der iranischen Kurden hatten diese Revolution unterstützt, insbesondere in der Hoffnung, dadurch mehr Rechte bzw. als Ziel die Autonomie zu erlangen. Die Hoffnung trog; Khomeini erwies sich als ebenso kurdenfeindlich wie der Schah, und es begann sich eine kurdische Guerilla in Iran zu bilden, die gegen die neue Zentralregierung in Teheran operierte. Zugleich überschritten irakische Truppen in der Annahme eines leichten Sieges gegen das „revolutionsgeschwächte" Iran die iranische Grenze; der Golfkrieg begann. Damit stellte sich auch die Frage, wie der kurdische Widerstand auf diese Situation reagieren würde.



Die Motive des Widerstandes

Der kurze Abriß der Tradition des kurdischen Widerstandes macht deutlich, daß die nationale Unterdrückung der Kurden in den meisten Fällen nur ein Punkt war, aus dem heraus sich Widerstand entwikkelte. In vielen Fällen noch bedeutsamer war jedoch die ökonomische Ausbeutung und soziale Unterdrückung, von der nicht nur die Zentralregierungen profitierten, sondern auch kurdische Großgrundbesitzer, Stammesführer und Notable. Es ist deshalb wichtig zur Einschätzung des kurdischen Widerstandes, zwei Motive für den Widerstand zu unterscheiden (auch wenn diese in vielen Fällen gemeinsam auftreten):

1. Vor allem in den ländlichen Gebieten existiert die traditionelle Sozialstruktur noch fort. Die ökonomische Ausbeutung und soziale Unterdrückung macht diese Gebiete zur „internen Kolonie" des jeweiligen Landes. Von der Ausbeutungssituation profitieren auch Großgrundbesitzer und Notable unter den Kurden, die dementsprechend kein Interesse an einer sozialen Umwälzung besitzen. Die nationale Unterdrückung hingegen erreicht diese ländlichen, oft schwer zugänglichen Gebiete zunächst nicht. Daß beispielsweise in den Schulen nur die Landessprache (also Arabisch bzw. Persisch) gelehrt werden darf, ist solange keine Erfahrung von Unterdrückung, wie es überhaupt keine Schulen gibt. Wo es in diesen Gebieten Widerstandsaktionen gibt, sind diese Ausdruck der sozioökonomischen Ausbeutung der internen Kolonie und in aller Regel lokalen Charakters, häufig unter Führung eines Notablen oder Stammesführers, der sich dadurch einen eigenen Vorteil erhofft.

2. Anders ist die städtische Situation. Die städtischen Intellektuellen und Kleinbürger erfahren deutlich, daß ihre Leistung solange nichts zählt und mißachtet wird, solange sie aus dem nationalen Konsens dessen, was sich irakische bzw. iranische Nation nennt, herausfallen. Sofern ihnen die Assimilation an diesen Konsens nicht gelingt oder ihnen verweigert wird, ist dies für sie keine primär sozioökonomisch begründete Diskriminierung, sondern zuerst eine nationale und ethnische. Folgerichtig ist die Idee eines unabhängigen Kurdistan in den Städten entstanden und wurde von städtischen Kurden in die ländlichen Gebiete getragen, wo sie zwar zum beliebten Schlagwort wurde, nicht aber den Kampfbedingungen und -zielen des ländlichen Widerstandes entsprach.

Verschärft wurde diese Situation durch die Teilung des kurdischen Gebietes unter verschiedenen Ländern, die im jeweiligen Land einen bewaffneten Widerstand nur möglich machte, wenn die Regierung des Nachbarlandes militärische Unterstützung leistete. Das Ergebnis war die paradoxe Situation, daß (nicht nur jetzt im Golfkrieg) Iran die irakischen Kurden unterstützte, die iranischen Kurden aber be-

kämpfte und Irak mit umgekehrten Vorzeichen das gleiche tat.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, daß die innerkurdischen Widersprüche sich im Golfkrieg entlang zweier Linien zuspitzen:

1. Die Politik der irakischen und iranischen Regierung spielt die Kurden beider Länder gegeneinander aus.

2. Die unterschiedlichen Widerstandsmotive und -ziele entsprechend der städtischen bzw. ländlichen Erfahrungen führen innerhalb jedes Landes zu Konflikten.

Diese Vierteilung soll nun anhand der aktuellen Entwicklung in Kurdistan näher beleuchtet werden.

Kurdische Organisationen im Iran

Neben verschiedenen kleineren kurdischen Gruppierungen gibt es in den beiden kriegführenden Ländern insgesamt vier große kurdische Organisationen: In Iran die „Demokratische Partei Kurdistans" (DPK) und die „Komeleh"; in Irak die „Demokratische Partei Kurdistans" (DPK) und die „Patriotische Union Kurdistans" (PUK).

Die DPK (Iran) ist 1945 aus der Jekaf-Partei, die die Republik Mahabad getragen hatte, hervorgegangen. Sie ist damit die traditionsreichste aller kurdischen Organisationen, ohne jedoch in der Schah-Zeit größere Erfolge aufweisen zu können. Die DPK (Iran) steht unter der Führung von Abdul Rahman Ghassemlou, und Führungspersönlichkeiten wie Ghassemlou bilden eine wesentliche Voraussetzung für die Kontinuität kurdischer Organisationen; sie bilden das integrative Moment angesichts von zahlreichen Sonderinteressen. Das Haupteinflußgebiet der DPK (Iran) liegt im Dreieck Mahabad-Dardasht-Baneh (siehe Karte), also im nördlichen, eher ländlich geprägten Teil Iranisch-Kurdistans. Hier errichtete die DPK (Iran) vor Beginn des Golfkrieges gegen die Pasderan-Truppen Khomeinis ein „Befreites Gebiet". Konkret bedeutet dies, daß die Städte in der Hand der Regierungstruppen sind, die tagsüber auch alle strategisch wichtigen Straßen kontrollieren, daß die Peschmerga-Kämpfer (wörtlich: „die den Tod nicht fürchten") jedoch die Hochtäler und Rückzugsgebiete kontrollieren. Mittlerweile hat die Taktik der verbrannten Erde, der sich die Regierungstruppen bedienen, jedoch zu immer weiteren Rückzügen geführt. Und zusätzlich gibt es eine zweite Front: Mit Unterstützung des Iran operieren Peschmergas der DPR (Iran) gegen die Partisanen Ghassemlous (s.u.). Daß zwischen diesen beiden Organisationen ein Konfliktpotential angelegt war, zeigte sich bereits 1979, als Ghassemlou in einem Interview erklärte:

„Die Demokratische Partei Kurdistans ist am 16.8.1945 im Iran gegründet worden. Nach einem Jahr haben die irakischen Kurden ebenfalls eine Partei gegründet, die sie Demokratische Partei



Kurdistans nannten. Sie waren der Meinung, sie hätten einen Zweig unserer Partei gegründet. Organisatorisch und politisch haben wir überhaupt keine Verbindungen zu diesen Parteien im Irak und auch in der Türkei. Wir verstehen uns als eine iranische Partei und handeln im Rahmen Irans, unabhängig von den kurdischen Parteien anderer Länder."[1] Tatsächlich ist die einzige Beziehung der DPK (Iran) zum Irak jene zur Regierung in Bagdad. Ghassemlou begründet dies mit der Feststellung: „Wir — Kurden und Iraker — kämpfen beide gegen das Khomeini-Regime", wobei er hinzufügt: „Unsere Allianz mit der irakischen Regierung ist in keiner Weise gegen die irakischen Kurden gerichtet."[2]

Während sich also die DPK (Iran) einerseits nur als Interessenvertreter der iranischen Kurden begreift und mit der irakischen Regierung gute Beziehungen unterhält, steht sie andererseits auf dem Standpunkt, in Iran Interessenvertreter aller Kurden zu sein. Dies drückt sich in der Leugnung vorhandener Widersprüche in der kurdischen Gesellschaft am deutlichsten aus. Ghani Bulurian vom ZK der DPK (Irak) erklärte in diesem Zusammenhang: „Die Rückständigkeit Kurdistans umfaßt alle Klassen in Kurdistan. Feudalismus im wissenschaftlichen Sinne gibt es in Kurdistan nicht. Es kann sein, daß ausnahmsweise so etwas existiert."[3] Einige Sätze weiter erläutert er dann: „Trotzdem gibt es unter den Feudalherren

Leute, die für die nationale Befreiung kämpfen. Wir versuchen sie als Freunde unserer Partei an unserer Seite zu haben und sie in unseren Kampf einzubeziehen."[4]

In der Tat gibt es (nicht nur in Iran) gute Gründe für kurdische Großgrundbesitzer und Notable, gegen die Zentralregierung zu sein: Die sog. Weiße Revolution des Schah wie auch der Alleinherrschaftsanspruch Khomeinis bedrohten bzw. bedrohen ihre traditionellen Privilegien. Für die Kleinbauern bzw. das ländliche Proletariat seinerseits war die Hoffnung, die in die islamische Revolution gesetzt worden war, vor allem auf die Überwindung dieser traditionellen Strukturen gerichtet. Auf dem Höhepunkt der islamischen Revolution besetzten kurdische Bauern in einigen Gebieten Land von geflohenen Großgrundbesitzern bzw. ehemaligen Schah-Besitz. Waren jedoch Großgrundbesitzer selbst Mitglied einer der Widerstandsorganistionen, blieben sie zumeist von einer Landaufteilung verschont.

Diese Feudalstrukturen zementierende Haltung der DPK (Iran) war ein Grund, warum sich 1968 die Organisation Komeleh gründete. Die Komeleh selbst versteht sich als marxistisch-leninistische Organisation. Ihre Kader sind meist junge Intellektuelle, ihre Hochburgen befinden sich in den Städten des südlichen Kurdistan. Ihre programmatische Grundausrichtung ist der „konsequente proletarische Kampf der Arbeiterklasse in Kurdistan und Gesamtiran."

Zwischen dem Einflußgebiet der Komeleh und dem der DPK (Iran) (siehe Karte) erstreckt sich zungenförmig auf irakisches Gebiet eine Angriffsfront der iranischen Truppen; ebenso südlich des Komeleh-Kerngebietes bei Qasr Shirin.

Die Stellung der Komeleh zu diesem Kriegsgeschehen ergibt sich aus einem Interview mit Ayatolla Husseini: „In dieser Gegend (Qasr Shirin/RW) waren unsere Kräfte so schwach, daß wir uns nach dem Einmarsch der Irakis einfach zurückzogen. Im Gebiet von Marivan hingegen, wo es Kämpfe zwischen Iran und Irak gab und wo die iranischen Truppen kurdische Zivilisten angegriffen haben, schlugen die Kurden zurück gegen die iranischen Truppen. Aber sie schlagen die Khomeini-Kräfte nicht an der Front, wo diese mit der irakischen Armee kämpfen."[5]

Der DPK (Iran) und der Komeleh gemeinsam ist damit ihr Selbstverständnis der Kurden Iranisch-Kurdistans als Teil der iranischen Nation, woraus die Forderung nach einem Autonomie-Status innerhalb dieses Staatsverbandes resultiert.

Unterschiedlich ist die Haltung zur sozialen Frage im Verhältnis zur Autonomieforderung: Die DPK (Iran) mit ihrem Schwerpunkt im ländlichen Norden ordnet die soziale Frage der Autonomie völlig unter; Komeleh mit ihrem Schwerpunkt unter Intellektuellen in den Städten des Südens sieht die Lösung der sozialen Frage als Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um Autonomie.

Das grundsätzliche Problem beider Organisationen ist es, daß eine Fortführung des Kampfes nur möglich ist, wenn Waffen und Nachschub von außerhalb kommen. Ghassemlou faßte in einem Interview dieses Problem folgendermaßen zusammen: „Wenn sie auf die Landkarte Kurdistans sehen, erkennen sie, daß wir — geopolitisch gesprochen — umzingelt sind. Geographisch haben wir keinen Zugang zum Meer. Politisch sind wir umgeben von mehr oder weniger feindlichen Ländern. ... Wenn ein Land uns bedingungslos Bewegungsfreiheit anbietet, dann kooperieren wir mit ihm, wie wir das mit der irakischen Regierung tun."[6] Zugleich jedoch treibt diese Haltung zwangsläufig einen Keil zwischen irakische und iranische Kurden.

Situation in Irakisch-Kurdistan

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Situation in Irakisch-Kurdistan deutlich Parallelen zur iranischen aufweist: Im ländlichen Norden und unter der Führung des Notablen Massoud Barzani (einem Sohn des legendären Mustafa Barzani) operiert die DPK (Irak), die, wie schon erwähnt, mit der DPK (Iran) außer dem Namen nichts verbindet; in den Städten des Südens und dort vor allem unter Intellektuellen und zahlreichen Schülern, die die Hauptkraft der Bewegung sind, hat die PUK ihr Zentrum.

Die DPK (Irak) entstand im Gefolge der Republik Mahabad. Ihr Zentrum liegt in der Region Barzan, dem Herkunftsgebiet der Notablen Barzani. In ihrer Hand lag der Widerstandskampf Anfang der siebziger Jahre, der mit Unterstützung durch den Schah Erfolge aufweisen konnte. Als 1975 der Schah die Unterstützung einstellte, brach die Bewegung zusammen. Die DPK (Irak) hatte dadurch viel an Ansehen verloren, und die neugegründete PUK unter der Führung Jalal Talabanis gewann an Boden. Neben dem Mißerfolg der DPK (Irak) war dafür jedoch auch ihre Stellung zur sozialen Frage ausschlaggebend. Die sozialen Verhältnisse „schreien nach einer Lösung, zu der sich aber die national und militärisch führende Demokratische Partei Kurdistans bisher nicht bereit gefunden hat. Ihre Führer wollen die Lösung der sozialen Notlage der kurdischen Bauern und Arbeiter — und das sind mehr als 90 % der Bevölkerung — entweder für die Zeit nach der endgültigen Sicherstellung eines autonomen Kurdistan aufgespart wissen oder sie sind überhaupt nicht an sozialen Reformen interessiert."[7]

Zugleich steht natürlich auch die DPK (Irak) vor dem Problem, dem Nachschub an Waffen und anderen Gütern sicherstellen zu müssen. Syrien und Libyen, die im Golfkrieg Stellung zugunsten Irans beziehen, sind zu solchen Lieferungen bereit, der einzig mögliche Nachschubweg ist jedoch über den Iran. Die DPK (Irak) unterhält deshalb gute Beziehungen zur Teheraner Regierung. Massoud Barzani nennt deshalb folgende Perspektive für Kurdistan: „Es gibt keine Hoffnung für die kurdische Bewegung, solange der status quo in der Region anhält. Die Iraner sind die einzigen, die eine Veränderung wollen. Wer weiß, was sie in Zukunft mit der Türkei vorhaben? Sie sind sehr engagiert — und wir müssen eine Hand im Spiel haben."[8] In der Praxis bedeutet diese Haltung die Unterstützung der iranischen Truppen im Golfkrieg und damit auch Rückendeckung für die iranische Operation in Iranisch-Kurdistan.

Auch die PUK, die die Zusammenarbeit der DPK (Irak) mit der Teheraner Regierung lange Zeit heftig kritisierte, steht vor dem Problem, daß sie — auf sich allein gestellt — vor allem militärisch wenig erreichen kann, zumal ein guter Teil der Kräfte immer wieder in Gefechten mit der DPK (Irak) zerschlissen wird. So verlegte die PUK sich immer wieder auf Gesprächsversuche mit Saddam Hussein und der irakischen Regierung. „Mit Saddam Hussein kann man immer reden, während Khomeini nicht einmal die Existenz der Nationalität anerkennt", erklärte dazu ein PUK-Verantwortlicher.[9] Hatte die PUK nach 1975 Zulauf als Gegengewicht zur DPK (Irak) erhalten, so führten die ergebnislos verlaufenden Gespräche mit Hussein zu einem erneuten Zulauf zur DPK (Irak). Im Dezember 1985 stellte daher die PUK die Gespräche mit Hussein ein, steht nun aber vor dem Problem, isoliert zu sein oder doch in Kontakt mit Kho-

meini zu treten.

„Volk ohne Anwalt"

Das Beispiel der vier großen kurdischen Organisationen in Irak und Iran verdeutlicht, daß der Golfkrieg auf die kurdische Nationalitätenfrage einen entscheidenden Einfluß ausübt. Die Logik „der Feind meines Feindes ist mein Freund" ist die zentrale Strategie der beiden Kriegsparteien gegenüber den Kurden des Nachbarlandes. Dies zersplittert einerseits die Kurden, weshalb ein *gesamt*kurdisches Nationalbewußtsein auf lange Sicht keine Chance hat, sich durchzusetzen. Eine ganz Kurdistan umfassende kurdische Nationalbewegung ist auf Jahre hinaus in weite Ferne gerückt, da der Golfkrieg tradierte Widersprüche *innerhalb* der kurdischen Gesellschaft bis zu bewaffneten Auseinandersetzungen zugespitzt hat. Die soziale und ökonomische Unterentwicklung wird dadurch weiterhin zementiert. Andererseits verhindert die Taktik der beiden kriegsführenden Länder ein gemeinsames Vorgehen Iraks, Irans und der Türkei gegen die Kurden insgesamt, was — angesichts des Repressionspotentials dieser drei Länder — wahrscheinlich das Ende der kurdischen Widerstandsorganisation wäre.

Als Fazit bleibt angesichts dieser Lage nur die Feststellung, daß ohne eine gesellschaftliche Veränderung insgesamt in Iran und Irak die Kurden auch weiterhin ein „Volk ohne Anwalt" sind.

Rainer Werle

Anmerkungen:
1. Iran — neue Diktatur oder Frühling der Freiheit — 30 Interviews mit der Opposition; Hamburg 1979, S. 42
2. More, Christiane: The long march of the Kurds; Guardian 17. 1. 1986
3. Iran — Neue Diktatur...; a. a. O., S. 51
4. ebd.
5. Sheikh Ezzedin zum Kampf im Iran; in: Inprekorr 1/1983, S. 18
6. More, Christiane; a. a. O.
7. Gstrein, Heinz: Volk ohne Anwalt — Die Kurdenfrage im Mittleren Osten; Freiburg (Schweiz) 1974
8. Kutschera, Chris: Avec les peshmergas en lutte contre l'Irak; Le Monde 3./4. 11. 1985
9. ebd.

Literatur:
- Chaliand, Gérard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden, Bd. 1; Göttingen 1984
- Franz, Erhard: Material zum Kurdenproblem; 2. Aufl., Hamburg 1977
- Gstrein, Heinz: Volk ohne Anwalt — Die Kurdenfrage im Mittleren Osten; Freiburg (Schweiz) 1974
- Hauser, Heinz: Die Kurden — Stiefsöhne Allahs; erw. Aufl., München 1979
- Ibrahim, Ferhad: Die kurdischen Nationalbewegung im Irak; Berlin 1983
- Roth, Jürgen et al.: Geographie der Unterdrückten — die Kurden; Reinbek bei Hamburg 1978
- Schneider, Robin (Hrsg.): Die Kurdischen Yezidi; Göttingen 1984
- Sitte, Franz: Ich war bei den Kurden — Augenzeuge eines Lebenskampfes; Graz 1980
- Vanly, Ismet Chériff: Die nationale Frage Türkisch-Kurdistans; 2. Aufl., Köln 1983

„Meine Fußsohlen brannten von den Schlägen der Peitsche"

Bericht aus dem Frauengefängnis in Lahigan



Noch immer versucht das iranische Regime mit willkürlichen Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen den politischen Widerstand im eigenen Land zu brechen. Die derzeitige Zahl der politischen Gefangenen wird auf über 100.000 geschätzt. Wieviele es wirklich sind, ist nach Erkentnisse der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international kaum feststellbar. Häufig sind nämlich ganze Familien im Gefängnis, während in anderen Fällen Verwandte als Geiseln festgehalten werden, bis ihr politisch verdächtiger Angehöriger gefunden und verhaftet wird. Tausende von Widerstandskämpfern sind seit der Machtübernahme hingerichtet worden. Der nachfolgende Bericht stammt von einer Kommunistin aus einem iranischen Gefängnis.

Nach 12 Stunden Bewußtlosigkeit, als sie endlich die Binde von meinen Augen nahmen, war ich in einem mir fremden Raum. Ich habe mich sehr gewundert. Ich glaubte, verrückt zu sein. Alle Frauen und Mädchen, die sich im Raum um mich befanden, sahen wie Geister aus, deren Augen tief in den Höhlen lagen. Meine Fußsohlen brannten von tödlichen Schlägen der Peitsche. Der Klang der schmutzigen Schimpfworte der Folterknechte war immer noch in meinen Ohren. Ich war am Rande eines Nervenzusammenbruchs. Ich wollte mich nicht vor den Mädchen, die nicht älter waren als meine Kinder, schwach zeigen. Ich wußte nicht, was ich tun sollte, oder wo ich mich hinsetzen sollte. Ganz verzweifelt starrte ich in die Gesichter, von denen mir manche bekannt vorkamen.

Ein kleines Mädchen, das wegen des Lesens einer verbotenen Zeitung mit 3,5 Jahren Gefängnis bestraft worden war, hielt meine Hand und stellte Schuhe beiseite, um einen Platz für mich frei zu machen. Jetzt konnte ich die Gesichter besser sehen. Einige Genossinen der Tudeh-Partei befanden sich unter den Gefangenen. Nach einer Stunde zitterten mir vor Schmerzen alle Glieder. Zwei Mädchen standen auf, faßten mich an den Oberarmen und zwangen mich, im Raum umherzugehen. Sie sagten mir, wenn ich nicht herumginge, würden meine Beine sich entzünden.

Während der ganzen Zeit im Gefängnis hatte ich schwere Durchblutungsstörungen in Unterleib und Beinen. Während dieser Zeit war ich aber auch den anderen Gefangenen behilflich. Außer mir hatten 43 Frauen und Mädchen im Alter von 14 bis 25 Jahren ein sehr schweres Leben im feuchten und dunklen Gefängnis von Lahigan. Die meisten von ihnen litten an Nerven-, Nieren- und Magenkrankheiten. Wir

waren alle gepeitscht worden, weil das eine direkte Wirkung auf die Nerven hat. Fast alle litten an Unterleibsblutungen oder Blutungen aus Ohren, Nase und Augen; durch letztere konnte man erblinden. Frische Luft zu schnappen, war uns nicht erlaubt. Die Wächter sagten uns, hier sei Armeegebiet. Wir Gefangenen mußten monatelang in einer Ecke sitzen, ohne herumgehen zu dürfen. Davon bekommt man Schmerzen in der Wirbelsäule und besonders am Gesäß. Wir alle litten an diesen Schmerzen. Dazu kamen Durchfall, Gallenbeschwerden, Hautkrankheiten wie Pilzerkrankungen.

Das Gefängnis war voll von Läusen, die auf unserem Körper herumliefen. Unsere Sektion im Gefängnis war sehr feucht und matschig. Es gab keine Belüftungslöcher in den Wänden. Nur an der Decke befand sich ein Loch, in das eine runde Scheibe eingebaut war, durch die ab und zu mal ein sehr schwacher Sonnenstrahl fiel. Aus diesem einzigen kleinen Loch zum Licht tropfte es stark, wenn es regnete, und an heißen Tagen fiel geschmolzene Teerpappe vom Dach herunter auf die Gefangenen.

Unsere Sektion lag unter einem Raum, wo sich die Heizungsmotoren befanden, und aus den Backsteinen der Wände tropfte ständig Wasser herunter. Die Unterlage der Gefangenen waren nur einige zerrissene Armeewolldecken. In unserem Raum befanden sich 44 Frauen; für alle 44 existierte nur eine Toilette sowie ein Wasserhahn. Täglich mußten 44 Frauen ihr Geschirr abwaschen, ihre Zähne putzen, auf's Klo gehen, Wäsche waschen und Wasser trinken. So wie die Sache aussah, mußten wir den ganzen Tag in einer Reihe sitzen, und eine nach der anderen kam dran. Zum Schlafen hatte jede Frau eine Wolldecke und mußte als Kopfkissen ihre Kleider und den Schador benutzen. Wir lagen ganz eng nebeneinander. Wenn eine Frau die Seite beim Schlafen wechseln wollte, lag sie auf dem Körper einer anderen.

Das Essen, welches wir bekamen, war nur genug zum Weiterleben, und ab und zu war es so schlecht, daß wir es heimlich wegtun mußten. Ein bekanntes Essen hieß „Sorche Kharesch", es schmeckte immer abgestanden. Es war rot gefärbtes Wasser mit einigen Bohnen drin. Wir hatten zum Trinken nur alte Marmeladengläser. Normalerweise essen wir Iraner am Boden sitzend von einer Tischdecke, aber für uns gab es nur zerrissene Zeitungen am Boden. Einmal in der Woche am Abend nach 22 Uhr durfte man duschen. Ärztliche Versorgung gab es nicht und ebensowenig Medikamente.

Es ist besser, wenn ich einiges über die erzähle, die in meiner Sektion waren. Neben mir gab es eine schöne Frau; 22 Jahre alt und aus Deylaman-Siahka. Sie war zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden. Sie hat mir Einzelheiten ihres bitteren Lebens erzählt. Ihren Mann und ihren Bruder hätten die Folterknechte vor ihren Augen ermordet. Sie selbst sei im Jahre 1981 verhaftet worden, während sie schwanger gewesen sei. Sie sei trotz ihrer Schwangerschaft wiederholt gepeitscht worden. Die Folterknechte sagten ihr, das Kind, das sie in ihrem Bauch habe, sei ein Sündenkind. Da sie wiederholt gepeitscht worden war, wenig zum Essen bekommen hatte, sich nicht hatte bewegen können und nicht hatte herumgehen dürfen, hatte sie frühzeitig ihr Kind geboren; ohne Arzt und Medikamente und Kinderkleider, an einem nicht hygienischen Ort. Die Frauen in der Sektion haben aus ihren Kleidern und Schadors Windeln gemacht. Dann kamen die Wächter und nahmen ihr Kind mit. Das Kind sei nach einigen Tagen gestorben, sagte man uns.

Während sie mir von ihrem Schicksal erzählte, brannten sich ihr kreidebleiches Gesicht und ihre brennenden Augen tief in mein Herz ein.

Sie hatte keinen, der sie besuchen kam. Sie hatte nur eine alte Mutter, die nicht in der Lage war, über steile Bergwege mit Esel oder Maultier in die Stadt zu ihr zu kommen. Sie weinte ständig und wartete hoffnungslos.

Ein anderes Mädchen, das 17 Jahre alt war, krümmte sich nachts vor Schmerzen, als ob sie an Asthma litte. Währenddessen war sie unberechenbar, und keine wagte es, ihr nahe zu kommen. Eines Nachts wollte ich zu ihr gehen, aber die anderen Frauen hinderten mich. Sie sagten mir, daß sie mich erwürgen würde. Nach einiger Zeit konnte ich es nicht mehr aushalten und umarmte sie. Ich habe sie getröstet und gestreichelt, während sie mich mit geballten Fäusten schlug. Ich habe ihren Kopf an meine Brust gedrückt und sie weiter getröstet. Sie hat begonnen, zu weinen. Diese Nacht lag sie wie ein Kind in meinen Armen und erzählte mir leise und langsam ihre Geschichte: Sie sei seit zwei Jahren in Gefangenschaft. Sie sei wiederholt Zeugin von Hinrichtungen und Ermordungen ihrer Freunde gewesen. Um sie zu einem Geständnis zu zwingen, hätten die Henker ihre Parteigruppenvorsitzende, mit der sie auch zusammengearbeitet hatte, vor ihren Augen ermordet. Da sie Zeugin dieses Mordes gewesen sei, habe sie einen Schock erlitten. Sie erzählte weiter, sie sei ganz allein. Sie sei aus der Stadt Dehschal — Lahigan. Einer ihrer Brüder sei hingerichtet worden, und keiner wisse, was mit ihrem zweiten Bruder passiert sei. Er sei spurlos verschwunden. Sie erzählte, sie habe seit 14 Monaten keinen Besuch gehabt. Immer wenn Besuchstag gewesen ist, hat sie gewartet, ihren Namen aus dem Lautsprecher zu hören, aber umsonst. Ich wußte nicht, warum ihre Familie sie nicht besuchen kam. Sie war zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Ein anderes Mädchen war krank und hustete die ganze Zeit. Sie war Medizinstudentin. Sie hatte lange Zeit in den Gefängnissen von Maschhad, Ewin und Tschalus verbracht und war jetzt im Lahigan-Gefängnis. Sie sei ein Symbol des Widerstandes gegen das Regime gewesen, wie die anderen Frauen mir sagten; sie habe alle gelehrt, wie sie Widerstand leisten könnten. Sie sei auch schon statt der anderen gepeitscht worden. Sie sei zur Hinrichtung verurteilt worden, und sie habe selbst die Urkunde, die sie davon in Kenntnis setzte, unterschrieben. Ich habe gehört, sie sei einen Monat lang in der Einzelzelle gewesen, und daß die Folterknechte jede Nacht zu ihr gekommen seien, um zu fordern, daß sie, bevor sie hingerichtet werde, mit einem von den Folterknechten schlafe. Aber sie hat sich nicht ergeben. Die Folterknechte hatten ihr gesagt, sie dürften nach islamischem Gesetz keine Jungfrau hinrichten. Den islamischen Richtern (Mullahs) gelang es, da sie als Jungfrau nicht hingerichtet werden konnte, sie zur Aufgabe ihrer politischen Überzeugung zu bringen, um ihr Leben zu retten.

Ein Mädchen war verzweifelt und nervös. Sie konnte mit keinem klarkommen. Ich konnte mit ihr eine freundschaftliche Beziehung anfangen. Es gelang mir, den Grund ihrer Nervosität zu erfahren. Sie hat mir folgendes erzählt: Sie sei in keiner Organisation und Gruppe gewesen. Vor kurzem hätten die Revolutionswächter ihrer Familie mitgeteilt, ihr Bruder sei an der Front gefallen. Sie hätten schon die Trauerfeier gehabt, da hätten sie einen Monat später im Radio Irak gehört, ihr Bruder sei nicht tot, sondern lebe als Kriegsgefange-



Pressekonferenz von gefolterten Modjahedin und ehemaligen politischen Gefangenen des Khomeini-Regimes

ner in Irak. Die Todesnachricht sei ein schwerer Schlag für die Familie gewesen, und sie sei sehr davon beeinflußt worden. Aus diesem Grund sei sie zum Hauptquartier der Revolutionswächter gegangen und habe dagegen protestiert, daß man ihnen falsche Nachrichten mitgeteilt hätte. Deswegen hätten die Revolutionswächter sie festgenommen und ins Gefängnis gesteckt. Sie wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Eine andere war aus der Stadt Rascht und war 16 Jahre alt. Sie war im Jahre 1981 festgenommen worden. Die Frauen haben mir erzählt, sie sei wegen der Mitgliedschaft in einer politischen Organisation verhaftet worden. Der damalige Richter hätte sie auf die Nase getreten, und ihre Nase sei gebrochen. Das arme Mädchen war geisteskrank geworden. Sie ist wegen der Verletzung ihrer Nase ins Teheraner Ewingefängnis transportiert worden, um die Nase einzugipsen. Nach der Behandlung kam sie zurück. Ihre Geistekrankheit wurde jeden Tag schlimmer. Sie war mit 12 Jahren Gefängnis bestraft worden.

Ein anderes Mädchen war 14 Jahre alt. Sie saß immer in einer Ecke und starrte die Decke an. Ich tröstete sie. Dann ist herausgekommen, daß die Repressionsorgane ihr Haus angegriffen haben und ihre ganze Familie und sie ins Gefängnis geschleppt haben. Sie sind dann wiederholt ausgepeitscht worden. Die islamischen Richter forderten ihre Familie und sie auf, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie in einer politischen Organisation aktiv gewesen sei. Das Mädchen weigerte sich, das Geständnis zu unterschreiben und protestierte gegen den Angriff gegen ihre Familie. Sie sagte mir, sie habe nichts getan, und sie habe keine Beziehungen zu politischen Organisation gehabt. Sie fragte, warum sie das Formular unterschreiben müsse. Sie wurde zu 75 Peitschenhieben und zu einem Jahr verurteilt.

Da war ein Mädchen aus Nord-Iran — Langerud. An ihren Fußknöcheln hatte sie geschwollene, unverheilte Brandwunden. Sie war 21 Jahre alt. Wir wurden sehr enge Freundinnen, und sie nannte mich Mutter. Sie war im Jahre 81 verhaftet worden und nach einem Prozeß von einer Viertelstunde Dauer zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden. In einem Gefängnis im Nord-Iran hatten die Repressionsorgane ihre Beine mit Stacheldraht an einer Heißwasserleitung festgebunden. Der Stacheldraht wurde durch die Heißwasserleitung immer heißer und verbrannte ihre Haut. Zwei von ihren Brüdern wurden hingerichtet.

Eine andere war 19 Jahre alt und Schulkameradin von meiner Tochter. Ihr war es nach der ersten Verhaftung gelungen, zu fliehen, aber 6 Monate später wurde sie wieder in Teheran verhaftet. Im Ewin-Gefängnis wurde sie durch 400 Peitschenhiebe nierenkrank und sie mußte jeden Tag 30 Becher Wasser trinken, sonst konnte sie vor Schmerzen nicht Wasser lassen. Sie wurde auch geistig krank. Ab und zu lachte sie, und dann weinte sie und schlug mit geballter Faust an die Wand. Sie war zuerst zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden, aber wegen ihrer Krankheit wurde ihre Haftzeit auf 15 Jahre verkürzt.



Ein anderes Mädchen war sehr klein, immer weiß im Gesicht und sehr schwach. Sie hatte immer ein Lächeln auf den Lippen. Sie hatte keinen außer ihrer alten Mutter, die immer bei reichen Leuten Wäsche wusch. Sie war ein Bauernmädchen und kannte ihren Vater nicht. Ihre Vorfahren waren von Generation zu Generation an Land- und Grundbesitzer verkauft worden. Sie war verhaftet worden, weil sie Plakate an die Wand geklebt hatte. Vor zwei Jahren entzündeten sich ihre Zehen, weil sie wiederholt gepeitscht worden war. Sie war mit 10 Jahren Gefängnis bestraft worden.

Nachdem die Repressionsorgane drei 14—15jährige Mädchen einige Tage zuvor verhaftet hatten, schickten sie alle drei Mädchen in unsere Sektion des Gefängnisses. Sie waren Schülerinnen der 8. Klasse. Eine von ihnen hatte vom vielen Weinen geschwollene Augen. Jede von ihnen wurde 70 mal gepeitscht. Sie waren angeklagt, eine Diskussion über den Schador der Frauen mit einer Angehörigen des islamischen Überwachungsvereins in der Schule geführt zu haben. Sie hatte dem Direktor gesagt, daß die drei Mädchen eine politische Diskussion miteinander geführt und Flugblätter verteilt hätten. Der Direktor teilte das sofort den Repressionsorganen mit, und sie verhafteten die Mädchen. Am Anfang des Verhörs wurden sie aufgefordert, ihre Tat zu gestehen. Aber sie hatten nichts zu gestehen. Sie wurden aufs Schärfste gepeitscht. Nachher konnte man die Spuren der Peitschenhiebe wie eine schwarze Schlange auf ihren Körpern vom Rücken bis zum Genick sehen. Die Folterknechte peitschen Jungfrauen von ihren Beinen bis zu ihrem Genick; Frauen peitschen sie nur die Fußsohlen. Das Mädchen konnte nicht sitzen. Nach dem Peitschen lag sie einen Monat auf ihren Decken, und wir mußten sie zwingen, zu essen. Sie redete gar nicht mehr. Eines Tages hat eines von den Mädchen und ich unseren Anteil an der Arbeit im Gefängnis zusammen gemacht. Ich fragte sie, warum ihre Freundin sich nicht setzen kann. Sie sagte mir ganz ängstlich, in der Nacht als sie gepeitscht worden seien, seien noch einige mit ihnen gepeitscht worden. Alle seien verwundet gewesen. Sie wollten das Licht ausmachen und schlafen. Da ihre Freundin vor Dunkelheit Angst gehabt habe, habe sie nicht zugelassen, das Licht auszumachen. Das sei soweit gegangen, daß sie sich leicht gestritten hätten. Im Gefängnis in der Stadt Astane habe es keine Wächterinnen gegeben, nur Männer. Dann sei ein Mann gekommen und habe sie in die Einzelzelle mitgenommen. In der Nacht seien alle von ihren Schreien plötzlich geweckt worden. Sie sei vor lauter Angst zu ihnen gelaufen und habe Schutz gesucht und weitergeschrien. Es sei klar gewesen, daß sie vergewaltigt worden war. Ihre Freundin habe nicht erkannt, wer sie vergewaltigt habe. Am nächsten Morgen dieser Nacht seien sie in unser Gefängnis transportiert worden. Das arme Mädchen bekam Störungen und redete stundelang in der Bewußtlosigkeit. Die Wächterinnen in unserem Gefängnis trugen sie ins Krankenhaus. Sie bekam Morphium oder ein anderes Betäubungsmittel gespritzt und kam wieder zurück. Immer wenn sie wieder zu sich kam, wußte sie nicht, was mit ihr passiert war. Diese drei Mädchen wurden nur wegen einer Diskussion über den Schador mit einem islamischen Vereinsmitglied mit 1/2 bis 1 Jahr Gefängnis bestraft. Während meiner Gefängniszeit sind jeden Tag einige Frauen und Mädchen mit der Anklage, daß ihre Haare zu sehen waren oder sie mit ihrem Bruder oder Familie gesehen worden sind, ins Gefängnis gebracht, dann bis zu 100 mal gepeitscht und von einem Tag bis zu einer Woche eingesperrt worden.

Wenn ich die Situation jeder Gefangenen beschriebe, müßte ich viele Bücher schreiben. Es ist nur festzustellen, daß die Foltermethoden vielartiger und grausamer sind, als ich hier darstellen konnte. Ich kann nicht alles schreiben, weil die Beschreibungen mir weh tun würden.

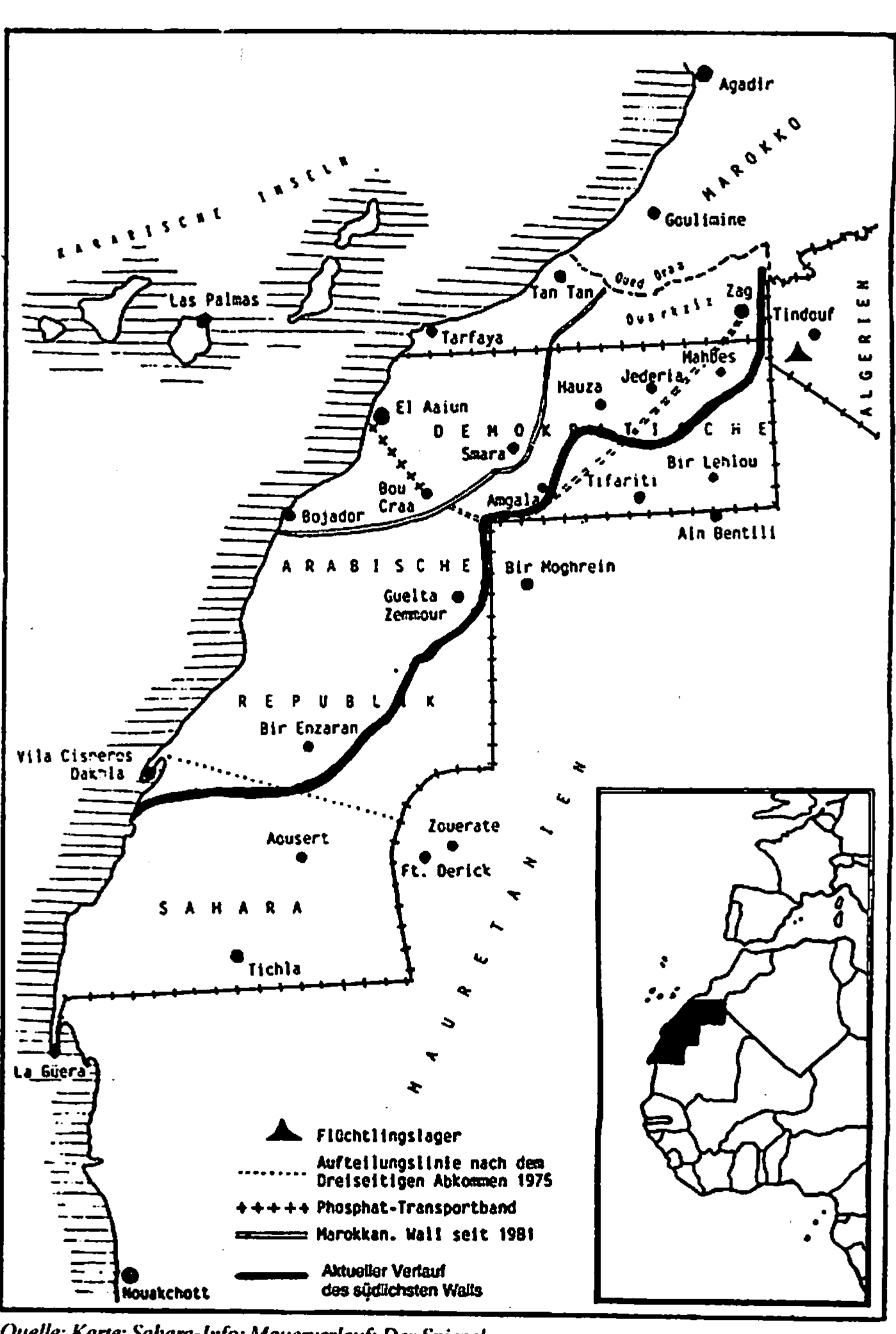
Quelle: Djamschid, Köln, April 1986

„Von schicksalsergebender Resignation oder Flüchtlingsapathie ist in diesen Lagern nichts zu spüren"

Ein Reisebericht aus der Demokratischen Arabischen Republik Sahara

Soviel Komfort hatte hier niemand erwartet, schon gar nicht eine Stunde nach Mitternacht. Schließlich war man nach den drei Flugstunden im spartanischen Truppentransporter auf den Besuch in einem Flüchtlingslager eingestellt, dessen Zeltstädte in einer der unwirtlichsten Wüstenregionen Nordafrikas liegen. Die Bewohner, so hatte man im Hinterkopf, müssen sich nicht nur ihr Wasser mühsam aus dem Saharaboden pumpen, sondern sind auch vollständig abhängig von äußerer Versorgung. Alles, von der Konservendose bis zum Dieselöl, muß über eine Distanz von vielen hundert Kilometern herbeigeschafft werden. Doch nun findet man sich plötzlich, den Staub einer einstündigen Fahrt auf der Ladefläche eines Lastwagens in den Kleidern, in einer Festhalle wieder, in Größe und Ausstattung einem bayerischen Bierzelt nicht unähnlich, und versucht, seiner Verblüffung Herr zu werden: Mehrere hundert ausländische Besucher sitzen da auf Klappstühlen an langen Tischreihen, vor sich ein Menü in drei Gängen, umsorgt von hilfsbereitem Servicepersonal und bereits jetzt in den Fängen einer umfassenden Organisation.

Ein ganzes Viertel der Zeltstadt El Aaiun wurde von der Bevölkerung geräumt und für den Ansturm von ausländischen Delegationen, Vertretern von Hilfsorganisationen und Journalisten hergerichtet. In ordentlichen, schnurgeraden Reihen gestaffelt stehen die weißlich-grauen Zelte in der flachen Landschaft aus Geröll und Sand, innen mit Teppichen, Matratzen und manchmal einigen Möbelstücken recht wohnlich eingerichtet und nun zu Ehren der verwöhnten Besucher zusätzlich mit Gaslampe und weißen, offenbar fabrikneuen Laken ausgestattet. Die sanitären Anlagen, in denen es weder an fließendem Wasser noch an der Steckdose mangelt, wurden ebenso eigens errichtet wie der Gebäudekomplex, in dem neben dem Speisesaal noch weitere Versamm-



Quelle: Karte: Sahara-Info; Mauerverlauf: Der Spiegel

lungsräume zur Verfügung stehen, oder ein Festplatz, der mit seinen lehmverputzten Gebäuden, seinen Tribünenkonstruktionen, den Fahnenmasten und der einfach mit Steinen in die Weite der Landschaft hineinmarkierten Paradestraße fast wie eine Filmkulisse wirkt.

10 Jahre Demokratische Republik Sahara

Anlaß für all diese Anstrengungen ist ein Jahrestag. Zehn Jahre sind vergangen, seit in der Oase Bir Lehlu in der Westsahara die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ausgerufen wurde, ein Staat, der seit seiner Gründung gezwungen ist, sozusagen im Exil zu existieren. Auf den ersten Blick scheint ein solcher Aufwand allein zum Zweck der Repräsentation nicht nur übertrieben, sondern verantwortungslos angesichts der Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern der Polisario nahe der westalgerischen Stadt Tindouf. Rund 150.000 Menschen leben hier in existenzieller Abhängigkeit von der Unterstützung, die vor allem Algerien und internationale Hilfsorganisationen bereitstellen. Sie gehören zu den Leidtragenden eines Krieges, der seit über einem Jahrzehnt die Stabilität der ganzen Maghrebregion gefährdet. Der Konflikt ist das Ergebnis einer völlig mißglückten Entkolonialisierung. Als Mitte der siebziger Jahre Spanien seine Bereitschaft erkennen ließ, sich aus der bis dahin Spanisch-Sahara genannten Kolonie zurückzuziehen, witterte Marokko seine langersehente Chance, die nachkolonialen Grenzen zu seinen Gunsten zu korrigieren. Seit seiner Unabhängigkeit 1956 erhob das Königreich Gebietsansprüche nicht nur auf die Westsahara, sondern auch auf Mauretanien und Teile Malis und Algeriens. Dabei berief es sich auf ein „Grand Maroc", ein Großmarokkanisches Reich, das vor der Kolonialzeit bestanden haben soll — eine Behauptung, die es 1975 vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag nur unzureichend zu belegen wußte. Wenn schon alle anderen Ansprüche unrealistisch schienen — ein Grenzkrieg mit Algerien 1963 hatte keinen Erfolg gebracht — so wollte sich der marokkanische König Hassan II. zumindest an der Westsahara schadlos halten und durch den Gebietsgewinn seine Position im Ringen um die Vormacht im Maghreb stärken. Die 1963 in der Westsahara entdeckten Phosphatlager und die reichen Fischgründe vor der Küste ließen die Sache auch wirtschaftlich lohnenswert erscheinen. Noch vor Abzug der Spanier marschierten marokkanische Truppen in der Westsahara, den Sahrauis, und deren 1973 gegründeten Widerstandsbewegung Frente Polisario die Wahrung ihres Selbstbestimmungsrechts schon öffentlich zugesagt hatte, gab es in einem Geheimabkommen dem marokkanischen Druck nach. Es übertrug die Verwaltung des Gebietes auf Marokko und Mauretanien, das alibihalber in den Handel einbezogen wurde und den wirtschaftlich recht wertlosen Südteil der Westsahara erhielt.



Ein Teil der Zeltstadt und die Fahne der DARS

Die Polisario leistete den einmarschierenden Truppen beider Länder erbitterten Widerstand und proklamierte einen Tag nach dem offiziellen Abzug der Spanier die unabhängige Sahararepublik. Ein großer Teil der sahrauischen Bevölkerung flüchtete vor den heranrückenden Soldaten der Nachbarländer; nicht ohne Grund, wie die Berichte über willkürliche Greueltaten, über Morde, Plünderungen, Vergewaltigung und Folter an den Zurückgebliebenen beweisen. Die Geflohenen, die sich zunächst noch auf dem Gebiet der Westsahara aufhielten, wurden von der marokkanischen Luftwaffe beschossen und bombardiert. Korrespondenten, Vertreter von Hilfsorganisationen und andere Augenzeugen berichteten damals von Splitterbomben, Napalm und Gasangriffen, vergifteten Brunnen, Minen, einer „Politik der verbrannten Erde". Mit ihren Angriffen auf die Zivilbevölkerung versuchten Marokko und Mauretanien offenbar, die Annexion der Westsahara gründlich zu besiegeln — durch die systematische Ausrottung der sahrauischen Flüchtlinge. Ein Entkommen nach Algerien bot die einzige Chance für diejenigen, die den Weg dorthin überlebten. Algerien nahm die Flüchtlinge auf und gewährt seither der Polisario die entscheidende Unterstützung.

Bislang konnten sich die Sahrauis auf die algerische Hilfe verlassen. Zwar sind sie sich darüber im klaren, wie gefährlich es ist, von einem einzigen Partner restlos abhängig zu sein. Auch sind aus diplomatischen Kreisen immer wieder Gerüchte zu vernehmen, Algerien verhandele über die sahrauischen Köpfe hinweg mit Marokko über eine Lösung des Konflikts — im Gespräch ist eine Autonomieregelung unter marokkanischer Oberhoheit —, um endlich dieser Belastung ledig zu sein. Doch bis heute gibt Algerien, das die Polisario aus machtpolitischen Gründen, aber auch aus antikolonialer Solidarität unterstützt, keinerlei konkreten Anlaß, an seiner Zuverlässigkeit zu zweifeln.

Die neue militärische Strategie

Bis Anfang der achtziger Jahre führte die Polisario den ungleichen Kampf mit erstaunlichem Erfolg. Wirtschaftlich vom Krieg fast völlig ruiniert, mußte Mauretanien 1979 einem Friedensvertrag zustimmen, in dem es das Selbstbestimmungsrecht der Westsahara anerkannte. Marokko wurde bis in den „nützliches Dreieck" genannten Nordteil des Gebietes, in dem die beiden größten Städte und die Phosphatminen liegen, zurückgedrängt. In dieser Situation verlegte es sich auf eine höchst ungewöhnliche Art der Kriegführung: Es verschanzte sich hinter einem meterhohen, mit aufwendiger Radarelektronik ausge-

> Die demokratische Arabische Republik Sahara bezeichnet sich in ihrer auf dem „Dritten Volkskongreß" im Jahre 1976 angenommenen Verfassung als „Teil der arabischen Nation, der afrikanischen Völkerfamilie und der Gemeinschaft der Völker der Dritten Welt". „Die Suche nach der Einheit des arabischen Maghreb ist eine Etappe auf dem Weg zur arabischen und afrikanischen Einheit." Der Islam ist „Staatsreligion und Quelle der Gesetze". Als „eines der Ziele des Staates" werden „die Gerechtigkeit" genannt. „Der nationale Besitz gehört dem Volk, der private Besitz wird garantiert, sofern er nicht mit Ausbeutung verbunden ist." Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich, die Meinungsfreiheit wird „im Rahmen der Gesetze und der Interessen des Volkes garantiert".
>
> (Quelle: Les Fondements Juridiques et Institutionnels de la République Arabe Sahraouie Démocratique. Actes du Colloque international de juristes tenu à l'Assemblée Nationale, Paris, les 20 et 21 octobre 1984)

statteten Befestigungswall aus Sand und Geröll, mit dem es zunächst nur das Gebiet des „nützlichen Dreiecks" umschloß. Die neue Strategie hatte Erfolg. Die bewährte Guerillataktik, völlig überraschend und unberechenbar an verschiedenen Orten zuzuschlagen, wurde der Polisario unmöglich gemacht. Dadurch ermutigt, begannen die Marokkaner, den „modernen Limes" zu erweitern; immer neue Mauern bauten sie in die Wüste, bis zu einer Gesamtlänge von derzeit rund 2400 km. Doch mit jeder Erweiterung wurde es schwieriger, das Bollwerk zu verteidigen. Zwar kontrollieren sie damit heute einen beträchtlichen Teil des umstrittenen Gebietes, doch der personelle, finanzielle und logistische Aufwand, den sie betreiben müssen, ist enorm. Mindestens drei Millionen US-Dollar täglich muß



Kämpfer der Polisario

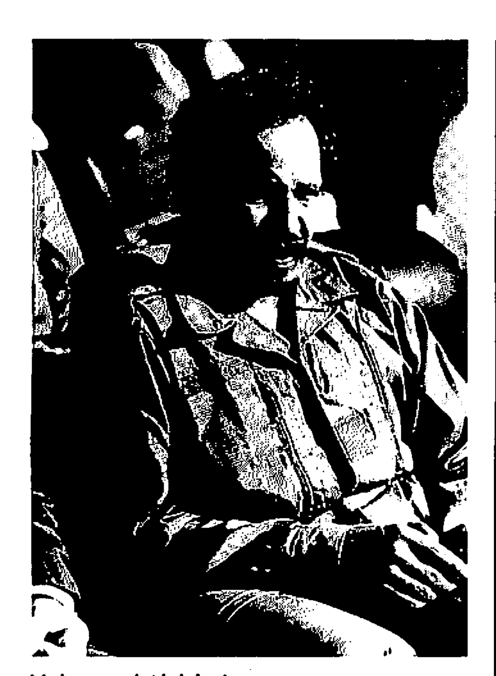
Marokko für diesen Krieg aufwenden. Über 100.000 Soldaten benötigt es in der Westsahara, der Anteil des Militärbudgets am Staatshaushalt wird auf 40 % geschätzt — eine auf Dauer unerträgliche Belastung für ein Land, in dem Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Hunger und Armut herrschen. Inzwischen hat sich Marokko einen Schuldenberg aufgeladen, der die Höhe des Bruttosozialproduktes erreicht. Die Sahrauis haben diese Situation erkannt und sich auf einen Abnützungskrieg verlegt. Sie attackieren, vom längst löchrig gewordenen elektronischen Frühwarngürtel offenbar wenig in Verlegenheit gebracht, nach eigener Aussage fast täglich die marokkanischen Stellungen an den Mauern. Damit versuchen sie, die Kosten des Krieges für den Gegner so hoch wie möglich zu treiben und ihn auf diese Weise an den Verhandlungstisch zu zwingen. Nur massive Unterstützung von außen ermöglicht Marokko die kompromißlose Weiterführung des Konflikts.

Mit Marokko gegen die Sahrauis: die Rolle der USA, der EG und der UdSSR im Westsaharakonflikt

Wichtigster Partner des Königreiches sind die USA. Marokko ist für sie als Anlieger des Atlantiks, des Mittelmeeres und der Straße von Gibraltar von strategischem Interesse; zudem schätzen sie den konservativen Monarchen Hassan II. als einen „Faktor der Stabilität" in der Region. Für Marokko ist nicht nur die direkte wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA von großer Bedeutung, sondern auch ihre Rükkendeckung bei internationalen Finanzgeschäften wie etwa Umschuldungsverhandlungen. Seit 1981 ist die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten immer enger geworden. Ein Militärhilfeabkommen wurde 1982 unterzeichnet. Die USA erhielten Nutzungsrechte für Luftwaffenbasen; dafür erhöhten sie ihre Militärhilfe an Marokko beträchtlich und entsandten Militärberater in das Maghrebland. Ende 1982 gab es erstmals marokkanisch-amerikanische Manöver. Einen Knacks bekam die Harmonie, als Hassan II. sich Ende 1984 auf eine „Staatsunion" mit dem libyschen Staatschef Gaddafi einließ. Er erreichte damit, daß Lybien — bis dahin ein wichtiger Unterstützer der Sahrauis — schlagartig jede Hilfe an die Polisario stoppte, was diese erstaunlich unbeeindruckt überstand.

Keinesfalls unterschätzen darf man die Rolle, die Europa für Marokko spielt. Die EG ist der weitaus größte Handelspartner des Königreiches. Die Abhängigkeit der auf den Export ausgerichteten Wirtschaft Marokkos vom Wirtschaftsgeschehen in Europa ist groß. Insbesondere Spanien und Frankreich sind wichtige Partner. In beiden Ländern bezogen die sozialistischen Parteien, solange sie in der Opposition waren, mit Nachdruck Position zugunsten der Sahrauis. Doch weder in Frankreich noch in Spanien hat sich die Westsahara-Politik nach dem Regierungsantritt der Sozialisten nennenswert geändert. Die Kooperation mit Marokko wird fortgesetzt, weiterhin werden Waffen geliefert, Wirtschaftskontakte gepflegt, Kredite gewährt und Militärberater geschickt. Kein europäisches Land — außer Jugoslawien — hat die DARS bisher diplomatisch anerkannt. Während Spanien eine Anerkennung mit dem Argument ablehnt, einer künftigen Volksabstimmung in der Westsahara nicht vorgreifen zu wollen, zieht sich die Bundesregierung auf die Formel „strikte Neutralität" zurück. Was sie nicht hindert, der marokkanischen Armee zwischen 1985 und 1987 mit einer „Ausrüstungshilfe" im Werte von acht Millionen Mark unter die Arme zu greifen; verwaltet wird diese Zuwendung vom Hause Wörner. Den Sahrauis hingegen gewährt die Bundesregierung nicht einmal eine humanitäre Unterstützung (Sahara Info Nr. 2, März 1985).

Gemeinsam ist diesen Mächten, daß sie es versäumen, ihre starke Stellung gegenüber Marokko zu nutzen und Hassan II. zur Verhandlungsbereitschaft zu drängen. Gemeinsam ist ihnen auch, daß die Sahrauis für sie viel zu unwichtig sind, um einen ernstzunehmenden Faktor ihrer außenpolitischen Kalkulation zu bilden. Ihnen liegt an guten Beziehungen zum konservativen Marokko ebenso wie zum sozialistischen Algerien. Ein zu großes Engagement in der Westsahara-Frage könnte da — in der einen wie in der anderen Richtung — nur stören. Selbst diejenigen, die verbal gelegentlich ihre Anteilnahme am Schicksal der Sahrauis bekunden, betreiben in der Praxis klassische Außenpolitik zur Wahrung der eigenen Interessen. Das gilt nicht nur für die Staaten der EG und den wichtigsten Kunden für algerisches Öl und Erdgas, die USA, sondern ebenso für die sozialistischen Staaten Osteuropas. Auch sie verweigern der DARS die diplomatische Anerkennung; die Sowjetunion ist Marokko in einem langfristigen Handelsabkommen verbunden. Die Frage, wie es denn nun konkret aussehe mit dem internationalistischen Engagement der UdSSR in Sachen


Mohammed Abdeluziz, Staatspräsident der DARS

DARS, quittierte der sahrauische Missionschef in Algier mit einem resigniert-sarkastischen Lachen: „Internationalismus? Das ist nichts weiter als eine hohle Phrase!"

Diplomatische Aktivitäten der Sahrauis

Vor diesem Hintergrund wird der Aufwand verständlich, mit dem die Sahrauis ihre ausländischen Gäste empfingen. Sie müssen um jeden Preis der Gefahr entgegenwirken, als vernachlässigbare Größe im Ränkespiel der Machtinteressen verraten und verkauft zu werden. Völkerrechtliche und diplomatische Aktivitäten auf der Ebene internationaler Organisationen sind dabei eines ihrer wichtigsten Instrumente. Bislang haben sie sich auf diesem Terrain — auch dank algerischer Rückendeckung — recht erfolgreich behauptet. Schon 1975 bekräftigten sowohl der internationale Gerichtshof in Den Haag wie auch die Vereinten Nationen das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis; die jüngste einer ganzen Serie von Resolutionen wurde von der UN-Vollversammlung im Dezember 1985 angenommen. 64 Nationen der Welt haben die DARS diplomatisch anerkannt. Der wohl größte diplomatische Durchbruch der Sahrauis war die 1984 nach langen Querelen besiegelte Mitgliedschaft in der Organisation für Afrikanische einheit (OAU) und der gleichzeitige Austritt Marokkos. Seit Juli 1985 ist Mohamed Abdelazis, der Präsident der Sahararepublik, einer der Vizepräsidenten der OAU. Nächstes Ziel ist die Mitgliedschaft in der Bewegung der Blockfreien.

Den zehnten Jahrestag ihrer Staatsgründung nutzten die Sahrauis als willkommenen Anlaß, sich als selbstbewußter, lebensfähiger Staat zu präsentieren. Sie zogen dabei alle Register des überall auf der Welt so verblüffend ähnlichen Rituals staatlicher

Organisationsstruktur der Frente POLISARIO und der DARS

Frente Polisario | **Staat und Verwaltung**

Nationale Ebene

Exekutivkomittee = **Kommandorat der Revolution**
7 Mitglieder, darunter der Generalsekretär = Staatspräsident der DARS

Politbüro
27 Mitglieder

Sahrauischer Nationalrat
52 Mitglieder, davon
27 Mitglieder des Politbüros und
25 gewählte Mitglieder (Vorsitzende der Volksräte der 20 Dairas)

Minister-rat

Allgemeiner Volkskongreß
Zusammengesetzt aus Delegierten, die von Basisvolkskongressen gewählt wurden. Tagt seit 1978 alle drei Jahre.

Ebene der Wilaya (Lagerprovinz)

Politisches Kommissariat
- unter dem Vorsitz des Wali als politischem Kommissar der Wilaya
- bestehend aus den Vorsitzenden der Volksräte der Dairas und den politischen Kommissaren der Dairas

Volksrat
- unter dem Vorsitz des Wali, der vom Innenminister ernannt wird
- bestehend aus den Vorsitzenden der Volksräte der Dairas und den Leitern der Fachabteilungen (Gesundheit, Unterricht, Handwerk, Justiz, Versorgung)

Ebene der Daira (Lager)

Politisches Kommissariat
zusammengesetzt aus dem politischen Kommissar der Daira (ernannt) und den Verantwortlichen der Zellen

Volksrat
bestehend aus dem Präsidenten und den Verantwortlichen der 5 Volkskomitees

Zellen
bestehend aus einem gewählten Verantwortlichen und 10 Mitgliedern (2 aus jedem Volkskomitee)

Volkskomitees (5 je Daira)
betraut mit den wichtigsten Aufgaben: Erziehung, Gesundheit, Justiz/Soziales, Handwerk, Versorgung

Basisvolkskongresse
treten jedes Jahr zusammen

Nach: M. Barbier, Le conflit du Sahara Occidental, S. 208

Repräsentation. Weder die Militärparade noch die Ansprache des Staatschefs fehlte; zahlreiche Delegationen aus aller Welt setzten ihre Grußadressen ab, im Wind knatternde Fahnen und die wohlorganisiert jubelnde Bevölkerung umrahmten den Festplatz. Offizielle Empfänge und eine Pressekonferenz des Präsidenten rundeten das Programm ab.

Die Flüchtlingslager: Basis der neuen Nation und Orte kultureller Identität

Wesentlich überzeugender als diese offizielle Inszenierung dokumentierten allerdings die Beobachtungen und Gespräche am Rande, daß hier in zehn Jahren Flüchtlingsdasein nicht nur das Überleben organisiert, sondern zugleich eine soziale Gemeinschaft geschaffen wurde, die sich als Nation versteht und als erster Schritt beim Aufbau eines unabhängigen Staates. Von schicksalsergebener Resignation oder Flüchtlingsapathie ist in diesen Lagern nichts zu spüren. Auf einer provisorischen Ebene hat man sich eingerichtet im Exil. Es gibt eine funktionierende Verwaltung, ein System der Rechtsprechung und ein umfassendes Schul- und Gesundheitswesen. Mit der Wasserversorgung klappt es sogar so gut, daß man es geschafft hat, in dieser Wüste Gärten anzulegen. Und auch die militärische Logistik funktioniert.

Trotz der materiellen Abhängigkeit sind die Sahrauis mit Konsequenz darauf bedacht, so viel Selbständigkeit wie irgend möglich zu verwirklichen. Beispielsweise beschafft man, statt fertige Kleider oder Schuhe zu verteilen, nur den Stoff und das Leder — alles weitere übernehmen Handwerker vor Ort. Auch gibt es keine ständig in den Lagern lebenden fremden Experten; jede Zusammenarbeit soll möglichst rasch die eigenständige Fortführung ermöglichen. Kulturelle Identität ist hier nicht nur ein Schlagwort, sondern eine Realität, die man allenthalben spürt in Begegnungen und Gesprächen.

Besonders augenfällig ist die für eine islamische Gesellschaft ungewöhnlich starke und gleichberechtigte Stellung der Frauen in der sahrauischen Gemeinschaft. Sie tragen nicht nur die Hauptlast des Lagerlebens, sondern spielen auch eine aktive Rolle im öffentlichen und politischen Leben. Die Standarderklärung hierfür, nach der die starke Position der Frauen im zivilen Leben der Sahrauis aus der kriegsbedingten häufigen Abwesenheit der Männer resultiert, sagt nur die halbe Wahrheit. Tatsache ist nämlich auch, daß die heutige Beteiligung der Frauen am gesellschaftlichen Leben den Traditionen der vorkolonialen islamischen Nomadengesellschaft entspricht. Erst die spanische Kolonialpolitik, die wie jede Kolonialherrschaft nicht nur die politische und wirtschaftliche, sondern auch die kulturelle Unterwerfung der Kolonisierten betrieb, versuchte den Arbeits- und Lebensbereich der Frauen (nach dem Vorbild der patriarchalisch-katholischen Gesellschaft im „Mutterland") auf den Haushalt zu beschränken.

Heute wird das soziale Leben in den Lagern der Sahrauis zu einem großen Teil von Frauen organisiert und getragen. Die sahrauischen Frauen treten den Männern selbstbewußt und unbefangen gegenüber. Dennoch besteht kein Anlaß, von einem Idealzustand der Gleichberechtigung geradezu zu schwärmen, wie dies in Berichten zuweilen geschieht. Auch in der sahrauischen Gesellschaft liegen die Fäden der Macht letztendlich in der Hand von Männern, auch wenn den Frauen bestimmte

Die Flüchtlingslager der Sahrauis bestehen aus vier räumlich getrennten Lagerprovinzen, den Wilayas. Diese Wilayas sind unterteilt in jeweils sechs oder sieben Distrikte (Dairas); insgesamt gibt es 25 Dairas. Die größte Entfernung zwischen den einzelnen Zeltstädten beträgt rd. 150 km. In jeder Daira gibt es je ein Gesundheits-, Justiz-, Erziehungs-, Versorgungs- und Handwerkskomitee. In diesen Komitees ist die gesamte Lagerbevölkerung organisiert. Ein Basisvolkskongreß, der sich aus den erwachsenen Bewohnern einer Daira zusammensetzt, tritt jährlich zusammen und wählt den Lagerbürgermeister sowie ggf. die Delegierten für den Allgemeinen Volkskongreß. Für die Leitung der Daira ist der Volksrat der Daira zuständig, bestehend aus dem Lagerbürgermeister und je einem Verantwortlichen aus den fünf Komitees.

Organisationsstruktur einer Daira

Volksrat der Daira
6 Mitglieder:
- Der Lagerbürgermeister
- Je ein Verantwortlicher der fünf Komitees

Gesundheitskomitee	Justizkomitee	Erziehungskomitee	Versorgungskomitee	Handwerkskomitee
- örtliche Krankenstationen, - Gesundheitserziehung - Hygiene	- Schlichtung v. Streitfällen, - Hochzeiten, Scheidungen - sonstige Familienrechtliche Fragen	- Kinderkrippen, - Vorschulen, - Einschulung	- Lagerhaltung, - Verteilung von Hilfslieferungen	- Organisation und Durchführung der Handwerksproduktion

BASISVOLKSKONGRESS
- Wahl des Lagerbürgermeisters
- Wahl der Delegierten für Volkskongresse auf nationaler Ebene
- Beratung und Beschlußfassung über allgemeine Fragen der Lagerorganisation und über Anträge zu sonstigen politischen Themen an den nationalen Volkskongreß

Mitglieder sind alle erwachsenen Bewohner der Daira

Sektoren des gesellschaftlichen Lebens zur relativ autonomen Ausgestaltung überlassen werden. Greifbar wird dies in der Zusammensetzung der obersten politischen Gremien: Im Politbüro der Frente Polisario sitzen neben 23 Männern ganze vier Frauen, im Exekutivkomitee keine einzige.

Unbestreitbar ist, daß die Verantwortlichen der DARS sich bemühen, durch intensive Bildungsmaßnahmen die Benachteiligung der Frauen abzubauen. Vor zehn Jahren waren rund 90% der Frauen Analaphabeten; die Spanier hatten Mädchen und Frauen fast vollständig vom Schulbesuch ausgeschlossen. Heute ist der Besuch des Schulunterrichts für Mädchen ebenso selbstverständlich wie für die Jungen. Überhaupt ist das Schulwesen, das nicht nur die Ausbildung der Kinder bis zur mittleren Reife, sondern auch Erwachsenenbildung und Berufsschulen umfaßt, die vielleicht wichtigste Investition der Sahrauis für die Zukunft.

In der „Schule des 9. Juni" bestimmt Disziplin den Unterricht. Die Kinder sitzen angespannt und auf die Lehrerin konzentriert in ihren Bänken. Lebhaft beteiligen sie sich am Unterricht; wenn sie eine Frage beantworten, springen sie auf und brüllen die Antwort heraus, als sei es eine militärische Meldung. Disziplin bestimmt auch das Lagerleben insgesamt. Militaristische Elemente beeinflussen unübersehbar die Art, in der dieser Staat sich präsentiert. Zehn Jahre Überlebenskampf in der Wüste und zehn Jahre Krieg haben diese Gesellschaft geprägt. Noch lebt man hier im Ausnahmezustand, und es ist schwer abzuschätzen, wie das Zusammenleben in einer künftigen Sahararepublik zu Friedenszeiten aussehen wird.



Der Friedensplan

Der Weg dorthin ist noch weit, eine Lösung des Konflikts vorerst nicht in Sicht. Zwar gibt es einen von der OAU ersonnenen und von der UN unterstützten Friedensplan, der als Grundlage von Verhandlungen gedacht ist. Er fordert direkte Gespräche zwischen Marokko und der Polisario zur Vereinbarung eines Waffenstillstands und zur Vorbereitung eines Referendums, mit dem die Bevölkerung der Westsahara unter Aufsicht von OAU und UN über ihre Zukunft entscheiden soll. Doch während die Sahrauis bei jeder Gelegenheit ihre Bereitschaft zur Anwendung des Friedensplans erklären, blockiert der marokkanische König Hassan II. jede Lösungsmöglichkeit. Er weigert sich strikt, mit der Polisario zu reden; für ihn sind die Sahrauis ganz einfach „Söldner Algeriens". Hassan II. braucht den äußeren Konflikt, den er mit großem Propagandaaufwand zu einem Kreuzzug für Islam und Vaterland hochstilisiert hat, um von den immer drängenderen Problemen im Innern abzulenken. Das Eingeständnis, den Krieg nicht gewinnen zu können, könnte zu einer ernsten Bedrohung seiner Macht führen. Wiederholt hat Hassan erklärt, er werde „niemals über die Souveränität in der Westsahara verhandeln." Ob die Mitte April in New York unter Vermittlung der UN begonnenen indirekten Kontakte zwischen der Polisario und Marokko ein Ende dieser starren Haltung andeuten, ist noch nicht abzusehen. So besteht nach wie vor die Gefahr, daß Hassan II. einen letzten Ausweg aus dem militärischen Patt in einer Ausweitung des Konfliktes sucht und doch noch einen Krieg mit Algerien anzettelt, sei es, weil er lieber einen Konflikt mit Algerien verliert, als zuzugeben, daß die Sahrauis militärisch nicht zu bezwingen sind, sei es, weil er der Polisario mit einem Angriff auf die Flüchtlingslager die Basis nehmen will.

In den Lagern bei Tindouf erinnert man sich noch gut an die marokkanischen Luftangriffe vor zehn Jahren, an die systematischen Bombardierungen, an Napalm und Minen, an den versuchten Völkermord. Noch immer gehört für diese Menschen die Drohung, Opfer eines Massakers zu werden, zum Alltag — so einfach, so zynisch und so dramatisch ist ihre Situation. Sie haben damit leben gelernt. Mit Sand halb zugewehte Luftschutzgräben deuten an, daß man sich derzeit unter dem Schutz algerischer Abfangjäger, die gelegentlich das Lager überfliegen, halbwegs sicher fühlt. „Wir kämpfen hier gegen zwei Feinde", sagen die Sahrauis, „gegen Hassan und gegen diese Natur". Und womöglich, fügt einer sarkastisch hinzu, sei die Natur der schlimmere Feind. Über welche Gewalt er verfügt, davon bekommen auch die von allen Unbilden nach Kräften abgeschirmten Besucher eine Ahnung, als eines Nachmittags einer der häufigen Sandstürme durch das Lager fegt und die Zelte umzuwerfen und zu zerreißen droht. Obowhl man im Freien kaum noch die Augen aufbekommt, müssen sich organisierte Arbeitstrupps durch das Unwetter schlagen, um mit schweren Steinen die Behausungen zu sichern. Die Außendienstmitarbeiter der Weltöffentlichkeit sitzen derweil beim Tee und philosophieren darüber, woher Menschen in solcher Umgebung zehn Jahre lang die Kraft nehmen, zu kämpfen und einem Versinken in Sand und Resignation zu entgehen.

Achim Schmitz-Forte

Guatemala

Die Repression hält an

„Nach 30 Jahren Gewalt, politischer Instabilität und Verletzung und Vergewaltigung der Menschenrechte" aber nach nur wenigen Monaten christdemokratischer Regierung wäre es „unehrenhaft, behaupten zu wollen, Barbarei und Unzivilisiertheit seien bereits aus der Welt geschafft", erklärte der Innenminister Guatemalas, Juan José Rodil Peralta, am 18. Mai vor der Presse in Bonn zu Meldungen über andauernde Menschenrechtsverletzungen in seinem Lande.

Rodil Peralta war auf Einladung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in die Bundesrepublik gekommen, um hier die „Struktur der öffentlichen Sicherheitsorgane, insbesondere der Polizei, kennenzulernen." Im Zuge seiner auffallend „weichen", fast entwaffnenden Gesprächstaktik gab der neue Polizeiminister den „repressiven Charakter" der Sicherheitskräfte in Guatemala zu. „Gewohnheitsmäßig" hätten sie die Menschenrechte verletzt. „Es ist leicht", verriet Rodil Peralta, „einen repressiven Apparat zu erhalten, weil es dazu nur einiger Mörder und Entführer bedarf zur Einschüchterung der Bevölkerung". Wie will der Minister die Bürgerinnen und Bürger künftig vor den Mördern und Entführern im eigenen Apparat schützen? Er will die Sicherheitskräfte technisch mit Hilfe von Bonn, Washington und Madrid besser ausrüsten. Eine Zusage der Bundesregierung für polizeiliche Ausrüstungs- bzw. Ausbildungshilfe konnte Rodil Peralta gleich nach Guatemala mitnehmen.

Zur Grundsatzfrage, ob er Prozesse gegen die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Militärs und Sicherheitskräfte für notwendig erachte, fand der Innenminister ein peinliches „ja sicher, aber". Nach Auffassung seiner Regierung dürfe man „die Gegenwart nicht beschmutzen und die Zukunft nicht kaputtmachen, um etwa die Vergangenheit zu sühnen."

Die meisten Menschen in Guatemala teilen diese zynische Philosophie nicht.

Das Volk will Gerechtigkeit

„Vinicio, Sie müssen sich erklären! Sind Sie mit Ihrem Volk oder mit den Mördern des Volkes? Sie entscheiden! Das Volk wird über Sie urteilen!" Ein Transparent, das Angehörige von verschleppten Guatemalteken ihrem Präsidenten vorm Regierungspalast in der Hauptstadt entgegenstreckten.

Das war am 28. Februar, anderthalb Monate nach der Amtseinführung des neuen zivilen Präsidenten Guatemalas Vinicio Cerezo durch den General Mejía Victores. Der trat ab, wie er geherrscht hatte: zynisch und vermessen. Mit einer Amnestie für sich selbst und alle Militärs glaubte er, sich aus der Verantwortung dekretieren zu können. Der Christdemokrat Cerezo, gewählt und angetreten als „Garant der demokratischen Öffnung", hat diese januskoöpfige Morgengabe ebenso akzeptiert wie die Amtsinsignien aus der Hand des Militärdiktators. Das Volk aber fordert Gerechtigkeit. Cerezo, der sich als Volkpräsident bezeichnet, wird nun beim Wort genommen.

Nach 31 Jahren Militärdiktatur mit über 40 000 von staatlichen „Sicherheitsorganen" und Militärs entführten und seitdem verschwundenen Menschen wird der Ruf nach Lebens- und Bürgerrechten, nach Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit laut und deutlich formuliert.

Immer mehr Guatemalteken erheben sich gegen die galoppierende Wirtschaftskrise und ihre eigene Verarmung, gegen die anhaltende Kontrolle und Unterdrückung, die andauernden Morde und Entführungen durch Militär und staatliche „Sicherheitsorgane". Typisch sind vermehrte Selbsthilfeaktionen.

So kommt es seit dem Amtsantritt des Christdemokraten Cerezo im ganzen Land immer wieder zu Landbesetzungen durch Obdachlose, weil „ihr Volkspräsident" ihnen z. B. Wohnungen versprochen hat. In der Regel beschwichtigt man heute zunächst mit Versprechungen, und dann vertreibt man sie gewaltsam. Ein Beispiel: am 18. Januar wurden in Guatemala-Stadt die Menschen, die das Land der Nationalbank für Bauwirtschaft besetzt hatten, von 800 Polizisten der Nationalpolizei brutal vertrieben. Verzweifelt hatten sie daraufhingewiesen, daß sie doch „Anhänger der Christdemokraten und der neuen Regierung sind, die versprochen hat, eine Regierung für das Volk und vom Volk zu sein." Da die Nationalbank dem Volk gehöre, gehöre dieses brachliegende Land der Bank



Cerezo soll handeln

4 Monate nach seinem Amtsantritt hat der christdemokratische Präsident nirgendwo die Weichen in der Politik auf einen neuen Kurs umgestellt. Die Hoffnungen, die große Teile der Bevölkerung auf ihn und seine Versprechungen gesetzt hatten, scheinen schneller als von Beobachtern erwartet, in Enttäuschung zu zerrinnen. Zorn und Widerstand wachsen gegen eine Demokratisierung, die für die Bevölkerungsmehrheit bislang nur auf dem Papier und in Reden stattfindet. Jüngste Meldungen belegen:

Verschiedene Gewerkschaftsverbände setzten z. B. dem Präsidenten Anfang April eine Frist von 2 Wochen, um die rapide Inflation der ohnehin hohen Lebenshaltungskosten zu stoppen. Die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter fordert den Rücktritt des Bürgermeisters der Hauptstadt, da er den Generalsekretär der Gewerkschaft bei einem Treffen angegriffen habe. Am ersten April kam es im Süden und im Osten des Landes zu Protestmärschen gegen die Preiserhöhungen. Beim Einsatz der Sicherheitskräfte wurde ein Junge getötet, vier Menschen schwer verletzt und 20 festgenommen.



In Santiago Atitlán im Departement Solola befreite die Landbevölkerung einen Bauern aus dem Gefängnis und inhaftierte den vom Militär eingesetzten Dorf-Kommissar.

Meldungen, die sich heute beliebig und täglich fortsetzen ließen. Sie spiegeln den Unmut der Bevölkerung wieder, aber auch ihre wachsende Risikobereitschaft. Denn auch solche Meldungen sind im christdemokratisch-regierten Guatemala immer noch bittere Alltäglichkeit. Die Universitätsstudentin Selva Garcia ist am 6. April gemeinsam mit ihrem Freund in Guatemala Stadt verschleppt worden. Ihre Leichen wurden am nächsten Tag mit Folterspuren gefunden.

Diktatur dauert an

Diese unveränderte Alltagswirklichkeit veranlaßte Anfang April den Generalsekretär der Sozialistischen Partei Guatemalas (PSD), Mario Solorzano zu der Feststellung: „Die Diktatur dauert an". Der erste Schritt zur Demokratisierung des Landes drohe wegen der Inkompetenz der Regierung zu scheitern. Der Regierung „Inkompetenz" vorzuwerfen, mag Solorzano politisch für klug halten, wenn er damit die Inkompetenz in Sachen Demokratie beschreibt. Da genügt ein scharfer Blick in die Kabinettsliste des Präsidenten zum Beleg.

Der Innenminister, Juan José Rodil Peralta, erster Gast in Bonn nach der Wende in Guatemala, ist zuständig u. a. für innere Sicherheit und Polizei-Ausrüstung.

Sie garantiert den Militärs und der Oligarchie Kontinuität nach der Wende. Dem Kabinett Cerezo gehören Politiker und mächtige Militärs an, die sich in den vergangenen Jahren unrühmlich hervorgetan haben.

Frankensteins Gruselkabinett

Rodil Peralta, ehemaliger Botschafter des Militärregimes von General Meja Victores, hat in Guatemala als Anti-Demokrat Geschichte gemacht. Rodil Peralta verfaßte die „Regierungsstatuten" zur „Legitimierung" des Putsch-Regimes von General Rios Montt. Damit wurde die guatemaltekische Verfassung außer Kraft gesetzt.

Unter General Rios Montt (1982–1983) organisierte der gelernte Jurist die berüchtigten geheimen Sondergerichte. Hier wurden sämtliche Regeln eines legalen, fairen Gerichtsverfahrens außer Kraft gesetzt.

Von diesen Sondergerichten wurden 15 guatemaltekische Bürger zum Tode durch Erschießen verurteilt. Einige wurden unmittelbar vor dem Besuch des Papstes in Guatemala und entgegen dessen Gnadengesuch hingerichtet. Hunderte Menschen wurden von diesen Sondergerichten ins Gefängnis geschickt, zahllose Menschen, die hier „behandelt" wurden, sind nie wieder aufgetaucht, weder tot noch lebendig.

Cerezos Außenminister, Mario Quinonez Amezquita diente ebenfalls dem Gewaltherrscher Rios Montt — als Botschafter bei den Vereinten Nationen.

Zum neuen Botschafter Guatemalas bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wurde jetzt der Bankier Fernando Andrade Diaz-Duran, Außenminister des General Mejía Victores, ernannt. Turnusgemäß wird Guatemala dieses Jahr den Vorsitz in der OAS übernehmen.

Rodolfo Estrada, Landwirtschaftsminister, sammelte seine zweifelhaften Erfahrungen als Vizeminister unter Rios Montt. Der neue Verteidigungsminister, General Jaime Hernández, war Kommmandeur der Militärbase am Playa Grande im Departement El Quiche, einem Hauptquartier für die, wegen ihrer Massaker und brutalen Einsätze gegen die Landbevölkerung berüchtigten Aufstandsbekämpfungstruppen.

Als Mitglied des Rats der Obristen gehörte er zum Zentrum der Macht Mejía Victores. Auch der jetzige Generalstabschef, General Hector A. Gramajo, befehligte eine spezielle Counterinsurgency-Truppe.

Die „Guardia Presidencial", eine Elitetruppe für den Präsidenten die für die Aufgaben der Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden kann, untersteht heute dem Oberst Roberto Matta Gálvez. Früher war der Oberst Kommandant in 20. Departement El Quiche. Hier tat sich die Armee durch rücksichtslose Einsätze gegen die

Landbevölkerung hervor.

Täuschungsmanöver mit Geheimpolizei

Gewiß hat der Präsident die gefürchtete Geheimpolizei DIT (Departamenta de Investigaciones Técnicas) aufgelöst. Aber selbst bei konservativen Guatemalteken, wie den Programmachern einer so bekannten privaten Tagesschau wie „Acquí el Mundo", gibt es Zweifel. Am 9. Februar fragte sich der Kommentator, ob denn nicht mit der Auflösung der Geheimpolizei Beweise für die Verwicklung anderer staatlicher Bereiche in die Menschenrechtsverletzungen verschleiert werden sollten? Auch von einer Reorganisation der Geheimpolizei unter anderem Namen war in der Sendung die Rede. Tatsächlich wird die DIT von der Bevölkerung für etwa zehn Prozent der schwersten Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Einen Prozeß aber hat es nicht gegeben. Wohl erhielten rund 100 Geheimpolizisten Verwarnungen wegen „Kavaliersdelikten" und einen „Kurs für menschliche Beziehungen" verordnet.

Fast sämtlich wurden die DIT-Angehörigen im übrigen in die National-Polizei eingegliedert, deren Sondereinheit, das Bataillon Rápido de Operaciones Especiales (BROE), gegen die Bevölkerung ebenso brutal und gnadenlos operiert wie das Militär. Die Vorsitzende der guatemaltekischen Menschenrechtsorganisation GAM, Gruppe zur gegenseitigen Hilfe, Nineth de Garcia, bezeichnete denn auch die Auflösung der Geheimpolizei am 10. April während einer Europareise mit Station in Bonn vor der Presse als „Show" der Regierung Cerezo. Ziel sei es gewesen, der internationalen Öffentlichkeit vorzugaukeln, die Geheimgefängnisse beziehungsweise Folterzentren existierten nun nicht mehr.

Cerezo gegen Masochismus

Unter Gefährdung ihres eigenen Lebens fordern die 1.300 Mitglieder der GAM das lebendige Wiedererscheinen ihrer verschleppten und seitdem verschwundenen Familienangehörigen, die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, die Aufhebung des Amnestiedekrets und gerichtliche Verfolgung der verantwortlichen Militärs, sowie das Verbot für allgemein bekannte Verbrecher, das Land zu verlassen. An erster Stelle ist der frühere Generalstabschef und Vizepräsident des General Mejía Victores, Loben Zamora, gemeint. Die christdemokratische Regierung ließ ihn nach Panamá ausreisen, als neuen Botschafter seines Landes.

Den Angehörigen der Verschwundenen wirft Präsident Cerezo Masochismus, Konfliktsuche und Kleben an der Vergangenheit vor. Sein Rezept ist so einfach, wie zynisch: er fordert Vergessen und das Amnestie-Dekret hält er für rechtens. Das erbittert, weckt Zorn und stärkt den Widerstand.

Für Dialog mit Widerstandsbewegung

„In Guatemala brauchen wir nicht Amnestien, sondern Gerechtigkeit. Es ist nicht mehr die Zeit der Versprechungen, sondern Zeit für Taten und Wahrheiten". Die „Vereinigte revolutionäre nationale Widerstandsbewegung Guatemalas" (URNG) formulierte das so in einer Erklärung zum vierten Jahrestag ihrer Gründung am 7. Februar. Es entspricht offenbar dem politischen Klima im Lande. Und der Präsident dürfte es wohl wissen. *Denn er gilt als* begabt und intelligent. Und selbst die Widerstandsbewegung attestiert dem Christdemokraten „guten Willen".

In ihrer Erklärung vom Februar stellt die URNG allerdings einschränkend fest: „Das Problem liegt nicht in dem, was ein Präsident machen will, noch in dem, was er für richtig hält, sondern in den realen Möglichkeiten, seine Pläne auszuführen. Er müßte auf die nötigen Mittel und die Machtbasis zählen können..." Doch weder der Präsident noch seine Partei verfügten über diese Basis für die notwendige Änderung der Strukturen. Da sie dennoch solche Hoffnungen bei der Bevölkerung weckten, würden sie in die Pflicht genommen, entsprechend zu handeln.

Die Erklärung der URNG fand in den lateinamerikanischen Medien große Beachtung. Nur wenige Tage nach ihrer Veröffentlichung erklärte sich Präsident Cerezo in einem Interview der mexikanischen Tageszeitung „Excelsior" zum Dialog mit der Guerillabewegung bereit: „Ich glaube, so ungefähr bis Jahresende können wir mit diesen Sektoren gesprochen haben, um sie einzuladen, am politischen Prozeß unseres Landes teilzunehmen." Ihre Bedingungen hatte die URNG bereits dem designierten Präsidenten kurz vor seiner Amtsübernahme mit auf den Weg gegeben.



Indianer in Chichicastenango



Demonstration der „Gruppe für gegenseitige Hilfe" in Guatemala City, September 1985

Bedingungen der URNG

In ihrem Kommuniqué vom 11. Januar fordert die URNG Cerezo auf, seinen politischen Willen zur Demokratie konkret unter Beweis zu stellen, und zwar durch Aufklärung des Schicksals der tausenden von Verschwundenen, Verhafteten und Ermordeten; Untersuchung und Aufklärung der vor allem gegen die indianische Landbevölkerung begangenen Massaker; Verurteilung und Bestrafung der für Unterdrückung und Plünderung des Landes verantwortlichen hohen Militär- und Polizeichefs; Beendigung aller Repressionshandlungen gegen die Bevölkerung wie Entführungen und Morde, wie Bombardements der Zivilbevölkerung in den Konfliktzonen, wie Zerstörung der Aussaaten und Ernten; Auflösung der Zivilpatrouillen, der Modelldörfer und des gesamten Systems zur Kontrolle der Bevölkerung; tatsächliche Meinungs- und Organisationsfreiheit, Garantie der seelsorgerischen Arbeit der Kirche, vollständige Pressefreiheit; wirtschaftliche Sofortmaßnahmen zugunsten der Bevölkerungsmehrheit, wie Lohnerhöhungen, Preiskontrolle, Wahrnehmung der nationalen Interessen gegenüber den Forderungen des Internationalen Währungsfonds und dem Druck zur Bezahlung der Auslandsschulden; regionale Nichteinmischungspolitik in die Interventionspolitik der Reagan-Administration als wirksamen Beitrag zur Entspannung der zentralamerikanischen Region.

Zu Gerüchten, die Guerilla werde ihren bewaffneten Widerstand vorläufig aussetzen, erklärte am 6. März das Mitglied des Oberkommandos der URNG, Pablo Monsanto, ein Waffenstillstand wäre möglich nur als Ergebnis gegenseitiger Verpflichtungen, die gegebenenfalls zwischen Präsident Vinicio Cerezo und der höchsten Führung der URNG eingegangen werden könnten.

Guerilla stützt Demokratisierung

Ob sich Cerezo mit seiner Dialogbereitschaft durchsetzen kann, scheint mehr als zweifelhaft. Dagegen stehen nicht nur die Militärs und die Reagan-Administration. Eine öffentliche Abfuhr ereilte Cerezo umgehend aus dem eigenen Lager, vom Generalsekretär der Christdemokraten und neuen Kongreßpräsidenten Alfonso Cabrera.

Eine militärische Niederschlagung des Widerstands gilt unter Experten heute jedoch als völlig unwahrscheinlich. Schließlich haben die rücksichtslosen Counter-Insurgency-Methoden selbst den Einigungsprozeß der verschiedenen Widerstandsorganisationen nicht verhindert. Im Gegenteil, 1985 bildeten die „Organisation des Volkes in Waffen" (ORPA) gemeinsam mit dem „Guerillaheer der Armen" (EGP) und den „bewaffneten Rebellenstreitkräften" (FAR) ihr politisches und militärisches Oberkommando in der URNG. Nach eigenen Angaben führten die Widerstandstruppen der URNG 1985 260 militärische Aktionen durch. Die Hauptoperationsgebiete der ORPA sind die Departements San Marcos, Quetzaltenango und Suchitepequez; die EGP operiert in El Quiche und Huehuetenango, die FAR in El Petén. Das Departement Alta Verapaz ist gemeinsame Operationszone.

In ihren Verlautbarungen bekräftigt die URNG ihre Bereitschaft zum Dialog und zu konkreten Abmachungen. Ein einseitiger Waffenstillstand aber käme für sie in ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit, gegen Unterdrückung und Hunger, in ihrem Kampf, gegen die Ursachen des Konflikts, die unvermindert weiterbestünden, nicht in Betracht. Die URNG stellt weiter fest: „Wir Revolutionäre werden nicht die Ursache des Scheiterns echter Demokratisierung sein."

Annette Niemeyer

Unidad revolucionaria nacional Guatemalteca – URNG

Hauptpunkte aus dem „Gemeinsamen Aufruf der revolutionären Organisationen ORPA, FAR, EGP, und PG-NT an das Volk von Guatemala", Februar 1982:

Die revolutionäre, patriotische, volksverbundene und demokratische Regierung wird:

1. der Unterdrückung des Volkes ein für alle mal ein Ende setzen und den Bürgern das Leben und den Frieden, die höchsten Rechte des menschlichen Wesens gewährleisten.
2. die Grundlagen zur Erfüllung der wichtigsten Bedürfnisse der großen Volksmehrheiten legen, indem sie die wirtschaftliche und politische Herrschaft der in- und ausländischen Unterdrücker und Reichen, die Guatemala regieren, abschafft.
3. die Gleichheit von Indios un Ladinos gewährleisten, indem sie kulturelle Unterdrükkung und Diskriminierung beendet.
4. die Schaffung einer neuen Gesellschaft gewährleisten, in welcher alle patriotischen, volksverbundenen und demokratischen Sektoren in der Regierung vertreten sein werden.
5. auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker eine Politik der Blockfreiheit und der internationalen Zusammenarbeit gewährleisten, welche die armen Länder benötigen, um sich in der Welt von heute zu entwickeln.

Mitgliedsorganisationen der URNG

ORPA (Organisación del Pueblo en Armas)
gegründet 1972
nach 8 Jahren Aufbauarbeit im Untergrund Beginn der Operationen im Jahr 1979.
gegenwärtige Operationsgebiete: San Marcos, Suchitepequez, Quetzaltenango.
Strategie: revolutionärer Volkskrieg + Förderung indianischer Identität und Widerstand
Chefkommandant: Gaspar Ilóm

FAR – (Fuerzas Armadas Rebeldes)
gegründet 1963
Operationsgebiete in den 60er Jahren: Osten Guatemalas. Gegenwärtigens Operationsgebiet: El Petén
Strategie: revolutionärer Volkskrieg + gewerkschaftlicher Kampf
Chefkommandant: Pablo Monsanto

EGP (Ejército Guerrillero de los Pobres)
gegründet 1972
gegenwärtige Operationsgebiete: Huehuetenango und El Quiche
Strategie: revolutionärer Volkskrieg + Kampf der Massen
Chefkommandant: Rolando Morán

PDT-ND (Partido Guatemalteco del Trabajo-Núcleo de Dirección)
die Kommunistische Partei Guatemalas PGT wurde während der ersten Periode der demokratischen Revolution (Arévalo und Arbenz, 1944-1954) gegründet.
die PGT-ND hat keine aktive militärische Front. Sie ist nicht Mitglied des Oberkommandos der URNG

– trotz unterschiedlicher strategischer Konzepte ist die Förderung indianischer Identität und indianischen Widerstandes, gewerkschaftlichen Kampfes und des Kampfes der Massen kein Privileg einzelner Organisationen. Alle URNG-Mitglieder stehen dahinter.
– andere Provinzen, in den mehr als eine Organisation operiert, sind: Departamento Guatemala (Hauptstadt), Escuintla, Chimaltenango, Las Verarpaces und Izabal.

Nicaragua muß überleben!

Angesichts des verstärkten militärischen, politischen und ökonomischen Drucks der USA auf Nicaragua und angesichts der Tatsache, daß in der BRD Tendenzen zunehmen, sich der interventionistischen Politik Reagans anzupassen oder sie zu tolerieren, veröffentlichen wir den nachstehenden Unterstützungsaufruf für Nicaragua. Wir bitten Solidaritätsgruppen und Einzelpersonen, sich ihm anzuschließen und ihn weiter zu verbreiten.

Von einem einheitlichen Spendenaufruf zur Unterstützung der nicaraguanischen Regierung, der landesweit verbreitet werden soll, erhoffen wir uns eine ähnlich große publizistische Wirkung, wie sie seit 1980 von dem Aufruf „Waffen für El Salvador" ausging. Das Ziel sind diesmal allerdings nicht zusätzliche Waffen, die militärische Lage Nicaraguas ist zur Zeit besser als die ökonomische, sondern es geht darum, das materielle Überleben des nicaraguanischen Volkes und seiner Revolution zu sichern.

Die nachfolgenden Artikel gehen auf die wichtigsten Punkte der Diskussion um Nicaragua ein, um diese Diskussion auf eine möglichst sachliche Ebene zu stellen:



UNTERSTÜTZT NICARAGUA JETZT!

Vor fast sieben Jahren wurde in Nicaragua der Diktator Somoza durch eine Revolution gestürzt.

Zum ersten Mal eröffnete sich dadurch dem Volk die Möglichkeit, sich von Hunger und Elend zu befreien und einen selbstbestimmten Weg zu gehen. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit fast allen Grundnahrungsmitteln sicherzustellen, den Bauern Land zu geben und große Fortschritte bei der Alphabetisierung und im Gesundheitswesen zu erzielen. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg um drei Jahre, die Säuglingssterblichkeit sank um ein Drittel.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wurde Rechtssicherheit geschaffen, demokratische Freiheiten, individuelle und soziale Grundrechte gesichert, eben jene Rechte, deren kriegsbedingte Einschränkung selbsternannte Weltpolizisten wie Heiner Geißler heute heuchlerisch bedauern – die gleichen Leute, denen es nichts ausmacht, wenn in El Salvador und Guatemala die Herrschenden mit Flächenbombardements gegen die eigene Bevölkerung vorgehen.

Seit dem Amtsantritt der Regierung Reagan im Jahr 1981 führen die USA mit wachsender Intensität Krieg gegen Nicaragua. Sie haben eine Söldnerarmee von mittlerweile 15.000 Mann aufgebaut und finanziert, ihre militärische Unterstützung des Nachbarlandes Honduras seit 1979 mehr als vervierzigfacht und eine Wirtschaftsblockade gegen Nicaragua ausgerufen.

Der Terror der Contra richtet sich hauptsächlich gegen Einrichtungen, die die sandinistische Reformpolitik symbolisieren, wie Schulen, Krankenstationen und landwirtschaftliche Kooperativen in abgelegenen Gegenden. Offene Konfrontationen mit dem nicaraguanischen Heer werden weitgehend vermieden. Opfer dieser Art der Kriegführung sind hauptsächlich wehrlose Zivilpersonen und schlecht bewaffnete Milizionäre, u.a. 3.300 tote Kinder und Jugendliche und 250.000 Vertriebene und Entführte.

Jeder kann sich ausrechnen, daß die Zahl solcher Kriegsopfer sich vervielfältigen wird, wenn die Contra mit Billigung des US-Kongresses 100 Mio. $ und die damit verbundene politische Aufwertung erhält. Direkte militärische Aggressionen à la Libyen hat Reagan bereits angedroht.

Dennoch ist das Überleben Nicaraguas nicht in erster Linie eine militärische Frage. Es hängt im Wesentlichen davon ab, ob es gelingt, die materiellen und ideellen Errungenschaften der Revolution zu bewahren, in erster Linie der Bevölkerung nicht noch mehr materielle Opfer aufzuerlegen.

Nicaragua gibt gegenwärtig mehr als die Hälfte seines Staatsbudgets für Verteidigung aus, Importen für 750 Mio. $ stehen Exporte für nur 350 Mio. $ gegenüber. Diese Lücke kann nur mit internationaler Unterstützung gefüllt werden.

Wichtig für Nicaragua ist auch der Einfluß der Solidaritätsbewegung auf die öffentliche Meinung im Ausland.

In der BRD ist die Diskussion um Nicaragua in letzter Zeit durch Versuche von Teilen der SPD gekennzeichnet, eine Konfrontation mit den USA dadurch zu vermeiden, daß man in offener Verkehrung von Ursache und Wirkung mit dem Hinweis auf innere Mißstände in Nicaragua die Aufgabe der eigenen Unterstützung rechtfertigt, oder sogar den Aggressionskrieg der USA entschuldigt, als ob nicht alle Einschränkungen, die man beklagt, erst im Zug des Krieges eingeführt worden wären. Man tut so, als ob die Regierung die im Ausnahmezustand seit 1982 mit Unterbrechungen einige Grundrechte aufgehoben hat, nicht die gleiche wäre, die die Geltung dieser Grundrechte nach 1979 erstmals ermöglicht hat, und als ob diese Regierung nicht immer wieder betonen würde, daß sie alle rechtsstaatlichen Garantien wieder in Kraft setzen wird, sobald die US-Aggression aufhört. Es liegt an uns, auf diese schlichte Wahrheit immer wieder hinzuweisen.

UNTERSTÜTZT NICARAGUA!
Spenden zur freien Verfügung der nicaraguanischen Regierung auf das Konto:

Informationsbüro Nicaragua e.V.,
Konto-Nr.: 976 738, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, Stichwort „Nicaragua muß überleben“

Der Krieg und seine Folgen für die Wirtschaft

Bei der Betrachtung von Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik in Nicaragua ist es nötig, einige Grundtatsachen im Auge zu behalten, die durch die ideologisierte Diskussion oft vernebelt werden. Sie sollen hier thesenhaft wiedergegeben werden.

— Nicaragua ist — allen Behauptungen der US-Propaganda zum Trotz — kein besonders sozialistisches Land. Der selbstgesetzte Anspruch auf Pluralismus und gemischte Wirtschaft wird sehr ernst genommen, „patriotische" Unternehmer, d. h. solche, die weder Sabotage betreiben, noch mit der Contra zusammenarbeiten, werden geradezu hofiert. Nicaragua ist nicht zuletzt deswegen äußerst verwundbar, weil die Kontrolle des Staats über die Wirtschaft höchst mangelhaft ist. Der Staat ist nicht in der Lage, das private Kapital zu kontrollieren, Wirtschaftssabotage, Kapitalflucht und Spekulantentum zu unterbinden. Nach Angaben der US-Regierung, die jeder Untertreibung unverdächtig ist, kontrolliert der nicaraguanische Staat 40 % der Wirtschaft.[1] Selbst wenn man diese Relation als richtig unterstellt, unterscheidet sich Nicaragua in dieser Hinsicht nicht von vielen westlich-kapitalistischen Staaten.

Besonders deutlich ist der bescheidene Einfluß des Staats im Bereich der Massenmedien: von 51 Rundfunksendern sind 34 in privater Hand, die Oppositionszeitung „La Prensa" beherrscht die Hälfte des Zeitungsmarkts.

Entgegen aller Sowjetisierungs-Propaganda Reagans ist die Rolle der RGW-Staaten für die nicaraguanische Wirtschaft nach wie vor gering, auf sie entfallen etwa 5% der Exporte und 26% der Importe (1984), größter Handelspartner Nicaraguas ist die EG.[2]

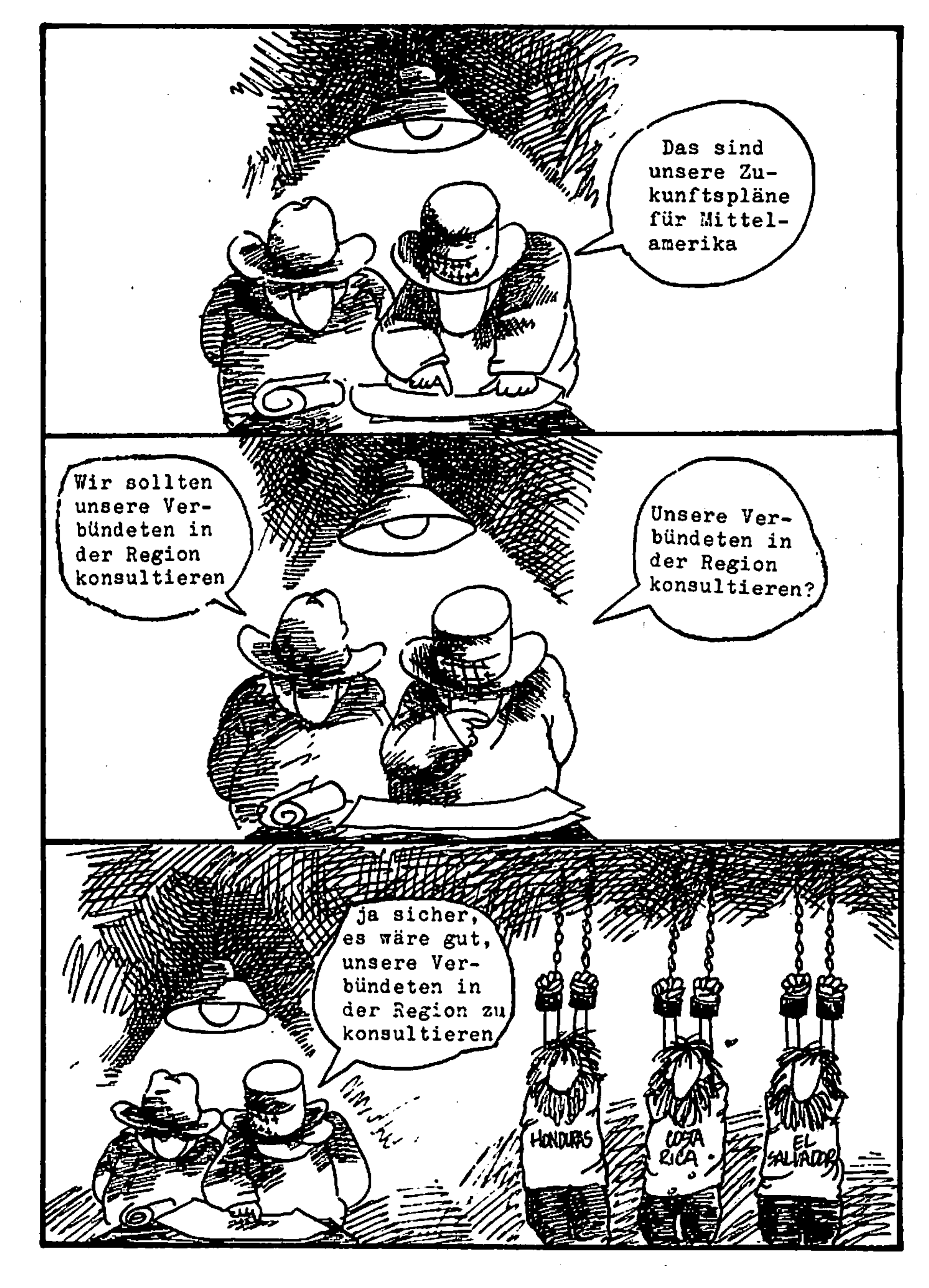
— Angesichts der Tatsache, daß die USA gegen Nicaragua Krieg führen, während sie die Nachbarländer massiv unterstützen, unterscheiden sich Ausmaß und Erscheinungsformen der Wirtschaftskrise in Nicaragua noch erstaunlich wenig von der Krise der Nachbarländer: z.B. sank das Bruttosozialprodukt pro Einwohner in Nicaragua 1980—84 um 6%, in Honduras dagegen um 12% und in El Salvador um 22 %. Den Negativrekord in der Region hält Nicaragua nur beim Haushaltsdefizit, der Inflationsrate (damit zusammenhängend beim Fall der Reallöhne) und beim Handelsbilanzdefizit (Die Exporte belaufen sich 1986 voraussichtlich nur noch auf ca. ein Drittel der Importe).

Andere Indikatoren der kriegsbedingten Krise in Nicaragua, die für sich genommen alarmierend sind, wie etwa die Arbeitslosenrate von 21% die Zunahme der Stadtbevölkerung um 19% in fünf Jahren[3] durch Krieg und Landflucht, der Verfall der terms of trade im gleichen Zeitraum um 20%, oder die Pro-Kopf-Verschuldung mit 1.347 $, werden von anderen Ländern der Region noch übertroffen.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der Militarisierung sind auch in Nachbarländern Nicaraguas katastrophal, in denen offiziell kein Krieg herrscht. In Honduras sanken die Kaffeexporte auf die Hälfte, die meisten Anbaugebiete liegen im Grenzgebiet, wo ein Großteil der Ernte nicht eingebracht werden kann, weil die Contra die Bevölkerung terrorisiert. Durch die Zunahme der Landflucht wuchs die Stadtbevölkerung in Honduras in vier Jahren um 23%.[3]

Die nicaraguanische Realität darf also nicht losgelöst vom zentralamerikanischen Kontext betrachtet werden, die ganze Region ist von der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffen; dies ist ein weiterer Grund für die Verwundbarkeit der nicaraguanischen Wirtschaft und sollte im Auge behalten werden, wenn die Wirtschaftspolitik der Sandinisten kritisiert wird.

— Die Kriegsfolgen wirken auf diese Krise verschärfend: die direkten Kriegsschäden (nur durch Zerstörungen durch die Contras) werden jährlich auf 20% des Bruttosozialprodukts geschätzt. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt stieg von unter 7% 1981 auf 60% 1986.



— Dies ist umso schwerwiegender, als die sandinistische Reformpolitik weitgehend auf staatlichen Fördermaßnahmen und Subventionen beruht. Sie basiert nicht auf einer Verschärfung des Klassenkampfs, wo den Reichen genommen wird, um den Armen zu geben, sondern versucht, durch staatliche Investitionen in die soziale Infrastruktur das Lebensniveau der Massen zu heben und gleichzeitig produktive Unternehmer und Exporteure durch staatliche Kredite, Garantiepreise und niedrige Steuern zu fördern.

Gewaltige Anstrengungen wurden vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich unternommen:

Daß der Contra-Terror sich gezielt gegen Menschen und Einrichtungen richtet, die die sozialen Errungenschaften der sandinistischen Revolution symbolisieren, zeigt beispielhaft die traurige Bilanz aus dem Erziehungssektor: 170 Lehrer wurden ermordet, 133 weitere entführt, 27 Schulen wurden zerstört, 800 weitere mußten wegen der Bedrohung durch die Contra geschlossen werden.

Soziale Indikatoren

	1978	1984
Analphabeten (in %)	50	13
Bildungsausgaben (in Mio Córdobas)	341	1.484
Anteil der Bildungsausgaben am BSP (in %)	1,32	5,01
Studenten/Schüler (insgesamt)	501.680	1.127.428
Teilnehmer in der Erwachsenenbildung	keine	194.800
Anzahl der Vorschüler	9.000	70.000
Lehrer	12.706	53.398
Personen mit Sozialversicherungsschutz	460.000[1]	930.000[2]
Kindersterblichkeit (pro 1.000 Geburten)	121	74[2]
Impfungen	923.000[1]	3.304.000[2]
Ärzte	1.309[1]	2.087[2]
Kliniken	177[1]	463[2]
Krankenhäuser	40	46[2]
Ärztl. Konsultationen	2.400.000[1]	6.500.000[2]
Kinder, die orale Rehydration erhalten	NV	169.654[2]
Bevölkerung	2.545.000	3.110.000
Polio-Erkrankungen	101[3]	0[2]
Masern-Erkrankungen	1.270[3]	112[2]
Malaria-Erkrankungen	18.418[3]	12.907[2]

[1] 1977; [2] 1983; [3] 1979; [4] zuzügl. Reparatur der im Krieg zerstörten Krankenhäuser

NV = nicht verfügbar

Quellen: Ministerium für Gesundheit (Angaben zur Gesundheit); Ministerium für Erziehung (Angaben zur Bildung).

Subventionen

Es erscheint fast überflüssig, zu betonen, daß der Krieg dabei ist, diese Erfolge wieder zunichte zu machen. Zumindest sind Neuinvestitionen in diesen Bereichen nur noch mit ausländischer Hilfe möglich.

— Ein weiteres Ziel sandinistischer Politik war es, Grundnahrungsmittel zu subventionieren, um durch hohe Erzeugerpreise die Nahrungsmittelproduktion zu fördern und durch niedrige Verbraucherpreise jedermann die Versorgung mit billigen Grundnahrungsmittel zu gewährleisten. Diese Politik ist zwar gesellschaftspolitisch neutral, da sie niemandem etwas wegnimmt, aber sie ist auch teuer. Hinzukommt, daß es nicht gelang, die Produktivität der Arbeiter und Bauern zu heben. Für die Masse der Bevölkerung bedeutete die Revolution, endlich von der Notwendigkeit befreit zu sein, bis zum Umfallen zu arbeiten, um das bloße Überleben zu sichern. Mancher Bauer fand es einfacher, subventionierte Lebensmittel billig zu kaufen, anstatt sie selbst zu produzieren. Die Subventionen förderten auch die Spekulation: Ein Beispiel: Ein Händler geht zur Verteilstelle des Binnehandelsministeriums, kauft ein paar Säcke Reis, den der Staat aufgrund der Subventionen billiger verkauft, als er ihn eingekauft hat. Zuhause füllt der Händler den Reis in andere Säcke, trägt ihn zu einer anderen Verteilstelle und verkauft ihn dem Staat wieder teuer als „von ihm produzierten Reis". Die kriegsbedingte Knappheit fördert diese Art der Spekulation; die Spekulation, verbunden mit dem Defizit des Staats, fördert die Inflation, die nach der Revolution zunächst sank, seit 1982 aber von 20 auf über 200% gestiegen ist und die Löhne der Arbeiter auffrißt. Nach offiziellen Zahlen können seit 1982 auch die verbesserten Sozialleistungen den Reallohnverlust nicht mehr auffangen. Trotz mehrerer Lohnerhöhungen pendelt sich seither der Reallohn bei etwa 60% des Niveaus von 1980 ein. Für die Arbeiter dürfte es da ein schwacher Trost sein, daß auch die Staatsbediensteten ihr Schicksal teilen: der Abstand vom Mindestlohn zum höchsten Gehalt wurde auf nur 1 : 9 verkürzt.

Wegen der Inflation und der Ausbreitung des Schwarzmarktes und der immer noch vorhandenen Kaufkraft der oberen Schichten kann man selbst im Straßenhandel, wo rasche Umsätze erzielt werden können, mehr verdienen als mit Fabrikarbeit. Angesichts dieser Situation, in der viele Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlassen, um sich lukrativeren Kleinhandelsaktivitäten zu widmen, versucht die Regierung, nicht mehr subventionierte Lebensmittel nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, sondern produktive Arbeiter und produktive Betriebe mit Prämien zu belohnen. Allerdings ist es oft schwierig und mit Verwaltungsaufwand verbunden, festzulegen, wer wieviel bekommen soll. Es kommt vor, daß ein Arbeiter aufgrund des Prämiensystems mehr verdient als der Direktor der Fabrik, aber immer noch weniger verdient als seine Frau, die an der Straßenecke Coca-Cola verkauft.

Agrarreform

Erfolgreicher waren die Versuche, das Lebensniveau der Landbevölkerung zu verbessern. Die wichtigsten Maßnahmen waren eine Senkung der Pachtraten auf ein bescheidenes Niveau, Kreditvergabe auch an kleine Lebensmittelproduzenten und die **Agrarreform**. Der Ansatz der Agrarreform war eher konservativ, auch hier mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Konsens nicht zu gefährden. Es wurden nur Betriebe über 350 ha enteignet, und auch diese nur wenn sie unproduktiv genutzt wurden. Als unproduktiv gilt ein Besitz, wenn weniger als 75% der Anbaufläche genutzt werden oder weniger als ein Stück Vieh auf 1,4 ha Weidefläche entfällt. Die Besitzer werden selbst dann entschädigt, wenn sie ihren Betrieb stark dekapitalisiert haben.

Wie man aus dem nachfolgenden Schaubild sieht, konnte mit diesen großzügigen Kriterien der Anteil des Großgrundbesitzes über 140 ha auf weniger als die Hälfte der ursprünglichen Landfläche gesenkt werden. 60% aller nicaraguanischen Bauernfamilien haben mittlerweile erstmals Besitztitel für ihr Land bzw. neues Land aus umverteiltem Großgrundbesitz erhalten.

Die Förderung der Landwirtschaft und der Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln ist für Nicaragua der einzige Ausweg. Auch hier gibt es aber einen Wettlauf mit dem Krieg. Die 250.000 Menschen, die von der Contra aus dem Norden Nicaraguas vertrieben wurden und umgesiedelt werden mußten, sind fast alle Bauern. Durchschnittlich zehn Kooperativen pro Monat werden von der Contra überfallen. Viele der vertriebenen Bauern gehen lieber in die Stadt, als sich woanders ansiedeln zu lassen. Die Grundnahrungsmittel Mais und Bohnen werden bzw. wurden zu 70% in den Kriegsgebieten des Nordens angebaut. Außerdem schlägt sich auch eine Erhöhung der Produktion nicht gleich in einer Erhöhung der Vermarktung nieder. Vor der Revolution hatten die Armen auf dem Land nur zwei Drittel ihres Kalorienbedarfs zur Verfügung. Es ist daher nicht erstaunlich, daß sich eine Erhöhung der bäuerlichen Nahrungsmittelproduktion zunächst einmal in erhöhten Eigenverbrauch umsetzt. Der Bedarf an Land ist immer noch gewaltig, nicht nur müssen Flüchtlinge um-

gesiedelt werden, es gibt auch gerade in den landwirtschaftlichen Kerngebieten noch zigtausende landloser Bauern. Die verbesserte soziale Absicherung macht den Überlebenskampf weniger hart, die Bauern brauchen auch keine Angst mehr vor Repressionen der Großgrundbesitzer zu haben und arbeiten erst einmal weniger als früher. Sie selbst nennen es „historischer Urlaub". Auf den Staatsfarmen ist



es im allgemeinen schwierig, wenigstens die Einhaltung des Siebenstundentages durchzusetzen.

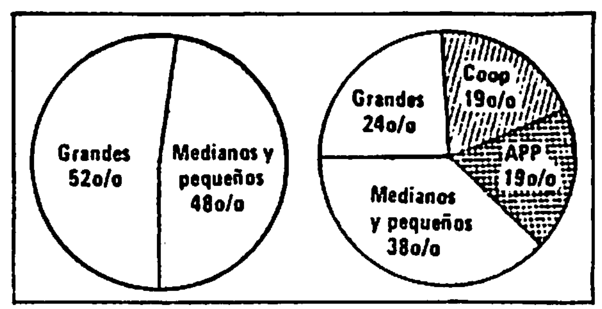
Stellt man diese Faktoren in Rechnung, dazu noch die Tatsache, daß es gegenwärtig schwieriger ist, für einen kaputten amerikanischen Traktor Ersatzteile zu beschaffen, als einen neuen auf Kredit aus einem Drittland zu importieren, (von 1300 Traktoren sind noch 800 fahrbereit) so sind die landwirtschaftlichen Produktionszahlen beachtlich.

Quellen:
1. Pensamiento Propio 3/85
2. Spiegel der lateinamerikanischen Presse 12/85
3. 1980—84, Angaben nach Pensamiento Propio 3/85
4. Collins u. a.: Was hat sich durch die Revolution verändert? Edition Nahua, Wuppertal 1985
5. Spiegel der lateinamerikanischen Presse 1/86
Außerdem Le Monde diplomatique 12/85 und IDES, versch. Nummern.

c.n.

Tenencia de la tierra, 1978 y 1985

Landbesitz nach Besitzern



Grandes = größer als 140 ha
Medianos y pequeños = kleiner als 140 ha
APP = Staatsfarmen
Coop = Kooperativen (meistens lockerer Zusammenschluß von Einzelbauern)

Landwirtschaftliche Produktion (Volumen) (1977—78 = 100)

Exporterzeugnisse*	48—52[1]	61—65[1]	1970[2]	77—78[3]	79—80[3]	81—82[3]	82—83[3]	83—84[3]	84—85[7]
Rohbaumwolle	6	61	55	100	18[4]	53	63	75	78
Sesam	217	109	146	100	90	128	93	210	202
Bananen	11	193	187	100	95	104	74	113	103
Kaffee	32	50	68	100	98	110	125	85	100
Zuckerrohr	22	39	63	100	87	119	112	115	107
Tabak[5]	22	27	80	100	96	104	NV	170	171
Erzeugnisse für den Binnemarkt**									
Reis	46	112	226	100	132	193	204	213	219
Bohnen	46	102	129	100	71	101	115	137	151
Mais	58	94	124	100	80	107	102	121	129
Sorghum	84	108	146	100	148	225	123	239	266
Viehhaltung-Erzeugnisse									
Rind	37	65	115	100	111	67	NV	85	85
Schwein	59	148	267	100	111	168	NV	196	197
Geflügel	16	37	51	100	50	125	NV	184	161
Eier	NV	NV	39	100	99	384	NV	464	421
Milch[6]	NV	NV	66	100	57	65	NV	45	41

* vorrangig für den Export; ** vorrangig für den inländischen Konsum; NV = nicht verfügbar
[1] Durchschnitt mehrerer Jahre. [2] Kalenderjahr. [3] 1 Fruchtzyklus. Oft überschneiden sich die Fruchtzeiten mit dem Kalenderjahr. [4] Spiegelt die geringe Anbaufläche wider aufgrund des Bürgerkrieges. [5] Einschließlich „Rubio" und „Havanna". [6] Betrifft nur Milch, die zur Weiterverarbeitung an Molkereien geschickt wurde. [7] Vorläufige Angaben (Januar 1985)

Quellen: 1948—52 bis 1970: FAO-Jahrbücher; 1977—1978: Informationsbüro, Amt für Agrarproduktion (Angaben zum Export und zur Tierproduktion aus dem Statist. Handbuch von Nicaragua von 1980, INEC); 1979—80 bis 1984—85: Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform (MIDINRA).

Jährlicher Pro-Kopf-Konsum (einheimischer Produkte und Importe)

Produkte	Einheiten	1976–78	1980–82	1983
Mais	Pound*	181,0	174,0	188,0
Bohnen	Pound*	39,7	46,0	39,5
Reis	Pound*	40,3	65,1	71,7
Mehl	Pound*	31,4	39,2	39,1
Zucker	Pound*	98,1	91,9	114,8
Hähnchen	Pound*	4,6	9,0	8,3
Schwein	Pound*	5,2	6,9	5,0
Rind	Pound*	30,4	20,3	17,7
Speiseöl	Liter	17,1	23,7	25,9
Eier	Dutzend	5,0	6,4	6,8
Milch	Gallon(= 4,4 l)	10,8	9,1	9,0
Zwiebeln	Pound*	NV	8,2	12,1
Maniok	Pound*	NV	27,6	52,5
Kohlgemüse	Pound*	NV	18,8	24,0
Bananenfrucht	Pound*	NV	48,9	45,0
Kartoffeln	Pound*	NV	11,3	11,0
Tomaten	Pound*	NV	13,3	26,0

* 1 Pound = 453,592 g; NV = nicht verfügbar

Quelle: Forschungs- und Studienzentrum für Agrarreform (CIERA); Planungsministerium (MIPLAN)

Stellen Sie sich vor, Sie wären Nicaraguaner...

Joseph Collins und einige seiner Kollegen vom Institute for Food and Development Policy in San Francisco entwerfen in ihrem Buch „Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert?"* ein Bild des ländlichen Nicaragua vor der Revolution: Um die Bedeutung der Agrarreform und der Reformen im Gesundheits- und Erziehungswesen zu verstehen, ist es nützlich, sich diese Ausgangssituation noch einmal vor Augen zu führen — in weiten Bereichen der Dritten Welt sieht es nicht anders aus.

Stellen Sie sich vor, Sie sind ein 17jähriger Nicaraguaner und leben im Jahr 1977. Ihre Familie hat, wie zwei Drittel aller Familien auf dem Land, entweder überhaupt kein Land oder nicht genug, um sich zu ernähren. Wenn Ihre „glücklich" genug ist, ein kleines Stück Land zu besitzen, führt sie die Hälfte oder sogar noch mehr vom Ertrag — oder einen exorbitanten Pachtbetrag — an den Landbesitzer in der Stadt ab.

Letztes Jahr haben Sie hilflos zugesehen, wie Ihre kleine Schwester immer wieder an Diarrhöe litt. Ihre Eltern sahen, wie sie immer schwächer wurde, aber niemand konnte ihr helfen. Im ganzen ländlichen Teil Nicaraguas gibt es nur fünf Kliniken mit Betten. Die ersten paar Male hielt Ihre Schwester durch. Aber dann war sie so geschwächt, daß Sie sie nach vier schmerzlichen Tagen an den Masern sterben sahen. Im Jahr davor war Ihr Bruder direkt nach der Geburt gestorben; Ihre Eltern haben fünf ihrer Kinder verloren.

Sie können sich an keinen Tag erinnern, an dem Ihre Mutter sich keine Sorgen um das Essen für die Familie gemacht hätte, und natürlich hatten Sie nie genug, sonst wäre Ihre kleine Schwester nicht an Masern gestorben. Im Radio des Nachbarn hörten Sie einmal, daß Nicaragua immer größere Mengen Mais, Bohnen und Sorghum einführt. Und sie haben von den unglaublichen *supermercados* (Supermärkten; d. Übers.) in Managua gehört. Aber ohne Geld kann man keine Lebensmittel kaufen, und wenn sie noch so reichlich vorhanden sind.

Die sieben Mitglieder Ihrer Familie leben in einer Hütte mit einem einzigen Raum, der durch eine dünne Trennwand abgeteilt ist. Der Boden ist aus Erde, es gibt kein elektrisches Licht, keine Toilette, kein sauberes Trinkwasser. Sie sind wütend, wenn Sie Somoza vor amerikanischen Reportern prahlen hören „Nicaragua hat keine Wohnungsprobleme, wegen des wunderbaren Klimas."

Sie kennen kaum jemand, der lesen und schreiben kann — außer dem Priester natürlich, aber der kommt aus Spanien. Sie würden gerne lernen, aber es gibt keine Schule. Außerdem müssen Sie arbeiten.

Um ein paar einfache Werkzeuge, etwas Speiseöl, Zucker, Salz und Petroleum kaufen zu können, muß Ihr Vater Geld leihen. Aber die einzige Kreditquelle ist der örtliche Geldverleiher, dem er anderthalb mal so viel und manchmal mehr zurückzahlen muß. Es ist nicht verwunderlich, daß Ihre Familie immer verschuldet ist.

Durch Schulden gefesselt und ohne Land, um genug Nahrung anzubauen, ist Ihre Familie gezwungen, auf den Kaffee-, Baumwoll- oder Zuckerplantagen zu arbeiten. Aber solche Arbeit findet man nur drei oder vier Monate im Jahr zur Erntezeit. Da die Bezahlung miserabel ist, muß jeder in der Familie arbeiten, damit vielleicht genug zusammenkommt: Ihre Mutter, Ihre Großmutter, Ihre ältere Schwester — etwa 40 Prozent der Kaffee- und Baumwollpflücker sind Frauen — und Ihr Vater und Bruder. Sie mußten im Alter von sechs Jahren anfangen, Kaffee zu pflücken. Für einen vollen 20 Pfund Eimer verdienen Sie nur 16 Cents. Wenn Sie vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang arbeiten, verdienen Sie vielleicht einen Dollar.

Ihre „Unterkunft" für die Dauer der Ernte ist eine lange fensterlose Baracke aus rohen Brettern oder Sperrholz. Mit den anderen erschöpften Arbeitern — Männern und Frauen, Alten und Kindern, Kranken und Gesunden — schlafen Sie auf Sperrholzplanken, die „Schubladen" genannt werden, weil vier oder fünf übereinandergestapelt sind mit nur 50 cm Abstand jeweils. Es gibt keine Intimsphäre, weil es keine Trennwände gibt. Es gibt keinen Boden, keine Fenster, nicht eine einzige elektrische Birne. Die einzige Toilette sind die Büsche. Den ganzen Tag nur Schmutz. Drei bis vier Monate im Jahr ist dies für Sie und über 400.000 andere Nicaraguaner das Zuhause.

Die Arbeit auf den Kaffeepflanzungen ist schlimm, aber Baumwolle pflücken ist noch schlimmer. Das stellten Sie fest in dem Jahr, als Ihre Familie noch weiter ziehen mußte, bis zu den Baumwollplantagen an der Pazifikküste, um Arbeit zu finden. Kaffee wächst wenigstens in den kühleren Gebieten. Aber in den Küstenebenen hängt die gleißende tropische Sonne an einem wolkenlosen Himmel und läßt die Temperaturen auf über 40 Grad steigen. Sie hatten nichts, um sich gegen die Baumwollzweige zu schützen, gegen die Felder voller Pestizide und das zum Wahnsinn treibende Schwirren der Stechmücken und Sandflöhe.

Nachdem sie Ihre kleine Schwester an den Rand des heißen staubigen Feldes gelegt hatte, pflückte Ihre Mutter die Baumwolle so schnell sie konnte, füllte ihren Sack und rannte zur Waage, damit sie schnell zurücklaufen konnte, um sie zu stillen. Sie wußte nicht, daß Untersuchungen wahrscheinlich ergeben hätten, daß ihre Milch den mehr als 500fachen Gehalt an DDT hatte, der von der Weltgesundheitsorganisation als ungefährlich für die Aufnahme mit der Nahrung gehalten wird; eine erschreckende Verseuchung, die darauf zurückzuführen ist, daß die

Baumwollfelder zwanzig- bis vierzigmal im Jahr aus der Luft mit DDT besprüht werden.

Auch bei den Ernten ist der Hunger der ständige Begleiter. Sie erhalten lediglich kleine Portionen Bohnen oder gebratene Bananen und selten einmal etwas Reis oder Maistortillas oder ein wenig Räucherkäse anstelle der Bananen. Aber für dieses Essen werden etwa drei Stundenlöhne von Ihrem Lohn abgezogen. Selbst hier können Sie sicher sein, daß der Besitzer profitiert. Fleisch sehen Sie nur am letzten Tag der Ernte, wenn der *patrón* und seine Familie ein „Fest" geben.

Wenn Sie älter werden, begreifen Sie, daß die Landlosigkeit Ihrer Familie nicht darauf zurückzuführen ist, daß das Land zu wenig Ackerfläche besitzt. Sie lernen — womöglich von einem katholischen Priester —, daß auf jeden Nicaraguaner mehr als zwei Hektar Anbaufläche entfallen, und möglich wäre das Doppelte. Das Problem ist, daß der größte Teil des Landes einigen wenigen Großgrundbesitzern gehört. Die reichsten 2 Prozent besitzen über 50 Prozent des Landes, während die ärmsten 70 Prozent der Landbesitzer — und dazu gehört nicht Ihr Vater, der nur seine karge Parzelle hat — nur 2 Prozent des Landes haben.

Die Reichen besitzen nicht nur das meiste Land, stellen Sie fest, sondern sie haben auch ganz eindeutig das beste Land. Ihr Boden ist äußerst fruchtbar und eben. Aber sie verschwenden dieses Potential, indem sie den Boden meistens als Viehweiden benutzen. Bis in die 70er Jahre dienten tatsächlich 10 von 11 Mio. Morgen, die für die Exportproduktion verwendet wurden, als Viehweiden.

Während Sie ständig Hunger leiden, entdecken Sie, daß zweiundzwanzigmal mehr Land für den Anbau von Exportgütern verwendet wird als für den Anbau von Nahrungsmitteln für Nicaragua. Und ein großer Teil der Anbauflächen ist so karg und hügelig, daß es eigentlich Weideflächen sein sollten.

Während Sie aufwachsen, erzählt Ihnen Ihre Großmutter Geschichten darüber, wie alles so geworden ist, wie es jetzt ist, Geschichten, die sie von ihren Eltern um 1880 herum gehört hat.

Damals hatten die Mächtigen große Vieh-*Haciendas*, aber ihr Interesse galt nicht so sehr der Produktion von Rindfleisch und Milch als vielmehr dem Landbesitz an sich. Für viele, die ihre Herkunft auf die *conquistadores* zurückführten, war das Land hauptsächlich Statussymbol.

Da sie wenig Arbeiter benötigten, hatten diese Landbarone nichts dagegen, kleine Parzellen von Leuten wie Ihren Urgroßeltern bebauen zu lassen, obwohl diese natürlich nie rechtsgültige Papiere dafür bekamen. So waren Ihre Urgroßeltern zwar arme *campesinos*, aber sie konnten sich wenigstens von ihrer kleinen Farm, die *chacra* genannt wird, ernähren. Sie bauten Mais, Bohnen und ein bißchen Gemüse an, hatten Bananenstauden und andere Obstbäume und hielten ein paar Schweine und Hühner.

Kurz bevor Ihre Großmutter geboren wurde — etwa in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts — gab es in ländlichen Teilen Nicaraguas schnelle Veränderungen.

Im Ausland bestand starke Nachfrage nach Kaffee, und Nicaraguas landbesitzende Elite sowie neueingewanderte Investoren reagierten schnell darauf. Mit der Vision von Kaffeebäumen als Geldbäume lösten sie Dutzende von Viehranches auf und pflanzten Kaffeesträucher auf Weiden.

Um der Vertreibung Ihrer Urgroßeltern und Zehntausender *campesino*-Familien von ihren *chacras* den Anstrich von Gesetz und Ordnung zu geben, boxten die Kaffeeunternehmer ein „Gesetz zur Agrarreform" und andere Gesetze durch. Dieses Gesetz gab das Gemeinschaftsland der Urbevölkerung und große Teile öffentlichen und kirchlichen Besitzes zur Versteigerung frei. Obwohl Ihr Großvater und andere *campesinos* das Land jahrelang bearbeitet hatten, hatten sie keinerlei Chance es zu kaufen. Sie wurden von den Kaffeeinteressenten leicht überboten.

Als die Armen sich weigerten, das Land, das sie jahrzehntelang bebaut hatten, zu verlassen, trieben die neuen Besitzer Vieh auf die *chacras*, das die Felder zertrampelte und alles auffraß. Ihr Urgroßvater wurde 1881 fast getötet, als Tausende besitzloser *campesinos* rebellierten. Fünftausend wurden massakriert.

Die neuen Kaffeebarone brauchten nicht nur das Land, sondern auch Arbeits-



Bäuerin beim verspinnen

kräfte, vor allem zur Erntezeit. Dadurch, daß man Ihren Urgroßeltern die Farmen, die ihren Eigenbedarf gedeckt hatten, raubte, sorgte man dafür, daß sie auf den großen Pflanzungen arbeiten mußten. Wie hätte die Familie Ihrer Urgroßeltern sonst überleben können? Und als ob die Not noch nicht groß genug gewesen wäre, wurden Gesetze geschaffen, die die *campesinos* zwangen, auf Verlangen nachzuweisen, daß sie zur Zeit der Kaffee-Ernte beschäftigt waren.

Um zwischen den Ernten zu überleben, wanderten Ihre Urgroßeltern ins Landesinnere, an die „Landwirtschaftsgrenze"*. Dort erlaubte ihnen ein Viehrancher, etwas unbebautes Land zu roden und abzubrennen, um Mais und Bohnen anzubauen. Aber sobald sie ihren ersten Ertrag hatten, trieb der Rancher Vieh auf das Land und sagte Ihren Urgroßeltern, sie müßten mehr Land roden, wenn sie etwas zu essen haben wollten. Bei einer dieser Rodungen, erzählt Ihnen Ihre Großmutter, wurde sie geboren.

Sie begreifen jetzt, daß die Geschichte Ihrer Familie wie die Zehntausender *campesino*-Familien in Nicaragua mit dem Kaffee verknüpft ist. Aber Sie fragen sich, woher die endlosen Baumwollfelder kommen.

Ihr Vater erklärt Ihnen, daß er als Junge zwar schon von Baumwolle gehört habe, daß das „weiße Goldfieber" Nicaragua aber erst 1950 packte, zehn Jahre vor Ihrer Geburt. In wenigen Jahren eroberten die weißen Watteböllchen die Ebene am Pazifik soweit man sehen konnte, von Norden bis Süden und bis zum Fuße der Vulkane. Die Baumwollpflanzen konnten die fruchtbare Vulkanerde nicht halten, und bald wurde das Gebiet von Staubstürmen heimgesucht.

In der Mitte der fünfziger Jahre überholte die Baumwolle den Kaffee als Nicaraguas größten Exportartikel. Somoza sorgte dafür, daß die Baumwollpflanzer billige Bankkredite erhielten, denn er selber erntete im Baumwollboom Millionen von Dollar. Ihr Vater sagt Ihnen, es sei völlig ungerecht, daß die reichen Exportfarmer nicht einmal ihr Geld riskieren; er und die anderen *campesinos* bauen an, was die Menschen am dringendsten benötigen — Grundnahrungsmittel —, aber sie bekommen bei der Bank nicht den kleinsten Kredit.

Im Baumwollboom wurde den *campesinos* das Land, für das die meisten keine Besitzurkunden besaßen, spottbillig abgekauft; oder sie wurden einfach von ihrem Land vertrieben. Abwesende Landbesitzer kehrten zurück, um ihre *campesino*-Pächter zu vertreiben und ihr Land an Baumwollunternehmer zu verpachten.

Wenn *campesinos* Widerstand leisteten, brannte die Nationalgarde ihre Häuser und Ernten nieder und riß die Zäune ein. In der Tat waren einige der Baumwollspekulanten hohe Offiziere in Somozas Nationalgarde, Nicaraguas Armee und Polizei, die von US-Marines aufgebaut worden war. Sie verstehen jetzt besser denn je



Im Baumwollfeld bei Chinandega. (Als Farbpostkarte in der Serie „Straßenkinder in Nicaragua", 8 Postkarten DM 5,-: Bezug: GEB e. V. Postf. 5222, 78 Freiburg)

zuvor, warum Ihr Vater und alle seine Freunde die Nationalgarde hassen.

Die Baumwolle erobert das Land, auf dem Mais und Bohnen, Reis und Sorghum, alle Grundnahrungsmittel des Volkes angebaut worden waren. Die Zehntausende enteigneter Bauern landeten bestenfalls als Pächter, die entweder einen Teil der Ernte abgeben oder die Pacht bar bezahlen mußten, auf Parzellen, die zu klein und zu karg waren, um ihren Lebensunterhalt zu garantieren.

Einige der von der Baumwollinvasion von ihrem Land vertriebenen *campesinos* drangen nach Osten und Norden bis an die „Landwirtschaftsgrenze" vor. Dort rodeten sie wie Ihre Urgroßeltern auf den riesigen Vieh-*Haciendas* Bäume und Unterholz, nur um erneut auf ungerodetes Land getrieben zu werden von Viehhaltern, die beim neuen Exportboom kassieren wollten — beim Geschäft mit Rindfleischexporten in die Vereinigten Staaten in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts.

Immer weiter in das gebirgige Innere getrieben, sind diese Zehntausende von *campesinos* noch ärmer als Ihre Familie. Fast die Hälfte des Jahres sind sie vom Rest des Landes völlig abgeschnitten: nicht einmal ein Esel kann die schlammigen Pfade und Wege passieren. Kaum jemand sieht je einen Arzt, obwohl das Gebiet von Krankheiten nur so strotzt, einschließlich Malaria und Erwachsenenmasern.

An dies alles denken Sie — die Worte des Priesters, den unnötigen Tod Ihrer Geschwister, die Erzählungen Ihrer Großmutter und Ihres Vaters und an die Behauptungen Somozas — jedesmal, wenn Sie von dem kleinen Maisfeld Ihrer Familie auf dem Hügel über das weidende Vieh in den fruchtbaren Talebenen von Somozas Rechtsanwalt schauen.

* Grenze der landwirtschaftlich genutzten Fläche (d. Übersetzer)

*** Joseph Collins u. a.: Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? — Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua. Edition Nahua, Wuppertal 1986, 230 S., DM 24,80**

Menschenrechte in Nicaragua

Das Recht auf Leben

Die nicaraguanische Menschenrechtsorganisation CPDH ist ein wichtiger Bestandteil der rechten Opposition. Die Verbindung ging so weit, daß deren langjähriger Vorsitzender, Esteban Gonzales, zugleich Vorsitzender einer rechten Oppositionspartei war. Die CPDH tendiert eher zur Über- als zur Untertreibung von Menschenrechtsverletzungen. Sie führt für 1984 zwei Fälle an, in denen zwei Häftlinge während ihrer Haft umgebracht wurden. Bis Ende Mai 1985 ist der CPDH ein Fall von Raubmord bekannt geworden, der durch einen Angehörigen der Volksmiliz verübt wurde. Die Angehörigen wurden unter Druck gesetzt, das Verbrechen nicht anzuzeigen. Schließlich jedoch ist dieser Fall von nicht menschenrechtsbezogener Kriminalität zur Anzeige gebracht worden.

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit

Die von *America's Watch* dokumentierten Fälle von Gefangenenmißhandlungen veranlassen die Organisation nicht, von systematischer und von der Regierung gebilligter Folter zu sprechen. Dies bestätigen andere renommierte Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International*.

Im Berichtszeitraum November 1984 bis Mai 1985 meldete die CPDH 16 verschiedene Fälle von Mißhandlungen von Inhaftierten, wobei insgesamt 60 Personen mißhandelt wurden. Die schwersten Vorwürfe beziehen sich dabei auf die Untersuchungsgefängisse der Staatssicherheit. Folgende Mißhandlungen werden von der CPDH und *America's Watch* aufgeführt: Nachtverhöre, stundenlanges Stehen, Androhung von Erschießung, Erzwingung von Geständnissen, Essens- und Schlafentzug, Einzel- und Dunkelhaft. Es werden auch einzelne Fälle von schweren Mißhandlungen durch Schläge und Scheinerschießungen berichtet. Außerdem beklagt *America's Watch* die Einschränkung der Besuchserlaubnis und die Überfüllung der Gefängnisse.

Schutz vor willkürlichen Verhaftungen und Anspruch auf ein Gerichtsverfahren vor unabhängigen und überparteilichen Gerichten

In der Öffentlichkeit wurden Zahlen von 8000—10000 politischen Gefangenen in Nicaragua genannt. Demgegenüber sei hier auf Zahlen von *Amnesty International* hingewiesen, die sich auf Häftlinge beziehen, die wegen Verbrechen zur Zeit Somozas verurteilt worden sind. 1980 und 1981 gab es 4331 Häftlinge, von denen 1984 noch 2400 in Haft waren. Diese Häftlinge sind Angehörige der ehemaligen Nationalgarde Somozas oder solche, die zusammen mit Nationalgardisten Verbrechen begangen haben. Zu dieser Zahl können laut CPDH bis Mai 1985 weitere 170 Verhaftete gerechnet werden, die wegen Unterstützung konterrevolutionärer Gruppen angeklagt wurden. Dazu kommen die von den „Antisomozistischen Volksgerichten“ angeklagten und verurteilten Personen. Seit Schaffung dieser Gerichte bis Ende 1984 sind 480 Angeklagte in 136 Verfahren verurteilt worden; 25 sind freigesprochen und 26 begnadigt worden. Zum Stichtag Ende 1984 waren 250 Verfahren noch nicht abgeschlossen. Die meisten Verhaftungen werden vorgenommen aufgrund von Gesetzen, die im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand erlassen worden sind. Das sind die Gesetze zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und Gesetze, die die „Unterstützung von Kriebsverbrechen und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zum Gegenstand haben. Verhaftungen aufgrund solcher Gesetze stellen keine Menschenrechtsverletzungen dar. Die CPDH kritisiert allerdings, daß bei einigen Verhaftungen die Unterstützung konterrevolutionärer Gruppen nur vorgeschoben scheine, in Wirklichkeit aber abweichende Meinungsäußerungen bestraft würden. *America's Watch* teilt diesen Verdacht, hebt aber hervor, daß es seit 1982 keine formelle Anklage gegeben hat, die sich nicht auf die Unterstützung gewaltsamer Aktivitäten bezogen habe. Beide Organisationen beklagen, daß oft acht Wochen bis zu sechs Monaten vergehen, ehe verhaftete Personen entweder angeklagt oder freigelassen werden. Die Ausnahmegesetze erlauben den Sicherheitskräften zwar die Verhaftung von Personen ohne juristische Vollmacht oder Anklage, aber spätestens sechs Tage nach der Verhaftung muß die verhaftete Person einem Haftrichter vorgeführt werden.

Verstöße gegen die oben genannten Gesetze werden vor den im Mai 1983 wiedereingesetzten „Antisomozistischen Volksgerichten“ verhandelt. Diese Gerichte setzen sich zusammen aus zwei Kammern, der Anklage- und der Berufungsinstanz, mit je drei Mitgliedern. Der Vorsitzende beider Instanzen ist ein Richter, während die beiden anderen Mitglieder von sandinistischen Organisationen ausgewählt werden. Auch wenn *America's Watch* die Arbeit dieser Sondertribunale skeptisch beurteilt, stellte die Organisation fest, daß sie nicht per se eine Reduzierung des ordentlichen Gerichtsverfahrens mit sich bringen. Militärs und Sicherheitskräfte, denen Straftaten nachgewiesen werden können, kommen vor ein Militärgericht. Nach Angaben der Regierung sind bisher über 300 Mitglieder der Streit- und Sicherheitskräfte verurteilt worden, wobei zum Teil drakonische Strafen verhängt worden sind. Ende März 1985 wurden 13 Militärangehörige und zivile Beamten aus der Region Jinotega zu Haftstrafen zwischen vier und neunzehn Jahren verurteilt, wobei die Anklage auf Mord, Vergewaltigung, Diebstahl und Gefangenenmißhandlung lautete. Im Mai 1984 wurden zwei Unteroffiziere zu langen Haftstrafen verurteilt, weil sie mit einem Lastwagen in eine Osterprozession gefahren waren und dabei zwölf Menschen töteten.

Die Unabhängigkeit nicaraguanischer Gerichte zeigt die Entscheidung des Obersten Gerichtes 1983 zur *Habeas-Corpus*-Akte, nach der niemand ohne richterliche Anordnung in Haft genommen oder gehalten werden darf. Nur zwei von neun Berufungsgerichten erkannten dieses Gesetz unter dem Ausnahmezustand an. Das Oberste Gericht stellte die Gültigkeit dieser Akte auch im Ausnahmezustand fest.

Verschwundene

Im Jahresabschlußbericht 1983 spricht die CPDH von 31 „Verschwundenen“ (die Summe der Monatsberichte ergab 167, eine Zahl, mit der das US-Außenministerium arbeitet), wobei bis zum 13.2.1984 drei dieser Fälle aufgeklärt wurden.

Der Begriff „Verschwundene“ wird von der Organisation gezielt anders verwandt als in anderen Ländern Lateinamerikas. Während sonst „Verschwundene“ immer Menschen meint, die von Sicherheitskräften und Todesschwadronen entführt wurden und in aller Regel nie mehr lebend auftauchen, meint dasselbe Wort hier Personen, die von staatlichen Stellen festgenommen wurden, ohne daß dies sofort den Angehörigen mitgeteilt wird. Nach Tagen oder Wochen handelt es sich dann nicht mehr um „Verschwundene“, da sie entweder entlassen werden oder der Familie der Verbleib mitgeteilt wird.

1984 berichtet die CPDH von acht Fällen von „Verschwundenen“ und dokumentiert zwei, in denen verschwundene Personen von Sicherheitskräften verhaftet worden sind. Zeitweilig sprach die CPDH von 35 Fällen, die sich jedoch durch das Lokalisieren der Personen aufklärten. In den Monatsberichten für 1985 werden 15 Fälle gemeldet. Die CPDH und die *Moravische Kirche*, die Menschenrechtsverletzungen an der Atlantikküste registriert, haben eine Liste von 70 verschwundenen Miskitos, die in der Zeit zwischen Juli und Oktober 1982 verschwanden, als die Gebiete, in denen diese Miskitos lebten, heftig umkämpft waren und viele Miskitos nach Honduras flüchteten. In vielen Fällen liegt die Vermutung nahe, daß diese Menschen verhaftet worden sind, obwohl dies nie bestätigt werden konnte. So ist es nicht auszuschließen, daß einige dieser Miskitos nach Honduras oder anderswohin geflohen sind. Seit dieser Zeit haben CPDH und Moravische Kirche von keinen weiteren verschwundenen Miskitos berichtet.



Zwei von insgesamt neun Kindern, die bei einem Überfall der Contra auf die Kooperative „Jaime Meza" in San Gregorio/Nueva Segovia am 29. 10. 1984 getötet wurden.

America's Watch betont in seinen Menschenrechtsberichten, daß es keine Anhaltspunkte dafür gebe, daß in Nicaragua eine Politik des „Verschwindenlassens" betrieben wird, wie sie aus El Salvador, Guatemala, Chile oder Argentinien bekannt ist. Von *America's Watch* geforderte Maßnahmen zur Aufklärung der Fälle von Verschwundenen sind von der Regierung eingeleitet worden. So gibt es seit 1982 in Managua eine Beschwerdestelle für derartige Fälle.

Das Recht auf Freizügigkeit

Seit Ende 1981 sind Tausende von Menschen an der Nord- und Südgrenze Nicaraguas ins Landesinnere umgesiedelt worden. Ohne Zweifel ist damit den betroffenen Menschen viel Schmerz und Leid zugefügt worden. Offiziell werden die Umsiedlungen mit der militärischen Aggression seitens der *Contra*-Verbände, die von Honduras und Costa Rica aus operieren, begründet. Einerseits soll die Grenzbevölkerung durch diese Maßnahmen geschützt werden, andererseits spielen sicher auch militärstrategische Überlegungen eine Rolle, zum Beispiel, daß der *Contra* Versorgungs- und Rückzugsmöglichkeiten auf nicaraguanischem Territorium genommen werden sollen. *America's Watch* hält diese Regierungsmaßnahme für legitim und vereinbar mit den internationalen Kriegsrechtskonventionen. Ebenso urteilt die nicaraguanische Bischofskonferenz in einem ansonsten äußerst regierungskritischen Dokument vom Februar 1982. Am 16. Mai 1984 veröffentlichte die Menschenrechtskommission der OAS (Organisation der Amerikanischen Staaten) nach eingehender Prüfung des internationalen Rechts eine Stellungnahme mit gleichem Ergebnis. *America's Watch* kritisiert zu Recht die Umstände der Umsiedlungen der Miskitos und zwar:

- die fehlende bzw. unzureichende Aufklärung der Miskitos über diese Umsiedlungen;
- die fehlende Partizipation an dieser Entscheidung;
- unzureichende Transportmittel für Wegstrecken durch unwegsames Gelände, so daß die meisten zu Fuß gehen mußten;
- die Zerstörung der zurückgelassenen Dörfer und des Eigentums der Miskitos ohne eine entsprechende Entschädigung;
- die Einschränkung der Bewegungsfreiheit in den neuen Siedlungen durch Einlaß- und Auslaßkontrollen.

Das Recht der freien Religionsausübung

In der Zeit von November 1984 bis Ende Mai 1985 berichtet die CPDH einen einzigen Fall, in dem sie eine Einschränkung der Religionsfreiheit sieht. Der Fahrer eines Geistlichen wurde von einem Mann, der offenbar der Staatssicherheit angehörte, unter Druck gesetzt, Informationen über Versammlungen im Priesterseminar weiterzugeben. Im übrigen behauptet nicht einmal das US-Außenministerium in seinen Länderberichten zu Nicaragua, daß dort Katholiken aufgrund ihres Glaubens verfolgt würden. Im November 1984 kam eine Delegation des US-Nationalen Rates der Kirchen im Hinblick auf die protestantischen Glaubensrichtungen zum selben Ergebnis. Auch der Vorwurf eines angeblichen Antisemitismus ist unhaltbar, wie das Jüdische Komitee der USA und der Jüdische Weltkongreß sowie die Menscherechtsorganisation der OAS, die UNO und Pax Christi feststellen.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsverbreitung wird in der nicaraguanischen Verfassung in besonderer Weise herausgestellt. Es existieren in Nicaragua mehrere private Rundfunksender, ein staatliches Fernsehen und drei Tageszeitungen, wobei die größte Zeitung, *La Prensa*, das Sprachrohr der Opposition im Lande ist. Seit der Ausrufung des Ausnahmezustands im März 1982 ist die Pressefreiheit eingeschränkt. Danach kam es vermehrt zu Zensurmaßnahmen, von denen vor allem *La Prensa* betroffen war. *America's Watch* beklagt, daß sich die Regierung dabei oft nicht an die entsprechenden Verordnungen der Ausnahmegesetze gehalten habe. 1984 wurde die Zensur auf den militärischen Bereich begrenzt, was die Zensurmaßnahmen deutlich verringert hat. Allerdings wurden auch nach 1984 Ausgaben von *La Prensa* zensiert, in denen die beanstandeten Artikel nicht über militärische Angelegenheiten, sondern beispielsweise über Treffen der Oppositionsparteien berichteten. Es gibt noch Zensurmaßnahmen, die über die gesetzliche Grundlage hinausgehen. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß trotz der Zensur täglich in *La Prensa* Artikel erscheinen können, die die Regierung in schärfster Form angreifen.

Das Recht auf Versammlungs- und Organisatonsfreiheit

Prinzipiell ist dieses Recht in Nicaragua gewahrt, d. h., daß auch oppositionelle Gruppierungen die Möglichkeit haben, sich zu organisieren und zu versammeln. Eine Reihe von oppositionellen Parteien und Gewerkschaften haben sich in der „Demokratischen Koordination Nicaraguas" (CDN) zusammengeschlossen. Dazu gehören insbesondere die Christlich-Soziale Partei (PSC), die rechtsgerichtete Sozialdemokratische Partei (PSD), die Christdemokratische Gewerkschaft CTN sowie die Gewerkschaft CUS.

Von November 1984 bis Ende Mai 1985 registriert die CPDH 26 Fälle, in denen insgesamt 50 Angehörige dieser Gewerkschaften und Parteien Repressalien ausgesetzt waren. 27 Personen waren für Stunden, Tage oder Wochen inhaftiert, wurden dann wieder freigelassen. Teilweise wurden sie unter Druck gesetzt, ihre Organisation zu verlassen oder Spitzeldienste zu leisten. Die CPDH meldet vier Personen, die mit Drohungen zum Spitzeldienst veranlaßt werden sollten. Sieben Personen wurden verhaftet, ohne daß die CPDH deren Freilassung gemeldet hätte und ohne daß der Menschenrechtskommission Nachricht über die Anklageerhebung vorliegt. Unter diesen befinden sich zwei Rechtsanwälte, die Angehörige der CDN verteidigt hatten. Es ist möglich, daß für diese sieben Personen der Status des Gewissensgefangenen zutrifft, d. h., daß es sich um Leute handelt, die im Sprachgebrauch von *Amnesty International* „allein aufgrund ihrer Überzeugung" inhaftiert sind.

Am 1. Mai 1985 wurde eine von CTN und CUS durchgeführte Demonstration durch Polizei und Mitglieder sandinistischer Massenorganisationen aufgelöst.

Insgesamt 28 Angehörigen der Gewerkschaft CTN ist im Berichtszeitraum einmal

die Ausreise ins Ausland verweigert worden, daneben nennt die CPDH fünf weitere Fälle, wo die Opposition in ihrer Arbeit behindert worden ist, etwa durch Veranstaltungsverbot oder Paßentzug.

Das Recht auf Wahlen

Am 4. November 1984 fanden in Nicaragua die ersten allgemeinen, freien und unabhängigen Wahlen in der Geschichte des Landes statt. Alle zugelassenen Parteien hatten die Möglichkeit der Teilnahme, auch wenn es einige Oppositionsparteien vorzogen, sich nicht daran zu beteiligen. Bevor der Wahlkampf begann, wurde der Ausnahmezustand aufgehoben mit Ausnahme der Restriktionen in den militärischen Konfliktzonen. Die teilnehmenden Parteien erhielten von der Regierung finanzielle Wahlbeihilfe und ihnen wurde der freie Zugang zu Rundfunk und Fernsehen garantiert.

America's Watch beurteilt den Wahlprozeß als einen großen Fortschritt in der politischen Geschichte des Landes und stellt fest, daß die Opposition ausreichende Möglichkeiten hatte, ihre Standpunkte darzustellen und zu verbreiten. Allerdings beklagt *America's Watch* Fälle von Pressezensur und Beeinträchtigung des Rechts auf Versammlungsfreiheit. So wurden Artikel in *La Prensa*, die von Veranstaltungen der Opposition und Gegenemonstrationen berichteten, zensiert. Ansonsten gab es jedoch eine ausführliche Wahlberichterstattung in *La Prensa*, was z. B. den Abdruck ganzer Reden von Oppositionspolitikern, die scharf gegen die Regierung vorgingen, einschloß. *America's Watch* dokumentiert fünf schwere Fälle von Behinderungen des Rechts auf Versammlungsfreiheit, bei einer Gesamtzahl von rund 250 Wahlveranstaltungen.

Die Arbeit unabhängiger Menschenrechtsgruppen

Neben der CPDH arbeitet in Nicaragua eine zweite unabhängige Menschenrechtsorganisation. Das nach der Revolution 1979 gegründete „Komitee zur Förderung und zum Schutze der Menschenrechte" (CNPPDH) steht in kritischer Loyalität zur Regierung, leistet kaum Auslandsarbeit und hilft vor allem Häftlingen und deren Familien. Seit den Verhaftungen des ehemaligen Leiters der CPDH (Gonzales, 1981) und eines weiteren Mitglieds im Juli 1982 gibt es keine ähnlichen Fälle. Seitdem kann die CPDH ohne Behinderungen ihre monatlichen Berichte zur Menschenrechtslage in Nicaragua veröffentlichen...

R. Peltzer, G. Mengelkamp, T. Oehlerich

Quelle: *Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in Mittelamerika. Herausgegeben von den GRÜNEN im Bundestag, der Christlichen Initiative Romero und den Informatonsbüros zu Mittelamerika 1985.*

Diese Broschüre ist Teil eines umfangreichen Informationsangebots, das bei der Christlichen Initiative Romero e. V., Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster, zu erhalten ist. Wir bitten unsere Leser, dieses Informationsmaterial in Münster anzufordern und bei der Verbreitung zu helfen. *Red.*

Sozialdemokratie und Nicaragua

Niemand wird von der SPD erwarten, daß sie sich für die Revolution in einem Land der Dritten Welt erwärmt, wenn diese Revolution nicht eindeutig unter sozialdemokratischer Führung steht. Die Haltung der SPD als Regierungspartei zu Nicaragua war von Anfang an durch Distanzierungen und Versuche gekennzeichnet, durch diplomatischen Druck eine Sozialdemokratisierung der nicaraguanischen Revolution á la Portugal herbeizuführen. Die vieldiskutierten 40 Millionen DM im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit, die die Regierung Kohl nicht auszahlen will, wurden schon 1981/82 in der SPD-Regierungsverantwortung eingefroren.[1]

Zwar meist nur verbal und höchst kritisch war die Solidarität der SPD und der Sozialistischen Internationale (in der die SPD eine führende Rolle spielt; sie finanziert den Etat der SI zu fast zwei Dritteln und stellt den Vorsitzenden) sehr wichtig im Kampf gegen die internationale Isolation Nicaraguas. Sie war und ist auch wichtig für die Solidaritätsbewegung. Besonders deutlich wird dies am beträchtlichen Erfolg der Städtepartnerschaften, die es allerdings nur dort gibt, wo von den Grünen und von außerparlamentarischen Initiativen Druck auf die SPD ausgeübt werden kann. Und selbst dann beschließt die SPD statt institutionalisierter Städte- oder Länderpartnerschaften lieber unverbindlichere „Freundschaften" so z. B. im Fall Freiburg — Wiwili oder Hessen — IV. Region. Bis vor einigen Monaten konnte man jedoch davon ausgehen, daß die SPD als Oppositionspartei zwar zur nicaraguanischen Innenpolitik mit viel Wenn und Aber Stellung nimmt, sich aber immerhin zu einer klaren Verurteilung der US-Aggression gegen Nicaragua durchringen kann: So hieß es noch in einer Erklärung des SPD-Präsidiums vom 2.11.84 „Solidarität mit Nicaragua" unmißverständlich: *„Die fortdauernde militärische Aggression von außen, die drohende Lähmung der Wirtschaft durch Boykott und Sabotage im Inneren und die zunehmende Verweigerung internationaler Hilfe sollen die sandinistische Regierung immer stärker unter Druck setzen. Offensichtlich soll das Land von außen durch Druck, Drohung und Aggression politisch, militärisch und ökonomisch niedergemacht werden!" „... Die US-amerikanische Politik trägt die entscheidende Verantwortung für die derzeitige mittelamerikanische Krise."*[2]

Inzwischen wird diese einigermaßen klare Aussage, die heute wahrer ist als je zuvor, daß die US-Regierung Nicaragua niedermachen will, von führenden Sozialdemokraten wieder relativiert, eine Entwicklung, die von der Öffentlichkeit hinter dem Nebel der Menschenrechtskampagne gegen Nicaragua kaum wahrgenommen wurde.

Klose in Nicaragua

So heißt es in dem Nicaragua-Bericht von Hans-Ulrich Klose und Klaus-Henning Rosen vom 22.1.86[3] wörtlich: *„Die Sandinisten argumentieren, die USA und die von ihnen finanzierten Contras wollten sie daran hindern, die Revolution im Interesse des Volkes zu verwirklichen. Die USA argumentieren, weil es die Contras gebe, könnten sie die Entwicklung zum Schlimmeren verhindern und sogar rückgängig machen. Die Schwierigkeit einer wenige Tage dauernden Mission liegt darin, daß es kaum gelingen wird die ‚Wahrheit' herauszufinden..."*

Fürwahr ein Meisterstück wertfreier sozialdemokratischer Objektivität. Das Massaker der Contra wird bewertet, als befände man sich in einem Zivilprozess. Argument steht gegen Argument, und dem unvoreingenommenen Richter Klose will es nicht gelingen, die „Wahrheit" herauszufinden (die Anführungszeichen sind im Original). Bei dieser Kritik könnte man es bewenden lassen. Wer von solchen Leuten noch ein lautes Wort gegen die Verbrechen der Contra und die US-Intervention erwartet, ist selbst schuld, doch muß noch darauf hingewiesen werden, wie trickreich der Klose-Bericht, zeitgleich und im Einklang mit der Menschenrechtskampagne der CDU/CSU an die Öffentlichkeit lanciert wurde und dieser Kampagne damit eine Glaubwürdigkeit verliehen hat, die sie allein nie erreicht hätte. Klose stellt in seinem Bericht folgendes fest (datiert vom 22.1.86, er wußte also schon wie seine Pressekonferenz vom 9.12.85 den Medien zur Stimmungsmache gegen die Sandinisten gedient hatte): *„Wir sind uns der Schwierigkeiten bewußt, eine polarisierte Diskussion zu beeinflussen. Das Nicaragua-Bild ist einerseits von Idealvorstellungen, andererseits von Feindbildern geprägt. Wer in dieser Situation über seinen Eindruck von Nicaragua berichtet, läuft daher stets Gefahr, wegen seiner Beobachtungen (so oder so) gescholten zu werden."* Das klingt gut: Die Rechten mit dem Feindbild Nicaragua schelten den objektiven Sozialdemokraten Klose, die Linken mit dem Idealbild Nicaragua tun es auch — nur, leider entspricht diese Beschreibung nicht der Realität. Die Rechten, — die mit dem Feindbild Nicaragua — dachten gar nicht daran, Herrn Klose anzugreifen — ganz im Gegenteil: „Die Wahrheit bricht sich Bahn" jubelte die FAZ am 13.2. und zitiert Klose. Klose ist ein erfahrener Politiker, er hat im Voraus gewußt und einkalkuliert, daß die bürgerliche Presse sei-

nen „ausgewogenen" Nicaragua-Bericht ganz unausgewogen verbreiten, und ihn als Kronzeugen für die gleichzeitig laufende Diffamierungskampagne der CDU benutzen würde.

Medien brauchen eben Schlagzeilen, und Stoff für eine Schlagzeile bietet nicht Kloses Einerseits — Andererseits, sondern die Tatsache, daß ein als fortschrittlich geltender Sozialdemokrat auf einmal ebenfalls die Sandinisten kritisiert. Ein begrenztes Publikum konnte dann sechs Wochen später den gesamten Nicaragua-Bericht in der „Frankfurter Rundschau" nachlesen.

Da das Presseecho auf Kloses Nicaragua-Reise auch innerhalb der Linken einige Verwirrung gestiftet hat, sei hier noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Klose nicht behauptet, die innenpolitische Situation oder die Lage der Menschenrechte in Nicaragua habe sich in letzter Zeit nennenswert verändert, verändert hat sich lediglich seine Bewertung dieser Realität. „Frontbegradigung in Sachen Nicaragua" nennt das der 'Spiegel'.

Bündnistreue

Klose ist kein Einzelfall: Die SPD will mehrheitsfähig werden und will keinen Ärger mit den USA. Die sozialdemokratische Kritik an der Contrahilfe und der Interventionspolitik der USA wird immer zurückhaltender und wird vor allem verknüpft mit der Aufforderung an die nicaraguanische Regierung, einen Dialog zu beginnen.

Nicht das Ziel der USA, die Verhinderung oder Zerstörung grundlegender und langfristiger Veränderungen der zentralamerikanischen Gesellschaften wird von der SPD kritisiert, sondern die angewandten Mittel werden als ineffektiv betrachtet.

An keiner Stelle erwähnt einer der führenden Sozialdemokraten, mit wem, worüber und mit welchem Ziel die nicaraguanische Regierung eigentlich den berühmten Dialog führen soll. Auch die US-Regierung stellt ja den Stopp der Contra-Unterstützung für den Fall in Aussicht, daß ein nationaler Dialog mit allen wichtigen Kräften beginnt. Das erklärte Ziel eines solchen Dialogs ist die Kapitulation der sandinistischen Revolution.

Genau wie in Bezug auf El Salvador fordern die Sozialdemokraten abstrakt einen Dialog ein, eine friedliche Lösung, ohne auf inhaltliche Bedingungen und Ziele einzugehen. Damit tragen sie dazu bei, die nicaraguanische Regierung in die Ecke derjenigen zu stellen, die keine friedliche Lösung wollen, denn es ist klar, daß Verhandlungen mit der Contra — ob mit ihrem militärischen oder ihrem politischen Arm — über substantielle Fragen nicht möglich sind, es sei denn, die Sandinisten halten nicht mehr an den Bedingungen und Zielen ihrer Revolution fest.

Zwei Dinge dürften auf keinen Fall passieren, erklärte Hans-Jürgen Wischnewski am 12.3.86 im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags, die USA dürften nicht intervenieren und Nicaragua dürfe nicht kommunistisch werden.[4]

Diese Alternative „US-Intervention oder Kommunismus" drückt es deutlich aus: eine ernsthafte Kritik an der US-Kriegspolitik oder gar Taten dagegen könnten als Unterstützung für ein Regime auf dem Weg zum Kommunismus ausgelegt werden — und das ist das Allerletzte, was Sozialdemokraten sich leisten wollen.

Anmerkungen:

1. cf. A. Schwarz, M. Ernst: Denn sie wissen, was sie tun, Hrsg. FDCL Berlin, 1985, S. 37 ff.
2. No Pasaran — Nicaragua-Info Nr. 6, Hrsg. AGIL, Neues Rathaus, 34 Göttingen. Die hier gekürzt wiedergegebene Kritik an den Pos. nen Kloses und Wischnewskis ist auch abgedruckt in „Arbeiterkampf" Nr. 268 v. 10.3.86 und Ila-Info Nr. 96, Juni 1986.
3. Junge Kirche, April 86, S. 212. Siehe auch FR, 22.2.86.
4. Infobüro Nicaragua, Rundbrief 2/86.

Zu dem Nicaragua-Buch von M. Kriele siehe die Broschüre Der Streit um Nicaragua, Hrsg. Christliche Initiative Romero, Kardinal-v.Galen-Ring 40, 44 Münster, 3.— DM + Porto.

Ein Contra packt aus

Neben dem prominenten Ex-Contra Edgardo Chamorro gibt es eine ganze Reihe von Aussagen ehemaliger Angehöriger verschiedener Contra-Organisationen, die nicht nur deren Präsenz in Honduras belegen, sondern auch die Methoden der „Freiheitskämpfer" beschreiben. Eine der jüngsten stammt von dem Nicaraguaner Mario Rene Fernández und wurde am 27. November 1985 gegenüber dem „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Honduras" gemacht:

„Ich, Mario Rene Fernández, Nicaraguaner, zeige auf diesem Wege frei und spontan folgende Verbrechen an: Ich kam im September 1983 legal nach Honduras. Im Oktober wurde ich Mitglied der ‚Fuerza Democrática Nicaraguense' (FDN — Demokratische Kraft Nicaraguas). Meine erste Arbeit war als Sekretär im Geheimdienst der Einsatzgruppe Pedro Joaquín Chamorro im Regionalkommando von Nicarao. Danach wurde ich Leiter der Instandhaltungsabteilung im selben Regionalkommando und schließlich Kommandant für politischen Unterricht in Nicarao. Ich lebte im Lager des Regionalkommandos Nicarao im Departement El Paraiso. Ich war auch im Lager La Lodosa, ebenfalls im Departement El Paraiso, und ich habe die Lager von Las Vegas, Quinta Escuela in Tegucigalpa und Aguacate im Departement Olancho besucht, wo sich das strategische Kommando befindet. Quinta Escuela ist ein Operationszentrum der Contra. Dort erhalten die politischen Kader und die für die psychologische Kriegsführung Unterricht, auch in Waffenkunde. Das ist in Tegucigalpa. Der Ort, an dem sich diese Schule befand, ist von hondurenischen Bataillonen umgeben, und es ist unmöglich, daß die Streitkräfte von Honduras ihn nicht kannten. Deren Militärkonvois kamen ständig bei uns durch, und umgekehrt benutzten wir Lastwagen des hondurenischen Heeres für den Waffentransport. Das heißt, dem hondurenischen Militär ist Quinta Escuela bekannt. Ich habe dort keine hondurenischen Offiziere gesehen, wohl aber in den Lagern an der Grenze. Ich erinnere mich an Oberst Aplícano und Oberst Wilfredo Sánchez y Molina. Aplícano ist der Chef des militärischen Geheimdienstes von Honduras.

Die Rolle der USA

Die Basis von Aguacate ist das logistische Zentrum der FDN. Dort gibt es Kleinflugzeuge und dorthin kommt das Material, das mit den Schiffen gebracht wird. Die Schiffe werden in Puerto Castilla entladen. Von dort kommen Waffen und Munition nach Aguacate und weiter nach Quinta Escuela und von dort an die einzelnen Lager. Es gibt Flüge hondurenischer Piloten in Kleinflugzeugen des Aero-Clubs von Honduras, mit denen Munition, Waffen und Lebensmittel mit Fallschirmen über nicaraguanischem Territorium abgeworfen werden. Da Aguacate das logistische Zentrum der FDN ist, gibt es häufig Besuche von Nordamerikanern, wie dies auch in Quinta Escuela der Fall war. Also in den Vereinigten Staaten kennt man die Contra-Lager. Pat Robertson vom Club 700 (eine fundamentalistische Sekte) hat z. B. Quinta Escuela, Aguacate und Nicarao besucht. Er versprach Kleider, Schuhe und Medikamente zu schicken und betete zu Gott für die Contras. Hondurenische Offiziere habe ich in Aguacate keine gesehen und US-Amerikaner nur in Zivil. Sie kommen zu Besuch und ziehen dann Kampfanzüge an. Es gibt auch nordamerikanische Ärzte der sogenannten „Freedom Fighters" und Freiwillige aus Birmingham/Alabama, die länger in der Basis bleiben und Uniformen anziehen. Die US-Amerikaner sind Berater und überwachen, was im Lager geschieht. Mitglieder der US-Botschaft habe ich keine kennengelernt, aber es gibt Mitglieder des CIA. Sie benutzen Flugzeuge ohne Hoheitszeichen, die auf dem Flughafen von Toncontin (Tegucigalpa) stationiert sind. Die Nordamerikaner sind immer auf dem laufenden, was in den Lagern passiert, aber



Provisorische Schule für Kriegsflüchtlinge

Piloten sind Hondurener oder Nicaraguaner. Persönlich lernte ich Bill Johnson aus Birmingham/Alabama kennen, der das Regionalkommando von Nicarao überwacht. Aguacate steht unter dem Kommando der FDN-Leute Quiché und Mike Lima.

Die Kommandos werden von Nicaraguanern trainiert, außer was die Benutzung von Unterstützungswaffen wie M7-Raketen und Mörser und den Ballistik-Unterricht betrifft. Das machen US-Amerikaner in Quinta Escuela. Ich nahm z. B. an einem Instandhaltungskurs teil, der von einem bolivianischen CIA-Mitglied hier im Tegucigalpa erteilt wurde. Das war vor 3—4 Monaten. Es war damals, als der US-Kongreß die Unterstützung für die Contra unterband und diese wegen Munitionsmangel eine Feuerpause hatte. Aber gerade dann kam ein Schiff aus New Orleans nach Puerto Castilla, das mehr als 5 Millionen Schuß Munition, FAL-Gewehre und andere militärische Geräte entlud. Und diese Hilfe kam von der US-Regierung. Im Augenblick ist die Hilfe der US-Regierung angeblich nicht tödlich, aber es gibt weiterhin Waffen im Überfluß. So kommen belgische FAL-Gewehre, deutsche G-3 und US-amerikanische M-16. Die Granaten, die Minen, die Stiefel, die Uniformen kommen ebenfalls aus USA, d. h., die Hilfe ist direkt, auch wenn sie nicht offiziell ist. Über die Unterstützung durch Privatfirmen für die FDN weiß man nichts Genaues.

Terror gegen die Bevölkerung

Als die FDN das Lager La Lodosa verließ, zogen wir uns an einen Ort namens Jutiapa, ebenfalls in Honduras, zurück. Dort hatten wir ein Lager mit etwa 1200 Männern. Die hondurenische Bevölkerung war nervös und befürchtete sandinistische Bombenangriffe wegen unserer Anwesenheit. Sie versammelten sich und machten ihr Problem über den hondurenischen Sender „Radio Amérika" bekannt, aber das hondurenische Heer empfahl ihnen, nicht darüber zu reden. Und auch die FDN versuchte, die Leute einzuschüchtern. Tatsächlich wurde das Gebiet dann 2 Wochen später von den Sandinisten mit Mörsern beschossen, und wir mußten uns weiter zurückziehen. Zurück blieben mehrere Tote unter der hondurenischen Zivilbevölkerung. Ein anderes Problem, unter dem die hondurenische Bevölkerung leidet, sind die korrupten FDN-Kommandanten. Wenn sie kein Geld für ihre Eskapaden haben, verlangen sie in den hondurenischen Geschäften Kredit, und wenn der ihnen verweigert wird, drohen sie mit der Waffe in der Hand.

In La Lodosa z. B. gab es ein Problem zwischen dem Kommandanten mit dem Pseudonym Chepe Luis und dem Herrn Rolando Mendoza, Besitzer eines Lebensmittelgeschäfts. Er wollte ersterem kein Bier auf Kredit geben, worauf dieser die Pistole zog. Um sich zu verteidigen, griff Mendoza ebenfalls zur Waffe, und es gab eine Schießerei. Der FDN-Kommandant lief davon. Als ich als Verantwortlicher für den politischen Unterricht über den Vorfall einen Bericht machte, um ihn als schlechtes Beispiel darzustellen, sagte man mir, ich solle diesen Bericht lieber nicht weitergeben; andernfalls liefe ich Gefahr, hingerichtet zu werden.

Es gibt viele Gründe dafür, daß ich die Contra verlassen habe. Der Hauptgrund ist, daß die Contra mordet. Es gibt eine große Anzahl von geheimen Friedhöfen. Unschuldige Menschen werden ermordet. Mit ihren primitiven Verhörmethoden muß die FDN die Leute eliminieren, wenn sie sie einmal gefoltert haben. Ich bin mit diesen Methoden nicht einverstanden. Obwohl ich verantwortlich war für politischen Unterricht und psychologische Kriegsführung, wurde mir nicht erlaubt, Gefangene psychologisch zu verhören. Vielmehr wurden sie schlicht und einfach erschossen, und ich konnte nichts machen. Derlei Methoden zwangen mich, die FDN zu verlassen. Die Gefangenen sind Personen, die in Nicaragua mehr oder weniger zwangsrekrutiert und in die Basen auf hondurenischem Territorium gebracht werden. Sie werden verhört, und wenn jemand sie denunziert oder wenn sie in die Hand des Geheimdienstes fallen, werden sie immer geschlagen, egal ob es Bauern sind oder auch Kinder. Danach kann man nicht mehr zurück; wenn man einmal jemanden geschlagen hat, muß man ihn eliminieren, denn die Sicherheitsbeauftragten haben die Philosophie, daß jemand, der geschlagen wurde nie auf Seiten der Contra stehen wird und deshalb liquidiert werden muß. Als ich Sekretär des Geheimdienstes der Einsatzgruppe Pedro Joaquín Chamorro war, unterschrieb ich die Berichte nach der Erschießung. Meistens werden sie einfach erschossen, aber manchmal werden sie auch aufgehängt oder vor der Erschießung gefoltert. Von den Leuten, die in den Lagern von der Contra ermordet werden, wird behauptet, sie seien Infiltrierte. Andere, wie z. B. jene, die während der Kämpfe gefangen werden, nicaraguanische Wehrpflichtige sind und sich der FDN ergeben, werden übernommen. Wird aber jemand beschuldigt, Infiltrierter zu sein, wird er auf jeden Fall getötet. Begraben werden sie an Orten wie z. B. den Hügeln von San José bei La Lodosa, nahe der Grenze. Dort liegen mehr als 40 Erschossene begraben. Entlang der Grenze gibt es noch mehr dieser geheimen Friedhöfe.

In den acht Monaten, die ich bei der Einsatzgruppe Pedro Joaquín Chamorro verbrachte, sah ich Berichte über mehr als 40 Erschießungen. Jede Einsatzgruppe hat ihren eigenen Geheimdienst, und so können wir uns vorstellen, wie viele Erschießungen es insgesamt gibt. Das Regionalkommando von Nicarao hat z. B. 3 Einsatzgruppen. Wenn eine davon 40 Gefangene erschießt, macht das allein in diesem Sektor 120 Leute. Auf den Friedhöfen von Dificultades gibt es mehr als 200 Tote. Das muß der Hauptfriedhof der FDN in diesem Sektor sein. Es sind Personen, die der Infiltration angeklagt und ermordet wurden.

Ich möchte auch einen anderen Fall erwähnen, der meinen Entschluß, die Contra zu verlassen, bestärkt hat: Einmal wurden einige Kinder aus der Zone von Jalapa im nicaraguanischen Departement Nueva Segovia gefangen. Diese Kinder im Alter von 14 bis 16 Jahren wurden nach Nicarao gebracht. Da ihre Väter bei der sandinistischen Miliz waren, gingen sie nicht freiwillig mit und hatten Angst, sich der Contra anzuschließen. Sie wurden verhört, geschlagen und vom Geheimdienst unter dem Befehl des Kommandanten Cobra ermordet und auf den Hügeln von San José auf hondurenischem Territorium begraben. Es waren sieben Kinder, darunter er-

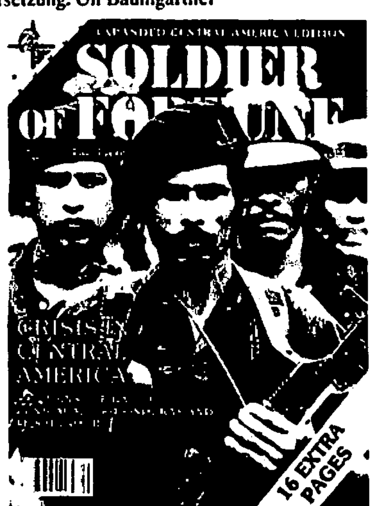
innere ich mich an ein Mädchen von 14 Jahren. Sie wurde beschuldigt, für die nicaraguanische Staatssicherheit zu arbeiten. Gefangengenommen wurden sie bei einem Überfall der FDN auf eine Kaffeeplantage, wo sie in der Ernte arbeiteten und direkt an den Geheimdienst in Nicarao überstellt. Ich wurde informiert und legte Einspruch ein. Ich sagte, es sei unmöglich, daß diese Kinder Infiltrierte seien und wenn doch, seien sie vom sandinistischen Heer manipuliert worden. Da sie aber bereits geschlagen worden waren, hörte man nicht auf mich und ermordete sie.

Hauptbasen der FDN

Von den Basen, die von der US-Regierung für die Contra eingerichtet wurden, kenne ich nur die Hauptbasen der FDN in Aguacate, Quinta Escuela und Las Vegas. Wie ich bereits ausführte, besteht die Rolle der Nordamerikaner in Aguacate darin, die FDN zu beraten und zu überwachen. Es gibt Nordamerikaner, die Kurse in Ballistik, psychologischer Kriegsführung und militärischen Operationen erteilen. Es gibt die bereits erwähnten Ärzte der „Freedom Fighters“, die in den Basen Contras behandeln. Es kommen auch Nordamerikaner und Ausländer wie Bolivianer und Argentinier, die Kurse für die FDN-Kader machen. Die Nordamerikaner, die in die Basen kommen, überwachen auch immer, wie das Material benutzt und die Rekruten behandelt werden. Bei Ihrer Ankunft legen sie Uniform an und werden respektiert wie jeder FDN-Kommandant. In den Lagern wissen alle, daß es Mitglieder des CIA sind.

Kriegsmaterial wird immer zuerst nach Aguacate gebracht. Dort wird es registriert und auf Lastwagen nach Quinta Escuela gebracht. Das war früher so. Wie es jetzt ist, nachdem Quinta Escuela entdeckt wurde, weiß ich nicht. Von dort wurde das Material von den Logistikern der Regionalkommandantur übernommen. Das geschah auch mit Lastwagen. Oder in dringenden Fällen wird das Material direkt mit den Kleinflugzeugen des Aero-Clubs von Honduras von hondurenischen Piloten nach Nicaragua gebracht.“

Übersetzung: Ulf Baumgärtner



Söldnermagazin aus USA

Autonomie oder Instrumentalisierung durch die USA?

Die Miskito-Indianer

Sie hatten kaum ihre Häuser wieder aufgebaut, die Felder bestellt und warteten auf ihre erste Ernte nach der Rückkehr in ihre Heimatdörfer am Grenzfluß Río Coco — da wurden in einer riesig angelegten Aktion 12.000 Indianer nach Honduras entführt. Vor zweieinhalb Monaten wurde ein Fünftel der in Nicaragua lebenden Miskitos wieder einmal Opfer des „verdeckten“ Krieges der Reagan-Administration gegen das revolutionäre Nicaragua. Doch diesmal schweigen unsere Zeitungen.

Vor zwei Jahren allerdings, da haben die Miskitos von sich reden gemacht — 15.000 seien von den Sandinisten ermordet worden, so Denis Reichle, ein französischer Journalist. Von Deportationen und Konzentrationslagern war die Rede. Unabhängige Menschenrechtsorganisationen wie „America's Watch“ und die Menschenrechtsorganisation der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) kamen zu dem Schluß, daß um Weihnachten 1981 wohl zwischen 15 und 30 Miskitos von Mitgliedern der sandinistischen Streitkräfte unter ungeklärten Umständen getötet worden waren, und daß die Behauptungen Reichles aber unhaltbar seien. Innenminister Tomás Borge faßt die Hintergründe so zusammen: *„Wir haben fast die Miskitos aus unserem revolutionären Projekt verloren, denn die Fehler, die in unserer Beziehung zur Atlantikküste im allgemeinen und besonders zu den Miskitos begangen wurden, waren so zahlreich, daß es nur logisch war, daß eine sehr schwierige Krise ausbrechen mußte, auf die sich der Imperialismus stützte. Um ehrlich zu sein: ich glaube, daß grundsätzlich uns die Schuld traf.*

Als die Revolution siegte, kamen wir an die Atlantikküste, die nicht am Kampfgeschehen teilgenommen hatte wie der Rest des Landes. Dort herrschte eine andere Realität. (...) Die Compañeros, die dorthin kamen, wollten die Revolution auf dieselbe Weise durchführen wie in der Pazifikregion.

Die Menschen akzeptierten jedoch diese Vorgaben nicht, die mit dem besten Willen und aus gutem Glauben gemacht wurden, aber auch verbunden waren mit einer Reihe von Auseinandersetzungen, von Beschuldigungen und gegenseitigen Verdächtigungen. Das führte zu einem Teufelskreis, dem Ursprung der Gewalt und der Krise, die zum Teil noch nicht gelöst ist. (...)“ (El Nuevo Diario, 24.8.85)

Umsiedlung

Die anfänglichen Fehler der „Spanier“ — so nennen die Bewohner der nicaraguanischen Atlantikküste, die von den Engländern kolonisiert wurde, die Mestizen aus der Pazifikregion — wurden von der Gegenseite weidlich ausgenutzt. Steadman Fagoth, Führer der Indianerorganisation MISURASATA und wie sich später herausstellte, früher Mitarbeiter beim somozistischen Sicherheitsbüro OSN, rief die Miskitos zum Boykott der Schulen und Impfkampagnen und schließlich zum Verlassen des Landes auf. Argument: In den Impfspritzen sei Gift, und in den Schulen werde den Kindern der Kommunismus beigebracht. Anfang 1981 gründete Fagoth in Honduras seine Contra-Organisation MISURA und begann mit Überfällen auf die Dörfer am Grenzfluß Río Coco. Als am Ende desselben Jahres der „Plan Rote Weihnacht“ bekannt wurde, der vorsah, einen Großteil Nord-Zelayas einschließlich der Provinzhauptstadt Puerto Cabezas einzunehmen, um eine Gegenregierung aufzustellen, reagierte die Regierung mit der Umsiedlung der gesamten Bevölkerung aus den Dörfern am Río Coco ins Landesinnere. Die Hälfte der Betroffenen floh dabei über den Fluß, der bisher nie als Grenze empfunden worden war, nach Honduras und bildete von nun an die wichtige Basis für Steadman Fagoths MISURA.

Obwohl die Umgesiedelten in Tasba Pri (= „Freies Land“) mit einer sehr guten Gesundheitsversorgung, mit ausreichenden Schulen, mit Trinkwasser- und Stromversorgung rechnen konnten, haben vor allem die Älteren ihre Dörfer am Fluß nie vergessen können, in denen ihre Familien lebten, soweit sie zurückdenken können.

Die von Tomás Borge ausgesprochene Selbstkritik war nicht nur rhetorisch. Seit Ende 1983 hat sich die Politik an der Atlantikküste gründlich geändert. Zunächst wurde Weihnachten 83 eine Amnestie ausgesprochen, in deren Genuß bis auf wenige Ausnahmen alle in Haft befindlichen Miskitos kamen. Aber nicht nur das — sie galt von nun an auch für alle MISURAs, die nach Nicaragua und in ihr ziviles Leben zurückkehren wollten.

Anfang 1984 übernahm mit Frau Dr. Mirna Cunningham das erste Mal, seitdem die Atlantikküste zu Nicaragua gehört, eine Miskitoindianerin die Regierungsgeschäfte in Nord-Zelaya. Im Juli 84 wurde die

Miskito-Organisation MISATAN gegründet, die es sich zur Aufgabe machte, die Interessen der Miskito-Indianer auf friedlichem Wege zu vertreten. Eine ihrer Hauptforderungen war die Wiedervereinigung der Miskitos und die Rücksiedlung der Dorfbewohner vom Río Coco.

Ende 84 begannen dann die ersten Verhandlungen, zunächst mit Brooklyn Rivera, der in der alten MISURASATA, die 1979 als Vertretung der Ethnien an der Atlantikküste gegründet worden war, nach Steadman Fagoth der zweite Mann war und später dann mit seinen Leuten nach Costa Rica ging und sich mit Edén Pastora verbündete. Obwohl diese Verhandlungen Anfang 85 wieder abgebrochen wurden, war hier ein Anfang gemacht.

Autonomie

Es war über die Forderung nach Autonomie gesprochen worden, und am 4. November 84, dem Tag der Wahlen zur Nationalversammlung, wurde die erste Kommission zur Ausarbeitung eines Grundsatzdokuments zur Autonomie gegründet. Weihnachten 84 gab es drei Kommissionen, eine nationale und zwei regionale aus Nord- und Süd-Zelaya. Alle drei setzen sich aus Persönlichkeiten verschiedener sozialer und politischer Gruppierungen und Unabhängigen zusammen, wie z. B. Pfarrern, Lehrern, Anwälten. In Seminaren wurde das ausgearbeitete Dokument Delegierten aus den Gemeinden vorgestellt, die eigens dafür gewählt worden waren. Diese sollten dann in ihren Dörfern die Diskussion führen und Anregungen und Beschlüsse sammeln.

Die Volksbefragung ist inzwischen abgeschlossen*, und man ist jetzt dabei, mit Hilfe der Ergebnisse, das endgültige Autonomiestatut auszuarbeiten, das auch Bestandteil der Verfassung sein soll, die im Moment einer breiten Diskussion unterzogen wird.

Gleichzeitig wurden auch auf kulturellem Gebiet Fortschritte gemacht. Die Erziehung in den Muttersprachen umfaßt nun schon drei und mehr Jahre der Grundschule. Die erste Miskito-Grammatik ist erarbeitet worden.

Mit etwas weniger Erfolg ist seit Mitte 84 eine Kommission dabei, die Frage des kommunalen Landbesitzes zu klären. Die Miskito-Indianer kennen keinen Privatbesitz an Land, sondern nur Gemeindeeigentum, das aber in früheren Zeiten von der Regierung nie anerkannt worden war. Die traditionellen Grenzen zwischen den Gemeinden sind in vielen Fällen nicht sehr klar, und die Vermessungen sind zeit- und kostspielig und erfordern Fachkräfte. Das Landwirtschaftsministerium versucht im Rahmen seiner Möglichkeiten, die Kommission mit technischer Hilfe zu unterstützen, damit das Land möglichst bald formell übergeben werden kann.

All diese Bemühungen um die Selbstbestimmung der Atlanktikküste zeigen, daß die Regierung in Managua inzwischen sehr viel über die „unbekannte Hälfte" Nicaraguas gelernt hat. Man sieht, daß die Somozadiktatur hier keine große Rolle gespielt hat. Hier waren die nordamerikanischen Kompanien, die Holz und Gold ausbeuteten, praktisch Alleinherrscher. Geschickt erwarben sie sich mit kleinen Geschenken die Sympathie der Küstenbewohner, die sich keine Vorstellungen von dem Ausmaß der Ausbeutung der Rohstoffquellen und der Arbeitskräfte machen konnten. Heute ist klar, daß die Atlantikküste ihren eigenen Weg der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung finden muß, und das Ziel ist zunächst einmal, sich nach der generationenlangen Isolation unter Anerkennung aller Unterschiede als eine nicaraguanische Nation zu verstehen.

Dieser Lernprozeß führte im Mai letzten Jahres dann auch zu einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen mit einem Teil der MISURA. Während die Führung in Honduras immer noch weiter Überfälle, Hinterhalte und die Vernichtung von Lebensmittellieferungen und Infrastruktur anordnete, entschlossen sich Kommandant Eduardo Panting und seine etwa tausend Anhänger, mit der Regionalregierung den Frieden auszuhandeln, um die Versorgung der Bevölkerung und die Wiederbesiedlung des Río Coco zu ermöglichen und ihre eigenen Forderungen in die Autonomiediskussion einzubringen. Obwohl Panting im Juni 85 unter ungeklärten Umständen starb, wurden der Waffenstillstand und die Verhandlungen fortgeführt, und es kamen auch noch weitere Führer der MISURA hinzu.

Rückkehr

Mit einem bewegenden Enthusiasmus und unter großen Anstrengungen begann die Rückkehr der Bevölkerung vom Río Coco. Auf Lastwagen wurde alles mitgenommen, was nicht niet- und nagelfest war, denn die alten Holzhäuser waren verbrannt oder verrottet, und alles mußte wieder neu aufgebaut werden. Die Felder waren inzwischen vollkommen verwildert und mußten neu gerodet werden. Die Regionalregierung half mit allen Kräften: ärztliche Versorgung, Saatgut und landwirtschaftliche Beratung, kostenlose Versorgung mit Nahrungsmitteln. Man organisierte die Rücksiedlung ohne militärischen Begleitschutz und nahm auch keine Waffen mit, in der Hoffnung, daß die in Honduras befindlichen führungstreuen MISURAs nicht eingreifen würden. Doch diese Rechnung ging leider nicht auf. Nach der Spaltung der MISURA war aus ihren führungstreuen Überresten im September 85 unter der gemeinsamen Schirmherrschaft von FDN (von Somozisten geführte, größte Contra-Organisation) und CIA die Organisation KISAN gebildet worden, die nun verstärkt vom CIA angeleitet und finanziert wurde. Durch Hinterhalte, Morde und die Vernichtung von Lebensmitteltransporten versuchte man, die Rücksiedlung unmöglich zu machen. Besonders schwierig wurde die Wiederbesiedlung der Dörfer oberhalb des Ortes Waspám, weil sie nur über den Fluß zu erreichen sind, und auf der anderen Seite die KISAN lauern.

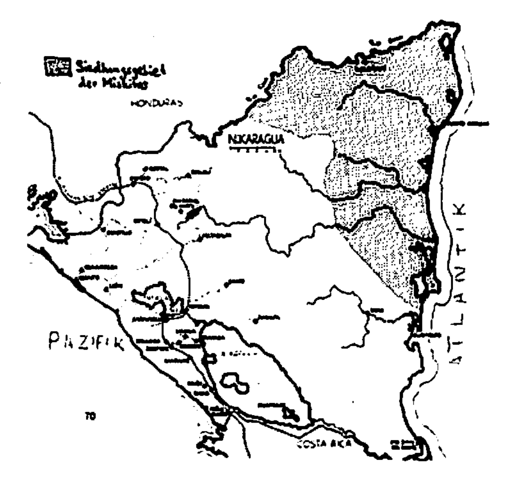
All dieser Terror konnte die Indianer nicht daran hindern, in ihre Heimat zurückzukehren. Hier sind sie geboren, und nur hier wollen sie auch leben und sterben. Sie hatten gehofft, daß die Aufständischen in Honduras, die ja die Rechte der Miskitos immer auf ihre Fahne geschrieben hatten, und die schließlich auch ihre Familienangehörigen sind und aufgrund dessen von ihnen unterstützt worden waren, sie respektieren und ihre Rückkehr nicht behindern würden. Doch die USA wollen es nicht zulassen, daß in dieser Region durch eine Versöhnung zwischen den Indianern und der Regierung Frieden einkehrt: so wurde zu dem letzten wirksamen Mittel gegriffen — der massenhaften Entführung der Bevölkerung vom Río Coco. Die Indianer konnten sich in keiner Weise wehren, und, wie einige, die hatten fliehen können, berichten, wurde den Zurückbleibenden Vergeltung angedroht.

Die Beteiligung der USA wurde durch einen organisatorischen Fehler offensichtlich: Die amerikanische Botschaft in Tegucigalpa hatte Journalisten und Vertreter der Menschenrechtsorganisation „America's Watch" zu einem Besuch der Grenzregion zu Nicaragua eingeladen, damit sie dort mit angeblich vom sandinistischen Militär zur Flucht gezwungenen Indianern sprechen sollten. Aber die Aktion war schlecht getimed: als die Journalisten ankamen, hatte die „spontane Flucht" noch nicht stattgefunden.

Wieder einmal sind die Miskitos in der Machtpolitik der USA zu Schachfiguren degradiert worden. Von ihren bei der Contra organisierten Führern verraten, befinden sie sich jetzt in den Lagern im honduranischen Grenzgebiet. Reicht diese Erfahrung aus, damit die Indianer begreifen, wer ihr wahrer Feind ist, und beginnen sie sich zu wehren?

Regine Schmemann

* *Anmerkung der Redaktion: Über das Ausmaß der Beteiligung an der Diskussion über das Autonomiestatut gibt es unterschiedliche Angaben. Vgl. taz v. 27. 5. 86*





Mit Hut und Sonnenbrille für die Befreiungsbewegung

Auf dem 10. BUKO, der im Mai 1986 in Bremen stattfand, wurde die Geschichte, Gegenwart und Perspektiven von Solidaritäts- und Dritte-Welt-Arbeit in der Bundesrepublik kritisch reflektiert.

Algerien, Vietnam, Chile, Mittelamerika stehen für die wichtigsten Stationen der westdeutschen Solidaritätsbewegung. Schon ein flüchtiger Blick auf die Geschichte der Solidaritätsbewegung macht deutlich, daß sie Schwankungen unterworfen ist, deren Ursachen erst in der letzten Zeit mehr und mehr zum Gegenstand der Diskussion werden. In diesem Zusammenhang ist auch der folgende Beitrag zu sehen, der ein Vorabdruck aus dem in den nächsten Tagen im Kölner Volksblatt Verlag erscheinende Buch „Hoch die Internationale Solidarität — Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegungen in der Bundesrepublik" ist. Er beginnt mit einer autobiographischen Schilderung einer Aktionistin der Mittelamerika-Solidarität in Berlin und stellt in einem zweiten, analytischen Teil Thesen zu einer selbstkritischen Betrachtung der Solidaritätsbewegung dar.

Mein Weg zur Dritte Welt-Bewegung begann in der BRD. Ich habe zunächst einmal sehr bewußt in Aachen für das Lehramt studiert, Deutsch und Theologie. Das war noch im Zuge der Bildungsreform. Ich wollte mich stark machen für den Klassenkampf im Klassenzimmer, setzte also große Hoffnung darauf, daß über Schule und Bildung was zu ändern sei. Ich bin dann auch vom ersten Studientag an hochschulpolitisch sehr engagiert gewesen. Später habe ich mir dann extra eine Schule in einer Obdachlosensiedlung ausgesucht und da jeden Tag unterrichtet. Es ging mir also zunächst einmal um Veränderungen in der BRD. Dabei habe ich eigentlich in der Schule sehr gute Erfahrungen gemacht, gerade in der Obdachlosensiedlung. Notgedrungen kam dann aber die Elternarbeit dazu und das Rumschlagen mit den Sozialämtern. Ich hab erst dann die Erfahrung gemacht: wenn man versucht, etwas zu ändern, merkt man wie das System wirklich ist. Nach dem geflügelten Wort: um zu wissen, wie die Birne ist, muß man reinbeißen. Daraufhin hab ich Knastarbeit gemacht. Denn bei vielen unserer Jugendlichen oder den Schülern war abzusehen, daß sie über kurz oder lang im Knast landen würden. Wir hatten schon in der Klasse große Alkoholprobleme. Zusätzlich habe ich Gewerkschaftsarbeit gemacht, zunächst mal in der GEW mit Flugblätter verteilen vor den Fabriktoren usw.. Ich war auch aktiv in Bürgerinitiativen. Es ging um Verkehrsplanung. Ich habe dann aber zunehmend gedacht, daß die Widersprüche nicht nur hier liegen, daß man die internationale Lage, den Weltmarkt usw. mit bedenken muß. Ich habe so den Bogen zur Dritten Welt geschlagen. Angeregt worden war dies über mein Pädagogikstudium, über das Konzept der Basisbildung von Paolo Freire. Und im Theologiestudium war gerade von der Theologie der Befreiung die Rede und von schwarzer Theologie in Afrika. Ich selbst fühlte mich zudem unfähig, den Schülern was zu vermitteln in der Schule. Ich hab meine Ausbildung zwar abgeschlossen, wollte dann aber diese Realitätserfahrung erst einmal selber machen, bevor ich wieder auf Schüler losgelassen würde. Ich wollte die politische Realität auch im internationalen Zusammenhang erst mal selbst erleben. So habe ich mich entschlossen, nach Lateinamerika zu fahren, einmal, weil es relativ leicht ist, sich als europäische Frau allein in Lateinamerika durchzuschlagen. Dann sind Kultur, Religion und Wertvorstellung auch noch relativ europäisch. Die Hautfarbe ist da nur ein kleines Problem, weil es viele Weiße in Lateinamerika gibt und die Sprache relativ leicht zu lernen ist. Deshalb fiel meine Entscheidung für Lateinamerika und nicht für Afrika oder den Nahen oder Fernen Osten.

Das war 1978. Im März 1979 bin ich nach Mexiko geflogen und hab mich da durchgeschlagen. Im ersten Monat war das reiner Tourismus. Ein erstes Kennenlernen der Kultur. Dann hab ich mich in Guatemala mal niedergelassen, weil die vielen exotischen Eindrücke mich einfach überwältigten.

Ich war auch verunsichert durch diese ständigen Kontakte mit Indianern. Mir war das zwar klar über den Kopf, daß das Menschen sind wie du und ich, aber emotional



Zwei Guerilleros während des Aufstandes

waren sie mir doch fremd. Ich habe mich zunächst auf diese Unsicherheit eingelassen und versucht festzustellen, was die Indianer für eine Identität haben und gemerkt, daß die Ich-Identität für ein indianisches Individuum gar nicht so wichtig ist wie für Europäer. Ich habe zunächst einmal wirklich Lateinamerikaerfahrung mit guatemaltekischen Indianerfrauen gemacht, bin dann mehr zufällig in ein Gesundheitsprojekt eingestiegen. Aber dann wurde die Situation in Nicaragua immer brenzliger. Dort wurde zur Endoffensive mobilisiert. Mein schlechtes Gewissen rührte sich, da ich ja in der BRD auch immer einen sozialistischen Anspruch gehabt hatte. Die Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus fielen mir ein. Ich komme ja aus Aachen und habe nie verstanden, weshalb der Widerstand aus Belgien und Holland nicht stärker gewesen war. Plötzlich sah ich mich in einer ähnlichen Situation. Ich lebte schön in Guatemala mit den Indianerfrauen, während nebenan im Nachbarland der Befreiungskrieg lief. Ich saß da bequem und wurde nicht aktiv. Um eine konsequente Politik zu machen, habe ich mich dann schweren Herzens dazu durchgerungen, Kontakt aufzunehmen zu einem Mittelsmann der FSLN, der Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas. Ich habe meine Mitarbeit angeboten. Natürlich war mir das zuerst einmal nicht geheuer. Die Vorstellung, eventuell mein Leben einsetzen zu müssen für ein Land, in dem ich vorher noch nie war, wo ich keinen kannte, wo ich nicht genau wußte, wer sich hinter den Sandinisten verbarg und was für Pläne da eigentlich im Geheimen ausgeheckt worden sind. Zum andern fiel es mir auch sehr schwer, mich mit dem Gedanken anzufreunden, wirklich zur Knarre zu greifen, Menschen zu töten. Ich wurde dann auch gefragt, ob ich Angst hätte oder Bedenken, mich in die Guerilla zu integrieren. Da hab ich offen und ehrlich gesagt, es käme mir schon komisch vor, in der Guerilla hier zur Knarre zu greifen. Die Mittelsmänner der FSLN haben so schnell festgestellt, daß ich noch nicht ausreichend „lateinamerikanisiert" war. Ein richtiger Lateinamerikaner hätte immer gesagt, nein, er hätte keine Angst. Ich wurde dann immerhin eingesetzt, um Briefe an die honduranische Grenze zu transportieren, als Touristin, verkleidet mit besonders nordamerikanischer Aufmachung, mit Hut und Sonnenbrille. Das war auch relativ ungefährlich. Das waren meine ersten Kontakte zur FSLN. Ansonsten wartete ich darauf, irgendwann an die Südfront eingezogen zu werden. Ich hätte dann über Nicaragua wegfliegen müssen nach Costa Rica, um mich in die Südfront zu integrieren. Glücklicherweise aber kam der Ruf nicht. Der Triumpf der Revolution kam ihm zuvor. Mir fiel ein riesiger Stein vom Herzen. Trotz alledem war für mich klar, daß ich mich, wenn schon nicht im Kampf so doch zumindest für den Wiederaufbau, den Aufbau der Revolution, einsetzen müßte. In den ersten Augusttagen 1979 bin ich dann auch nach Nicaragua gereist und hab mich wieder erstmal alleine durchgeschlagen, hab Kontakte aufgenommen. Das ging damals noch sehr leicht, weil sich alle Commandantes im Hotel Interconti trafen. Das war das einzige, was in Nicaragua noch stand. Da konnte man noch sehr leicht einem der „Leader" von hinten auf die Schulter klopfen und fragen: „Haste nicht ne' Stelle für mich?" Es war eben ne' sehr euphorische Stimmung. Trotz alledem erschien es den Nicaraguanern zunächst nicht ganz geheuer, mich da so ohne weiteres einzustellen, ne' Europäerin, die politisch gebildet ist, sich auskennt im historischen Materialismus mit der Dialektik, die Marx und Engels gelesen hatte und aus der Bourgeoisie kam und aus Europa.

Aber ich habe nicht locker gelassen und so auch einen Job gefunden in Nicaragua, sogar eine ziemlich verantwortungsvolle Stelle. Ich hab im Bereich des Ministeriums für Agrarreform eine Sozialplanung erarbeitet, und zwar in diesem brenzligen Bereich des Miskitogebietes. Die Erfahrungen, die ich in Nicaragua gemacht habe, waren alles andere als rosig. Ich habe wahnsinnig viel darüber gelernt, wie eine Revolution von innen aussieht, und wie es aussieht, wenn man unter Zugzwang steht, wenn man die Macht hat und sie auch nutzen muß. Trotz alledem habe ich beschlossen, zurück nach Europa zu gehen. Ich hatte doch nach 2 Jahren festgestellt, das ist nicht mein Land, für immer könnte ich nicht in Nicaragua leben. Ich hab mich dann ab Frühjahr 1982 verzweifelt in ein neues Studium gestürzt, Technik studiert, um als Lehrerin für Erwachsenenbildung und Technik wieder zurückzugehen in die Dritte Welt. Das war mein Hauptmotiv: nicht nur über das Bewußtsein Dritte Welt-Arbeit zu machen, über Bewußtseinsveränderungen nach Paolo Freire, sondern das zu koppeln an ein anderes Verständnis von Technik, zu koppeln an eine Technikerziehung. Die Industrienationen haben ja weiter Zugang oder Zu-

griff auf die Dritte Welt, obwohl sich das Bewußtsein der Völker dort sehr stark geändert hat in Richtung auf mehr Selbstbewußtsein und Eigenkultur. Aber technisch bleiben sie abhängig und werden auch abhängig gehalten. Es gibt sehr wenige Ansätze zur Entwicklung eigener Technologien in der Dritten Welt. Aus diesen Gründen also mein Technikstudium. Ich hab mich da auch durchquälen müssen. Daneben habe ich mich bemüht, Kontakte zur Solidaritätsbewegung aufzunehmen. Ich hatte das Bedürfnis, mich mit Menschen auszutauschen, die eben auch aktiv Dritte Welt-Arbeit machen. Da lag es natürlich zuerst mal nahe, für Nicaragua zu arbeiten. Von den Nicaraguakomitees war ich allerdings sehr enttäuscht, weil das ausschließlich Jubelkomitees waren. Fernab von jeder Realität wollten die auch gar nicht wissen, wo die Knackpunkte sind, wo die Schwierigkeiten in Nicaragua liegen. Ich hab mich auch sehr bemüht in Wuppertal bei der Infostelle zu Nicaragua über meine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Miskitos zu berichten. Aber das war damals noch nicht so bekannt. Keiner hatte Interesse daran, auch mal was Negatives über die nicaraguanische Revolution zu erfahren. Dabei stehe ich zu dieser Revolution in Nicaragua. In Nicaragua selbst, als ich noch in der Regierungsstelle gearbeitet habe, war ich sehr kritisch eingestellt gegenüber der Regierung, gegenüber dem gesamten nicaraguanischen Prozeß. Trotzdem werde ich hier die nicaraguanische Regierung immer wieder in Schutz nehmen und die Revolution immer wieder verteidigen.

Dort konnte ich ja auch intern versuchen, Diskussionen auszulösen und etwas zu verändern. Hier aber geht es darum, zunächst einmal für das Recht der Nicaraguaner zu kämpfen, ihre eigene Revolution durchzuführen. Das muß aber durchaus kein unkritisches Zujubeln sein. Ich habe auch hier durchaus noch eine kritische Distanz zum nicaraguanischen Prozeß, dennoch werde ich mich jedoch immer wieder dafür einsetzen, daß die nicaraguanische Revolution bestehen kann und auch weitergehen kann.

☆

Ich glaube, man muß mit den Widersprüchen einfach klar kommen. Sie sind einfach nicht eindeutig zu lösen: Ich lebe mit den Widersprüchen. Da bietet auch die deutsche Dialektik eine sehr große Hilfe. Ich habe mich, als ich aus Lateinamerika zurück kam, zunächst in die „Kritische Theorie" gestürzt. Die war eine Hilfe dabei, mich auch auf Widersprüche einzulassen. Das ist wieder eine Sache, die ich einfach nicht verstehe: weshalb die deutsche Solidaritätsbewegung so unkritisch und so undialektisch auf der Suche nach der absoluten Identifikation ist und nicht damit klar kommt, nicht damit umgehen kann, sich auf Widersprüche einzulassen?

Mir ist sehr schnell aufgefallen, daß es in vielen Komitees auch gar nicht darum geht, Internationalismus zu praktizieren oder wirkliche Solidaritätsarbeit zu leisten, sondern bei sehr vielen ein persönliches Interesse dahinter steckt, die persönliche Identifikation mit einer Bewegung, mit einem Land. Wenn man die Commandantes so'n bißchen von der Geschichte kennt, ist es sehr leicht, sich kompetent zu fühlen und Aussagen zu machen. Das ist auch meines Erachtens der Grund, weshalb so viel ausschließlich zu Lateinamerika gearbeitet wird und viel weniger etwa zum Libanon oder zu Afrika. Dort sind die Strukturen für uns einfach viel komplizierter, und es ist schwerer, da mitzureden. Und das ist bei vielen Gruppen auch der Grund, weshalb weniger in der BRD selbst gearbeitet wird zu Lateinamerika. Es erscheint alles leichter. Da ist alles schwarz oder weiß und damit leichter zu durchblicken, auf welcher Seite man zu stehen hat.

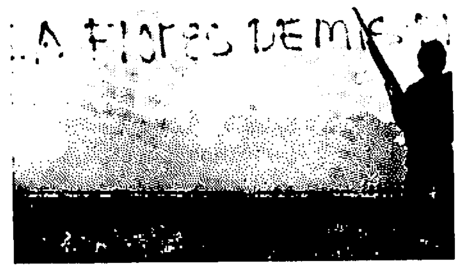
Auch die El Salvador-Arbeit ist zum großen Teil Jubelarbeit. Aber in dem Moment, wo die militärischen Erfolge ausbleiben, bricht auch die Solidarität zusammen. Und Guatemala-Arbeit ist meist eher folkloristisch, weil sie an der Indianerarbeit ansetzt. Sehr viele, die Guatemala-Arbeit leisten, waren selbst dort und sind vor allem fasziniert von den ‚guten Indianern'. Dabei fehlt sehr oft der politische Durchblick, daß ne' Revolution immer knallhart und wenig euphorisch ist. In der Revolution, im Kampf, kommt es vor allem darauf an, strategisch vorzugehen und nicht unbedingt die reine Ideologie hochzuhalten.

Eine Revolution durchzuführen, bedeutet auch Disziplin halten. Da stößt man immer an die Frage: heiligt der Zweck die Mittel oder nicht? Gerade in Nicaragua war es z. B. so, daß zunächst erst einmal die Reihen gesäubert werden sollten, daß man sich um die Kader der FSLN bemühte und versuchte, andere, eher anarchistisch angehauchte Kämpfer aus verantwortlichen Positionen rauszudrücken. Damit ist ja auch „El Pueblo", eine linkskritische Zeitung, in Nicaragua verboten worden. Diese Zeitung vertrat die Meinung, daß man die Revolution weiterführen und die Bourgeoisie aus den politischen Entscheidungsgremien rausdrücken müsse. Diese Zeitung wurde in Nicaragua verboten. Daraufhin gab es hierzulande großen Protest. Der kam vorrangig aus Berlin. Das war noch die erste Solidaritätsgarde. Sehr viele haben sich danach enttäuscht abgewandt und der Nicaragua-Solidarität den Rücken gekehrt. Ein weitaus kleinerer Teil ist dabei geblieben, ist also noch solidarisch geblieben mit Nicaragua. Es kam die zweite Generation und heute werden die Solidaritätsgruppen sehr stark von Jüngeren geprägt. Das ist jetzt schon die dritte Garde. Das sind zum größten Teil Leute, die in Erntebrigaden in Nicaragua waren.

Viele Leute haben Nicaragua aufgegeben, weil die Identifikation mit der Revolution nicht mehr so leicht war. Unsere Hoffnungen und unsere Wünsche an die Revolution waren in jedem Fall politische. Wir legen ja weniger Wert auf 'ne materielle Veränderung. Denn für uns sind ja die Grundbedürfnisse bereits befriedigt. In Nicaragua mußte die Revolution aber zunächst eine materielle Veränderung der Lebensbedingungen beinhalten. An zweiter Stelle kam erst die wirkliche Basisdemokratie. Als dann aber unsere Hoffnungen auf mehr Mitbestimmung, mehr Mitentscheidung nicht erfüllt wurden — wobei in Nicaragua auch sehr viel Fehler gemacht worden sind, haben sich viele enttäuscht von Nicaragua oder von der Solidaritätsarbeit insgesamt abgewandt. Hinzu kam, daß die älteren dann auch Kinder hatten, mehr ans Haus gebunden waren und nicht mehr so viel Zeit hatten, an Gruppensitzungen teilzunehmen.

Andererseits wurden große Geldmengen aufgebracht von der Solidaritätsbewegung und aus dem Dunstkreis.





die Blüten meiner...

Die kommen zum großen Teil von Intellektuellen, die keine aktive Solidarität mehr leisten. Böse Stimmen sagen: die kaufen sich frei, die beruhigen ihr schlechtes Gewissen. Aber ich glaube schon, daß oft eine konkrete Solidarität gemeint ist. Die sagen: Wir können da nicht eingreifen oder wir wollen da nicht eingreifen, aber zumindest stellen wir Geld bereit, damit die Revolution in Nicaragua oder El Salvador ihren Lauf nehmen kann.

Inzwischen haben sich auch die Methoden verändert. Mehr als früher werden kleine Projekte unterstützt. Dadurch ist die Solidaritätsarbeit auch unpolitischer geworden. Es geht nur noch darum, sich mit einem ganz kleinen Projekt in einem kleinen Dorf zu identifizieren, und dieses kleine Projekt voranzutreiben, nicht um den internationalen Prozeß. Das kann man kaum Internationalismus nennen.

Ich glaube, daß das ein generelles Problem ist. Solidaritätsarbeit wird oft mit Internationalismus gleichgesetzt. Aber das, was wir als Nicaragua- oder El Salvador Solidaritätsarbeit sehen, ist eher Solidaritätsarbeit als Internationalismusarbeit, weil es sich meistens nur auf ein Land bezieht. Gerade auf das eine Land, mit dem man sich persönlich identifiziert. Das läuft ja oft auch über die persönliche Identifikation. Man war in einem Land oder ist befreundet mit einem Commandante oder Mitkämpfer. Und sehr oft ist diese Identifiktation derart intensiv, daß andere Länder außer acht bleiben. So kommt es vor, daß Leute, die sich für die El Salvador-Solidarität stark machen, die Probleme Nicaraguas nicht mehr sehen, und auch gar nicht sehen wollen und schon gar keinen Zugang haben zu Honduras oder Guatemala. Die El Salvador-Gruppen sind oft viel radikaler. Deshalb setzen sich die Gruppen, die Nicaraguaarbeit machen, manchmal von diesen radikalen El Salvador-Gruppen ab — und umgekehrt.

Ein konkretes Beispiel dafür war die Vorbereitung der Demonstration während der Lateinamerikatage letzte Woche. Die Solidaritätsbewegung ist auch oft, um die Reinheit der Lehre zu behalten, nicht bereit, strategische Bündnisse einzugehen. Die El Salvador-Gruppen wollten unbedingt den Vertreter El Salvadors sprechen lassen. Die eher gewerkschaftlich orientierten Gruppen sagten, es ginge aktuell um die Gelder des amerikanischen Kongresses für die Contras in Nicaragua. Deshalb sollte auf jeden Fall ein Vertreter Nicaraguas sprechen. Andere waren der Meinung, sie wollten lieber jemand von der deutschen Solidaritätsbewegung hören. Dann gab es die Diskussion, ob nicht ein Vertreter der amerikanischen Solidaritätsbewegung die Kundgebung bestreiten sollte. Eine andere Gruppe wiederum wollte unbedingt, daß Peru mit rein kommt; weil sie zu Peru arbeitete, sollte die Problematik auf Gesamt-Lateinamerika ausgehandelt werden. Jede Gruppe sah also nur ihr kleines Problem und wollte das auf jeden Fall mit drin haben. An solchen konkreten Punkten zeigt sich auch das Dilemma der Solidaritätsbewegung, daß es nicht um Internationalismus, sondern immer nur um Solidarität mit einem kleinen Ausschnittsproblem geht.

So stehen die radikalen Soli-Gruppen, die immer wieder bedingungslos die militärischen Aktivitäten in den Vordergrund stellen, oft christlichen Gruppen feindlich gegenüber, denen es mehr um eine breitere Einheit geht.

So legen sich die Gruppen gegenseitig Steine in den Weg. Aus dem gleichen Grund fehlt oft der Bezug zu politischen Aktivitäten hier in der Bundesrepublik, weil das Maximale gefordert wird und nicht Bündnisse auch mal mit der SPD, die sicher nicht revolutionär ist, oder mit den Gewerkschaften gesucht werden. So wird



...Tage...

auch das Geld oft ausschließlich an Projekte in Nicaragua, El Salvador und anderswo verschickt und damit der bundesdeutschen Solidarität entzogen. Deshalb fehlen sehr oft Gelder, um hier überhaupt funktionsfähig linke oder progressive Politik machen zu können. Das ist meines Erachtens eine vollkommen falsche Geldverteilung, weil sich die Solidaritätsbewegung damit selber lahmlegt. Das ist purer Aktionismus. Es geht nur noch darum, ein kleines Projekt voranzutreiben und möglichst schnell Geld rüberzuschicken, statt sich wirklich Zeit zu lassen, kritisch zu diskutieren, ob es nicht noch Alternativen gibt, von der Entwicklung von eigenen Strategieansätzen innerhalb der Bundesrepublik ganz zu schweigen.

Ich glaube prinzipiell, daß die größte Hilfe für die Länder derDrittenWelt darin besteht, hier eine fortschrittliche Politik zu machen. Es hilft wenig, wenn ständig vereinzelte Internationalisten, wie ich es ja auch gemacht habe, rüberreisen und versuchen, da mitzumischen oder Stellung zu beziehen. Ganz davon abgesehen ist es den Bewegungen, die unter dem Zugzwang der Revolution stehen, auch relativ egal, was die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung meint und sagt.

Unterlassen sollte man die Solidaritätsarbeit hierzulande bei aller Kritik allerdings auf keinen Fall. Das öffentliche Bewußtsein wird mit jeder Aktion ein bißchen breiter und ein bißchen tiefer. Die Zeitungen sind ja auch inzwischen voll von Problemen der Dritten Welt.

Es hat sich doch in den letzten zehn Jahren sehr viel getan im öffentlichen Bewußtsein in Bezug auf die Dritte Welt. Egal, ob es jetzt um Afrika oder Latein-Amerika geht. Es gehört ja inzwischen auch zu den Unterrichtsinhalten, auch in der Schule über die Dritte Welt zu reden, nicht alles nur auf den ‚Ost-West-Konflikt' zu reduzieren, sondern auch den Nord-Süd-Konflikt zu behandeln. Das ist auch ein Erfolg der Solidaritätsbewegung.

Mechthild Schönen

Diese biographische Skizze kann als beispielhaft gelten. Denn sie beinhaltet nahezu alle Widersprüche und Unsicherheiten die sich als Probleme der Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik ausmachen lassen, und die — wenn gleich in ganz anderer Form — auch von den wenigen „Theoretikern" der Bewegung beschrieben und kritisiert werden. Der biographische Bericht einer einzelnen Aktionistin läßt sich so nutzen, um einige Hauptprobleme der Solidaritätsarbeit zu illustrieren: *Die Beschäftigung mit der Dritten Welt wird oft zur Flucht vor der politischen Realität im eigenen Land.*

Mechthild hat in der Schule, Gewerkschaft und in Bürgerinitiativen gearbeitet, war also zunächst in der Bundesrepublik selbst politisch aktiv. Der richtigen Einsicht, daß viele Prozesse heutzutage von internationalen ökonomischen, politischen und militärischen Zusammenhängen bestimmt werden, stand auf der anderen Seite die Frustration über die Schwierigkeiten der politischen Arbeit hier gegenüber. Zu den Problemen mit den Eltern ihrer Schüler und Behörden kommen die Zweifel nach dem Sinn der Lehrertätigkeit überhaupt, oder allgemeiner ausgedrückt: nach den Möglichkeiten konkreter Veränderungen hier und jetzt in der eigenen Gesellschaft. Darin spiegelt sich auch die — für die Bewegung durchaus typische — Verunsicherung linker Intellektueller kleinbürgerlicher Herkunft in und gegenüber ihrer Gesellschaft.

Das Beispiel ist deshalb typisch für eine Vielzahl von Solidaritätsarbeitern in der Bundesrepublik, die zumeist aus diesem linksintellektuellen Milieu stammen. Von der Algerien-Solidarität bis zu den El Sal-



...werden...

vador-Gruppen von heute suchen viele häufig aufgrund ihrer Resignation angesichts der innenpolitischen Verhältnisse ihr revolutionäres Heil außerhalb des eigenen Landes.

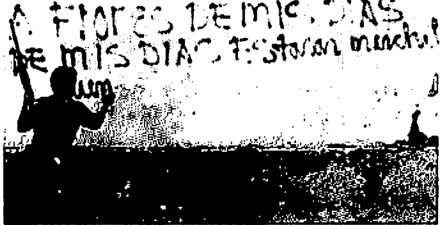
In der Dritten Welt wird nicht so sehr das Unbekannte, Fremde gesucht, sondern eher das schon Bekannte, Nahe, möglichst Europäische, vor allem aber das Einfache.

Mechthild fährt nach Lateinamerika, weil es dort europäischer ist als anderswo in der Dritten Welt, von der Religion bis zur Musik.

Das bedeutet nichts anderes, als daß dort der Kolonialismus bis heute besonders erfolgreich war. Auch die Solidaritätsbewegung sucht sich häufig Anknüpfungspunkte, die unserem Denkschema am weitesten entgegen kommen: seien es Befreiungsbewegungen, die europäische Theorien in ihren politischen Kampf übernommen haben, seien es Länder, die uns kulturell am nächsten stehen: Chilenische Melodien klingen für bundesdeutsche Ohren vertrauter als libanesische, und vertrauter erscheinen auch die politischen Prozesse in den Ländern Lateinamerikas. Ganz allgemein erscheinen politische Verhältnisse in der Dritten Welt einfacher als die gesellschaftliche Wirklichkeit hierzulande. Das liegt allerdings nicht daran, daß die Verhältnisse dort tatsächlich einfacher sind, sondern nur an dem Schwarz-Weiß-Bild, daß sich die Solidaritätsbewegung von ihnen macht. Die Philippinen sind heutzutage das Land in Asien, das die meiste Aufmerksamkeit der bundesdeutschen Dritte Welt-Bewegung erfährt. Das liegt nicht nur am bewaffneten Befreiungskampf, mit dem sich Identifikationsmöglichkeiten ergeben, sondern auch daran, daß 300 Jahre spanischer und ein halbes Jahrhundert amerikanischer Kolonialzeit die Philippinen zum einzigen katholischen Land Asiens gemacht haben, in dem die Leute zudem von der Schulzeit an Englisch lernen müssen. Kurzum, die Philippinen sind ein Land, das für die Solidaritätsarbeit einfach zu handhaben erscheint. Diese Auswahl der Solidaritätsobjekte, die europäischen Elemente in der Dritten Welt eher sucht und verstärkt, als daß sie dort eigenständige Prozesse beobachtet und fördert, ist eigennützig. Darin kann eine neue Form des Kulturimperialismus verborgen liegen.

Objekte der Solidarität sind jederzeit austauschbar.

Mechthild betreibt zunächst den — inzwischen häufig praktizierten wie kritisierten typischen Dritte Welt-Tourismus. Von Mexiko geht es nach Guatemala. Dort läßt sie sich nieder, nicht aus einem originären

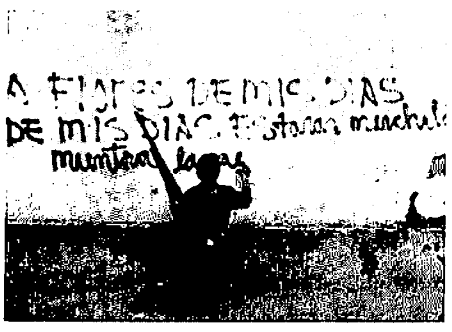


...welk sein...

Interesse an den Menschen und Verhältnissen in diesem Land, sondern weil die exotischen Eindrücke der Dritten Welt zu überwältigend sind. Sie lernt Indianerfrauen kennen und arbeitet in einem Gesundheitsprojekt. Aber als die Revolution ruft, meldet sich auch das „sozialistische Gewissen". Sie geht nach Nicaragua. Was wurde aus den Menschen, mit denen sie in Guatemala gearbeitet hat?

Zu dieser Sprunghaftigkeit der Solidarität von einem Land zum anderen, von einer Erfahrung zur spannenderen nächsten, die den eigenen Utopien eher entspricht, braucht nicht mehr viel gesagt zu werden. Davon erzählt dieses Buch:

Von der enttäuschten Erwartung in Algerien ging die Solidarität ohne genauere Prüfung über nach Vietnam. Weil dann die Chilenen der Erfüllung unseres Sozialismus-Modells näher waren, wandten sich die Interessen ihnen zu, auch wenn es dafür längst zu spät war. Ein Grund mehr, sofort nach Portugal zu greifen, um es ebenso schnell fallen zu lassen, als endlich einmal Schwarze in Angola, Mozambique oder Zimbabwe „Revolution machten". Heute stehen Südafrika und Mittelamerika hoch im Kurs, aber auch dort konzentriert sich



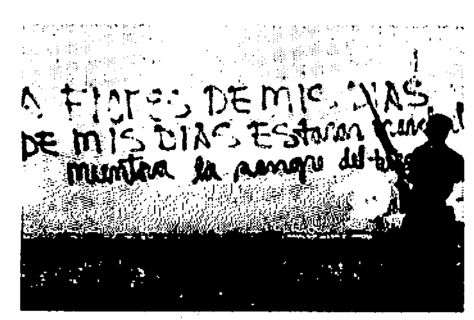
...wenn...

die Bewegung mal auf Nicaragua und mal auf El Salvador. Die Entwicklung in den anderen Ländern erschien zu schwierig, oder zu kompliziert oder zu unerfreulich. Die Menschen sind ohnehin austauschbar, das heißt: Fremde geblieben.

Revolution ist gut, aber es ist besser, wenn andere sie für uns machen.

Mechthild geht nach Nicaragua. Sie sieht die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes, hat jedoch verständlicherweise Hemmungen, bis zur letzten Konsequenz mitzumachen und ist froh, daß die Revolution auch ohne ihren konkreten Kampfeinsatz siegt.

Schon die Abkehr von der politischen Realität in der Bundesrepublik und die Hinwendung zu den revolutionären Prozessen in der Dritten Welt offenbart die Haltung, andere für uns die Revolution anderswo durchführen zu lassen. Sie erscheint überall — vor allem, solange man nicht genau hinschaut — einfacher und erfolgversprechender als ausgerechnet bei uns, wenn sie auch hier vielleicht wichtiger wäre, um selbstbestimmte Prozesse anderswo zu erleichtern. Die Vereinfachung der Verhältnisse vereinfacht zudem die



...das Blut des Tyrannen...

Identifikation. Damit ist zugleich eine wesentliche Ursache der Konjunkturanfälligkeit benannt. Eine Solidarität, die die realen Kräfteverhältnisse, Widersprüche und Probleme innerhalb einer Befreiungsbewegung nicht zur Kenntnis nimmt, kann sich — wenn all das nach der Befreiung offen zutage tritt — nur noch pikiert abwenden. Die zunächst jungfräulich scheinende Revolution hat sich hinterher noch immer als Prostituierte der Realpolitik und der Macht erwiesen.

Wer die Schwierigkeiten, einer Revolution nicht kennt, kann ihre Fehler nicht verstehen.

Mechthild erfährt bei ihrer Arbeit in Niacaragua, wie hart und schwierig die Prozesse nach der Revolution sind. Sie sieht, was es heißt, errungene Macht in konkrete Politik umzusetzen.

Die Solidaritätsgruppen können die immer wiederkehrende Enttäuschung über revolutionäre Prozesse nach einer Befreiung nur vermeiden, wenn sie sich die nachrevolutionären Bedingungen, die immer zu Problemen und Fehlern führen, genau klarmachen. Viele in der Solidaritätsbewegung haben jedoch weder die völlige Abhängigkeit des befreiten Algeriens von der Wirtschaft Frankreichs, noch die Zerstörung Vietnams und historisch gewachsene Feindschaften in Indochina, noch die Rahmenbedingungen der sandinistischen Revolution in Nicaragua zur Kenntnis genommen.

Kritische Informationen stören die Idealbilder von der Dritten Welt.

Mechthild erfährt nach ihrer Rückkehr, daß ihre Informationen über Nicaragua und über die Probleme der Sandinisten mit den Miskito-Indianern nicht gefragt sind. Sie passen nicht in das Bild von Nicaragua, das sich die Solidaritätsbewegung hier zurecht gelegt hat.

Das heißt, daß die Bewegung nicht solidarisch mit Nicaragua ist, sondern nur mit der eigenen Projektion, wie Nicaragua sein sollte. Im Extremfall ist dies eine Solidarität, die sich letztendlich auf eine Fiktion bezieht und entsprechend schnell zusammenfällt, wenn die Fiktion als solche erkannt wird. Die Geschichte der Dritte Welt-Bewegung ist voll von Beispielen dafür — von der blinden Verehrung bis zur realitätsfremden Hoffnung in die chilenische Linke nach dem Putsch.

Solidaritätsarbeit ist nicht gleich Internationalismus.

Mechthild beschreibt, wie kleinkariert manche Solidaritätsgruppen nur auf „ihr" Projekt, auf „ihr" Land, auf „ihr" Problemgebiet schauen, ganz gleich, ob es um finanzielle Unterstützung geht oder darum, wer auf einer Demonstration sprechen darf.

Der ausschließliche Bezug auf jeweils die „eigenen" Projekte in der Dritten Welt ist eher in kirchlichen Solidaritätsgruppen festzustellen. Dabei werden oft übergreifende politische Strukturen außer acht gelassen. Die Solidarität wird damit unpolitisch, provinziell auf die Scheuklappenbreite der jeweiligen Dritte Welt-Gruppe zugeschnitten.

Sie dient damit auch weniger dem eigentlichen Objekt der Solidarität als der Durchsetzung der jeweiligen Gruppeninteressen und damit der Selbstbestätigung ihrer Mitglieder hier bei uns.

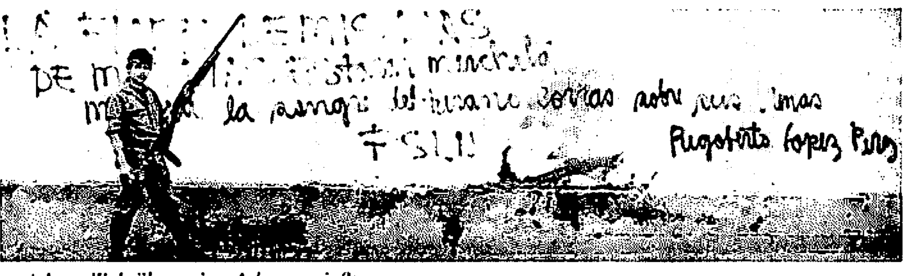
Militärische Auseinandersetzungen werden überbetont.

Anhand der El Salvador-Solidarität beschreibt Mechthild, wie wichtig für den Erhalt der Solidaritätsarbeit militärische Erfolge sind und wie sehr die militärische Komponente der Befreiung von manchen Gruppen in den Vordergrund gestellt wird.

Mechthild erzählt das Beispiel der linkskritischen Zeitung „El Pueblo", die in Nicaragua verboten wurde. Und sie erzählt, wie dies von einigen zum Anlaß genommen wurde, ihre Solidaritätsarbeit einzustellen.

In diesem Beispiel ist eine weitere wichtige Ursache für die Konjunkturanfälligkeit der Bewegung angesprochen. Viele wenden sich ab vom Objekt ihrer Solidarität, wenn die eigenen utopischen Ideale dort nicht erfüllt werden. Oder auch dann, wenn die Bedingungen, die hierzulande gestellt werden, nicht berücksichtigt werden. Diese Haltung ist vor allem in den theoretisch versierteren Kreisen der Solidaritätsszene beheimatet. Dort, wo die Rezepte für Revolutionen im eigenen Land zwar verloren gegangen sind, man aber immer noch meint, Konzepte für fremde Länder in anderen Kontinenten zu kennen.

Diese Haltung hat sich gegenüber der Befreiungsbewegung in El Salvador gezeigt, nachdem interne Konflikte dort gewaltsam ausgetragen wurden. Sie führte ebenso zur Abkehr von Nicaragua, weil die Sandinisten Schwierigkeiten hatten, akzeptable Lösungen des Miskito-Problems zu finden. Sie zeigt sich in der Südafrikasolidarität, wo eine schon lange anhaltende Auseinandersetzung darüber stattfindet, welche Befreiungsbewegung nach Meinung der Solidaritätsgruppen hierzulande die authentische ist. Zu dieser Haltung gehört auch die Einbindung der Solidaritätsobjekte in unsere ideologischen Korsetts, seien sie nun Moskau oder Peking orientiert, autonom unabhängig oder christlich orientiert. Sobald die Auseinandersetzung mit Dritte Welt-Ländern dogmatisch wird, sind einerseits Blindheit und andereseits Einmischung die Folgen.



...sich endlich über seine Adern ergießt.

Aus den Lehnstühlen der Berliner oder Westdeutschen Solidaritätszentren läßt sich leicht die Forcierung der militärischen Auseinandersetzung anderswo fordern. Die Glorifizierung der Gewalt hatte wohl ihren Höhepunkt im Vietnamkrieg, wo militärische Erfolge „wie Fußballsiege" aufgenommen wurden. Eine Folge war sowohl die blinde Übenahme lateinamerikanischer Stadtguerilla — Strategien durch die RAF als auch die angebrochene Unterstützung mancher K-Gruppen für das gewaltsame Pol Pot Regime in Kambodscha. Oft sind es jedoch die gleichen Gruppen, die einerseits der militärischen Seite des Befreiungskampfes applaudieren, sich aber andererseits sofort enttäuscht abwenden, wenn sich die damit entstandenen hierarchisch-militärischen Strukturen nicht sofort nach der Befreiung auflösen. Das war so in Algerien wie in Vietnam, in Kuba wie in Nicaragua. Und das wird auch in El Salvador und Südafrika nicht anders werden. Es wäre sinnvoll, sich frühzeitig darauf einzustellen, nicht um deshalb die Solidarität aufzukündigen, aber um sie von Illusionen über die Möglichkeiten nach den Befreiungskämpfen zu lösen.

Das Gegenteil von Idealisierung und Blindheit ist oft Einmischung und Bevormundung.

Die „Reinheit der Lehre" läßt sich eher in der Ferne erhalten als im eigenen Land.

Mechthild beschreibt die Schwierigkeiten der Solidaritätsbewegung, Bündnisse einzugehen und Kompromisse zu machen auch als eine Ursache für die Abkehr von politischen Aktivitäten in der Bundesrepublik.

Denn im eigenen Land sind die reinen Lehren schon allzuoft an den herrschenden politischen Verhältnissen zerbrochen. Sie haben sich als unbrauchbar für politische Arbeit erwiesen, die nicht auf persönliche Selbstbestätigung, sondern auf konkrete politische Veränderungen zielt. Die Verwirklichung der „reinen Lehre" wird deshalb in der Dritten Welt gesucht.

Letztlich läuft die bevorzugte Beschäftigung mit Veränderungen in der Dritten Welt darauf hinaus, den Menschen dort ihre Fehler, ihre Widersprüche, kurz ihre Menschlichkeit abzusprechen. Denn warum sollte ausgerechnet im zerbombten, entlaubten, vergifteten Dschungel von Vietnam der Sozialismus leichter aufzubauen sein, als in den wohlgepflegten Gegenden der Eifel oder des Schwarzwaldes. Warum soll der „neue Mensch" eher nach jahrelangen kriegerischen Kämpfen mit Blut und Elend und Tod aus einem salvadorischen Guerilla-Lager kommen, als aus einer Wohngemeinschaft in West-Berlin, die viel Muße und Ruhe und Geld hat, um Bücher zu lesen und über sozialistische Wege nachzudenken? Und warum sollten sich basisdemokratische, nicht hierarchische, machtfreie, konfliktarme Verhältnisse ausgerechnet in einem wirtschaftlich abhängigen, vom Krieg zerschundenen, von Invasionen bedrohten und weiter zerstörten Land wie Nicaragua auf nationaler Ebene durchsetzen, wenn sie doch schon in den Solidaritätsgruppen, nirgendwo anzutreffen sind? Dabei bestehen die doch meist nur aus einem Dutzend Menschen, die sich nur alle zwei Wochen treffen und miteinander auskommen müssen.

Aus dem biographischen Bericht lassen sich zwei einfache aber wichtige Empfehlungen ableiten:

Die Solidaritätsbewegung sollte die immer und überall vorhandenen Widersprüche und Probleme der politischen Entwicklungen in der Dritten Welt nicht verdrängen, sondern zur Kenntnis nehmen und bewußt damit umgehen, ohne von ihrer kurzfristigen Bewältigung die weitere Solidarität abhängig zu machen.

Die Bewegung sollte weiterhin Idealisierung, Projektionen und Wunschvorstellungen gegenüber anderen Ländern aufgeben und sich stattdessen um die Veränderung der politischen Verhältnisse im eigenen Land kümmern, weil damit auch der wichtigste Beitrag für positive Veränderungsmöglichkeiten in der Dritten Welt liegt.

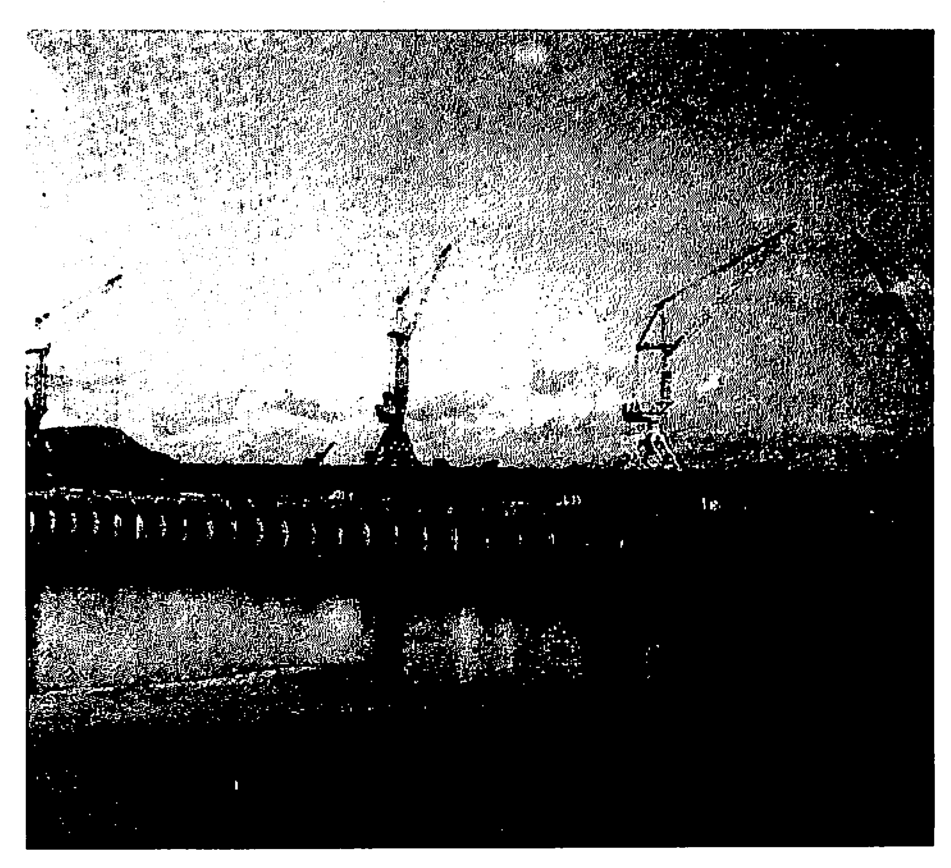
Das sind Empfehlungen, die — inhaltlich gleich aber anders formuliert — auch in den meisten theoretischen Publikationen über das Internationalismusverständnis der heutigen Dritte Welt-Bewegung gegeben werden.

Es ist möglich, daß viele Aktivisten der Dritte Welt-Bewegung längst diesen Empfehlungen entsprechen. Es ist möglich, daß sie kritisch mit den Objekten ihrer Solidarität umgehen, dabei doch Kontinuität in der Arbeit bewahren, auch über Jahre, trotz aller Enttäuschungen und Rückschläge, auch noch an der Veränderung der Bedingungen im eigenen Land arbeiten. Dennoch muß eine breite Diskussion dieser Punkte in der Dritte Welt-Bewegung beginnen. Sie könnte dazu führen, der nach wir vor starken Fluktuation der Aktivisten und der Konjunkturanfälligkeit der Solidarität insgesamt entgegenzuwirken, und damit die Bewegung stabiler und gerade im eigenen Land politisch wirksam zu machen.

Dimensionen einer Staumauer

Das Beispiel des Manantalistaudammes in Mali

Große Stauseen nehmen in der Entwicklungsplanung vieler Länder, insbesondere in Ländern der Dritten Welt, großen Stellenwert ein. Circa 100 Dämme stehen in Entwicklungsländern; bis 1990 soll sich diese Anzahl verdoppeln.[1] Bekannte Namen wie Cabora Bassa, Assuan oder weniger bekannte wie Mahaweli, Chico oder Volta stehen für die vielfältigen Erfahrungen mit diesen Projekten. Die proklamierten Zielsetzungen sind in keinem uns bekannten Fall umgesetzt worden. Mit Hilfe von Großtechnologien sollen riesige Mengen Energie gewonnen werden. Die damit erstrebte Unabhängigkeit von Energieimporten wurde bislang jedoch nur verlagert. Die nun national erzeugte Energie überlastet durch importierte Anlagen und Know how das Staatsbudget, so daß die Abhängigkeit von ausländischem Kapital und Technologien in vielen Fällen höher ist als vorher.



Aber glaubt man den Planern, so steht wie beim Mahaweli-Projekt in Sri Lanka nicht die Energiegewinnung im Vordergrund, sondern die Bewässerung von Trockengebieten und somit die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion — zum Nutzen der Bevölkerung. Die Wirklichkeit sieht dann doch anders aus: die im Gebiet ansässige Bevölkerung wird umgesiedelt — ohne entsprechende Entschädigung bis hin zur gewaltsamen Vertreibung wie beim Chico-Damm (Philippinen), beim Kariba- (Sambia) und beim Bakolori-Projekt (Nigeria). Die gewonnenen bewässerten Flächen werden hauptsächlich zur cash-crop Produktion, d.h. für den Export genutzt, um die fehlenden Devisen für den Staatshaushalt zu erwirtschaften.

Diese Liste mit wohlklingenden Zielen und nackter Realität ließe sich noch verlängern. Eine Reihe von Dritte-Welt-Gruppen hat dies für einzelne konkrete Projekte auch ausführlich getan.[2] Ein Thema wurde jedoch bisher zu wenig diskutiert: nämlich die ökologischen Auswirkungen derartiger Projekte. Der 9. BUKO unter dem Thema „Ökologie und Dritte Welt" hatte sich zum Ziel gesetzt, diesen Fragen nachzugehen. Es zeigte sich, daß solche riesigen, künstlich angestauten Wasserflächen auch ökologisch ein Fiasko darstellen. Je nach Topographie und Projekt sind Gefahren eines recht schnellen „Umkippens" des Sees, des Fischbestand-Rückgangs, einer starken Versalzung der Böden, einem enormen Anstieg der Bilharziose, der Möglichkeit der Veränderung des Mikroklimas u.s.f. als sehr hoch anzusetzen. Zahlreiche diesbezügliche Erfahrungen veranlaßten sogar das BMZ zur Erarbeitung einer Studie über die ökologischen Folgewirkungen.[3]

Insgesamt waren die Erwartungen auf dem 9. BUKO an die Thematik Ökologie hoch gesteckt; für die Soli-Bewegung wurde hier sozusagen Neuland betreten, und es sollte untersucht werden, inwieweit die bisherige Entwicklungstheorie über den Begriff Ökologie neu definiert oder ergänzt werden muß. Der Wunsch nach stärkerer Vernetzung zwischen der Ökologie-Bewegung und der Dritte-Welt-Bewegung kam darin zum Ausdruck. Im Verlauf der Bearbeitung verschiedener Staudamm-Projekte verlagerte sich die Diskussion in unserer Arbeitsgruppe recht schnell wieder zu ökonomischen, sozialen, ethnischen Kriterien bzw. deren Zusammenspiel. Ökologische Fragen lassen sich nicht ohne Berücksichtigung der genannten Kriterien behandeln. Aufgrund dieser Einschätzung entwickelte sich der Maßstab, an dem wir das Für und Wider von Großprojekten und deren Alternativen messen. Dies wollen wir hier am Beispiel des Manantali-Damms noch einmal nachzeichnen.

Rahmenbedingungen des Manantali-Staudammprojekts

Das westafrikanische Binnenland Mali gehört zu den ärmsten Ländern der Erde. Von den etwa 7 Mio. Einwohnern sind über 90% Analphabeten, das jährliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt 190 US$, die Lebenserwartung 43 Jahre.[4]

Die ehemalige französische Kolonie erreichte 1960 seine Unabhängigkeit. Im Nov. 1968 putschten die Militärs mit französischer Unterstützung gegen das sozialistisch orientierte, wirtschaftlich angeschlagene Keita-Regime.

Seitdem versuchen die Militärs unter dem bis heute amtierenden Präsidenten General Moussa Traoré ihre Macht mit einer Einheitspartei (im Volksmund „partie armée" genannt) und Wahlen (zuletzt im Juni 1985) zu legitimieren.[5]

Mali ist ein klassisches Beispiel der internationalen Arbeitsteilung. Die Exporterlö-

se des von der Dürrekatastrophe betroffenen Landes, in dem ein Großteil der Bevölkerung unter chronischer Unterernährung leidet, stammen fast ausschließlich aus dem Verkauf von Agrarprodukten: Rohbaumwolle (40%), Erdnüsse, Gemüse, Futtermittel und Vieh.[6]

Importiert werden dagegen Fertigprodukte wie Maschinen, chemische Erzeugnisse und Textilwaren(!), sowie Molkereiprodukte und Getreide im Rahmen der Lebensmittelhilfe. Die Außenhandelsbilanz Malis ist stark negativ. Der wichtigste Handelspartner ist die EG. Dort standen 1982 Ausfuhren Malis in Höhe von 64 Mio. US$ Einfuhren von 158 Mio. US$ gegenüber.[7]

800 Mio. KWh Strom für Mali

Als größte Probleme Malis gelten offiziell die isolierte Binnenlage — die natürlich auch potentiellen ausländischen Investoren den Zugang versperrt — und der Wassermangel. Was lag also näher, als das noch weitgehend ungenutzte Wasserpotential des Senegalstromes zu erschließen? Zu diesem Zweck schlossen sich die Anliegerstaaten des Senegal, Mauretanien, Senegal und Mali zur OMVS (Organisation pour la mise en valeur du Senegal) zusammen.

Folgende Ziele wurden angestrebt:

- Erzeugung von jährlich 800 Mio. KWh Strom
- Schiffbarmachung des Senegals bis Kayes durch einen garantierten Mindestabfluß von 300 m^3/s
- Bewässerung von 250.000 ha Land[8]

Verwirklicht werden sollen sie durch den Bau zweier Talsperren, des DIAMA-Damms an der Mündung, der das Eindringen von Meereswasser in den gestauten Fluß verhindern soll und des Riesenstaudamms von Manantali. Mit einer Seefläche von 500 km^2 — das entspricht in etwa dem Bodensee — und einem Stauinhalt von 11 Mrd. m^3 wird er zu den größten der Welt gehören. Mit seinen Superlativen (z. B. dem größten Kabelkran der Welt!) wird er sicherlich der Ingenieurskunst ein Denkmal — oder besser ein Mahnmal — setzen.

Ein Hauptargument für den Bau des Manantalistaudammes ist, durch die Wasserkraftnutzung das Land von Erdölimporten, die 1982 mit 20% zur gesamten Importbelastung beitrugen, unabhängiger zu machen. Durch die Inbetriebnahme des Sélinguédammes werden heute schon 88% der gesamten Stromerzeugung aus der Wasserkraft gewonnen, obwohl das Kraftwerk, das hauptsächlich die Hauptstadt Bamako versorgt, gegenwärtig nur zur Hälfte ausgelastet ist.[9] Die Strombedarfsprognosen wurden anscheinend bei weitem überschätzt.

Die Hoffnung, mit der enormen Stromkapazität Manantalis — die Stromerzeugung Malis wird sich versiebenfachen — die Energieprobleme Malis ein für alle Male lösen zu können, ist wegen der hohen Verteilungskosten trügerisch. Der kostenintensive Bau von Starkstromtrassen und der damit verbundene Energieverlust lassen den Ausbau des Verbrauchernetzes nur im Umkreis von 300 km wirtschaftlich vertretbar erscheinen.[10]

Darum ist der Manantalidamm auch nicht dafür konzipiert, bestehenden Strombedarf zu decken: in einer Planungsstudie des Wirtschaftsrates der Republik Senegal wurde davon ausgegangen, daß 2/3 der geplanten Stromerzeugung ihren Abnehmer in der Alu- und Eisenerzverhüttung finden würde.[11]

Das aber setzt weitere Folgeinvestitionen voraus. Den ausländischen Investoren scheint die Bereitstellung billiger Energie und die Möglichkeit, per Schiff die rohstoffhungrigen europäischen Märkte zu erreichen, ein lukratives Geschäft zu versprechen. Allerdings sind die Bauxitvorkommen von Baléa möglicherweise von minderer Qualität, so daß sich der Abbau gar nicht lohnen würde.[12]

Folgen für Landwirtschaft und Umwelt

Langfristig ist der Aufbau einer modernen, agroindustriellen Bewässerungslandwirtschaft vorgesehen, in der für die Kleinbauernbetriebe nur insgesamt 20.000 ha eingeplant sind; der Rest soll in Großbetrieben ab 1.000 ha bewirtschaftet werden.[13] Diese Großbetriebe zielen in erster Linie nicht mehr auf die Selbstversorgung mit den Grundnahrungsmitteln Hirse und Sorghum, sondern auf die Versorgung der Städte mit Reis, Weizen und Gerste ab: Folge veränderten Konsumverhaltens, nicht zuletzt auch durch die Nahrungsmittelhilfen aus den Industrieländern.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob es jemals soweit kommen wird. Selbst wenn das Planziel erreicht würde, 5000 ha im Jahr zu erschließen, würden 50 Jahre vergehen, bevor die gesamte vorgesehene Bewässerungsfläche von 250.000 ha nutzbar wäre. Bisherige Erfahrungen sind allerdings wenig ermutigend: für den 1982 fertiggestellten, ebenfalls mit deutscher Hilfe gebauten Sélinguédamm wurde eine Bewässerungsfläche von 56.500 ha vorausgesagt. Bis Mitte 1984 wurden gerade 180 ha bewässert.[14]

Bislang ist die traditionelle landwirtschaftliche Nutzung im Senegalbecken der Überschwemmungsfeldbau durch die sommerliche Hochwasserwelle, die die Bewässerung von 120.000 ha Land erlaubt. Für etwa 1 Mio. Menschen, die im Senegalbecken leben, ist dies die Lebensgrundlage.[15]

Durch die Flußregulierung wird es zu einschneidenden Veränderungen kommen: Zwar soll während einer Übergangszeit, in der die neuen Bewässerungsflächen erschlossen werden, über Grundablässe eine künstliche Hochwasserwelle erzeugt werden, aber wer garantiert, daß der in Trockenperioden auftretende Interessenkonflikt um das Wasser nicht auf dem Rükken der Kleinbauern ausgetragen wird, die nun mit ihrem Überschwemmungsfeldbau vom Wohlwollen der Kraftwerksbetreiber abhängig sind?

Für den Manatalistausee müssen 11.000 Menschen umgesiedelt werden. Ob und wann sie neues Land erhalten, ist ungewiß. Im Fall des Sélinguédamms verloren die Bauern ihre Anbaurechte: die Menschen wurden teilsweise erst umgesiedelt, als das Wasser stieg, bzw. es wurde ihnen Geld in die Hand gedrückt, und sie mußten ihren „Umzug" selber organisieren. Es ist zweifelhaft, ob es den Bewohnern des Gebietes von Manantali besser ergehen wird.

Noch ungeklärt ist die Frage der Holzverwertung. Im Fall des Sélinguédamms reichte die Zeit nicht mehr zur Abholzung des Waldes, der einfach überschwemmt wurde, und nun durch die Faulungsprozesse das ökologische Gleichgewicht des Sees bedroht — und das in einem Land der unter Brennstoffmangel leidenden Sahelzone!

Ein weiteres Problem ist die Versalzungsgefahr, da die Auswaschung der Bodensalze nicht mehr von allein mit dem saisonal schwankenden Wasserstand des Senegals erfolgt. Außerdem ermöglicht das Vorhandensein dauernd stehender Gewässer, besonders ganzjähriger Bewässerungsflächen, die Verbreitung bestimmter Wasserschnecken, die Überträger der Bilharziose sind. Bei dem schlecht ausgebauten Gesundheitswesen ist das nicht sehr ermutigend.

Die programmierte Finanzkrise

Gigantisch sind die Kosten des Damms: sie werden allein für den Bau der beiden Dämme Manantali und Diama auf 1 Mrd. DM bzw. 300 Mio. DM veranschlagt.[16] Die Finanzierung dieses Abschnittes erschien anfangs gesichert, da nach der positiven Wirtschaftlichkeitsprüfung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau(!) sich vor allem die arabischen Länder zu einer Übernahme der Kosten bereit erklärt hatten. Daneben sind die BRD mit 166 Mio. DM und Frankreich mit etwa 130 Mio. DM die wichtigsten Kreditgeber, während sich sogar die Weltbank mit ihren Zusagen zurückhielt, da sie in dem Projekt keinen Nutzen erkennen mochte.[17]

Das Hauptproblem ist aber, daß die beiden Staudämme ohne zusätzliche Investitionen in Landwirtschaft, Industrie, Schifffahrt und Energiewirtschaft völlig nutzlos sind. Die Schiffbarmachung des Senegals wird auf weitere 1 Mrd. DM geschätzt. Über die Finanzierung dieser Folgekosten bestehen noch keine Vorstellungen.[18]

Bei den Finanzzusagen handelt es sich in der Regel nicht um Geschenke, sondern um rückzahlbare Kredite, wenngleich mit niedrigen Zinsen und einer langen Laufzeit. Doch die Rückzahlungspflicht wird kommen und die beteiligten Staaten in Zukunft außerordentlich belasten. Mali war z. B. schon 1981 mit 0,5 Mio. US$ verschuldet. Allein die Kosten des Manantalistaudamms entsprechen den gesamten Exporteinnahmen von 2 1/2 Jahren.

Berücksichtigt man ferner die negative

Außenhandelsbilanz, die fallenden Weltmarktpreise für Rohbaumwolle, dem Hauptexportartikel Malis, und den steigenden Bedarf an Fertigwaren als Folge des Staudammprojekts, dann ist abzusehen, daß Mali bald noch tiefer in der Schuldenfalle verstrickt sein wird.

Inzwischen werden selbst die düstersten Prophezeiungen über die Zukunft des Projekts von der Wirklichkeit überholt. Bereits im März 1985 drohte der Bau am Manantalistaudamm eingestellt zu werden, da bei den deutschen Baugesellschaften Rückstände in Höhe von 60 Mio. DM aufgelaufen waren. Ursache war die Sperrung des arabischen Finanzierungsbeitrages, da Mali schon jetzt seinen anderen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte.[19]

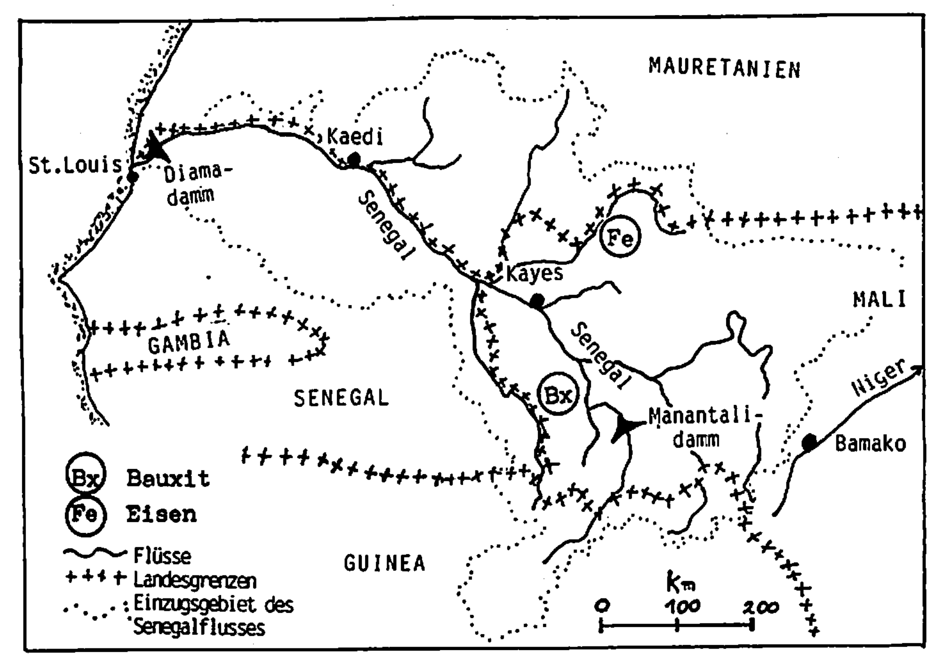
Da der bundesdeutschen Staatskasse aus den bisher gewährten Krediten und den über die Hermesbürgschaft abgesicherten, unbezahlten Rechnungen insgesamt Verluste von fast 1/4 Mrd. DM drohten, entschloss man sich, weitere 20 Mio. DM aus Bundes- und 9 Mio. DM aus EG-Mitteln zur Verfügung zu stellen[20], mit denen der Weiterbau zumindest bis Jahresende sichergestellt werden sollte. Bis zur Fertigstellung des Dammes fehlen jedoch noch mindestens vier Jahre. Ein Ende der Misere ist nicht abzusehen.

Entwicklungshilfe für bundesdeutsche Firmen?

Die wahren Gewinner werden die an der Durchführung beteiligten Firmen sein. Den Rahm schöpfen dabei die bundesdeutschen Unternehmen ab: so gingen die größten Aufträge in Höhe von 600 Mio. DM an die MAN Maschinenfabrik Augsburg/Nürnberg, die Ed. Züblin AG, Bauunternehmen Stuttgart und an Dyckerhoff & Widman AG in München.[21] Das Auftragsvolumen übersteigt also die Kreditzusagen um das dreifache![22] Die Bauleitung übernahm die Rhein-Ruhr-Consulting — insgesamt arbeiten heute 120 Deutsche an der Baustelle.[23] Im Bundeshaushalt finden sich die deutschen Darlehen jedoch nicht unter „Exportförderung", sondern im Entwicklungshilfeetat, wo sie 1981 mit Abstand den wichtigsten Einzelkredit ausmachten.[24] Dies ist möglich, da der Kredit zu IDA-Konditionen gewährt wurde (0,75 % Zinsen, 50 Jahre Laufzeit) und sich daraus ein Zuschußelement von 83,4 % ergibt.[25]

Uns ist kein umfassendes alternatives Entwicklungskonzept für das Senegalbekken bekannt; wahrscheinlich wurde dies auch nie ins Auge gefaßt. Dies ist um so bedauerlicher, als die bundesdeutsche Ent-





wicklungshilfe auch ein sinnvolles Entwicklungsprojekt in Mali mitunterstützt hat, obwohl u. E. in der Gesamtschau kleinere Projekte nur wegen ihrer Alibifunktion die Chance haben, als kreditwürdig erachtet zu werden.

Im Dogonland, östlich der Hauptstadt Bamako wurden ebenfalls mit deutscher Entwicklungshilfe etwa 10 Kleinstaudämme mit einer Höhe von 3—7 m gebaut. Man verzichtete auf den hochtechnisierten Einsatz von Baumaterialien zugunsten arbeitsintensiver Bautechniken und achtete darauf, daß die Auslässe von Hand zu bedienen sind. Die zu Beginn der Regenzeit eintreffende Hochwasserwelle, die besonders viel fruchtbaren Schlamm mitführt, soll über die Schleusen durchgelassen werden, um die natürliche Düngung der Felder zu erhalten. Das danach gespeicherte Wasser erlaubt auch noch einige Monate nach der Regenzeit eine Bewässerungswirtschaft in traditioneller Form. Die Austrocknung der Speicher gegen Ende der Trockenzeit wird sogar erwünscht; einmal, weil dann neue Anbaufläche frei wird, zum anderen, da so die Verbreitung der Bilharziose begrenzt wird.[26]

Die Entwicklungsplaner scheint das jedoch nicht zu beeindrucken. Der Rechts- und Finanzberater des Hochkommissars der OMVS[27], Dr. Hans Werner Walnits, reagierte auf den Vorwurf, mit dem Manantaliprojekt würden Milliarden verschleudert, die man anderswo, z. B. für die Trinkwasserversorgung, dringend gebraucht hätte, in einem Leserbrief mit: „Die Alternativrechnung ... ist illusorisch. Es wären überhaupt keine Mittel zur Verfügung gestellt worden. Nur für ein überzeugendes Großprojekt mit supranationaler Verwaltung und langfristig integrierender Kraft für die gesamte Region, gelang es, die enormen Gelder aus arabischen und europäischen Hilfsquellen zu mobilisieren."[28] Überzeugend sind Großprojekte für deutsche Konzerne. Finanziell abgesichert werden sie u. a. über den Entwicklungshilfeetat.

Seit 1979 fördert die BRD mindestens 18 Großstaudammprojekte (s. Kasten). Innerhalb der deutschen Entwicklungspolitik mißt die Bundesregierung dem Energiesektor eine besonders hohe Priorität zu: „Die Bundesrepublik Deutschland muß gegenwärtig rund 60% ihrer Energie importieren und ist daher besonders an freien Weltmärkten, an der Vermeidung von Versorgungskrisen sowie an Investitionsmöglichkeiten in Entwicklungsländern interessiert."[29]

Die Unterstützung von Großstaudämmen bringt der BRD vielseitige Gewinne:

— Verkauf deutscher Technologie, die in der BRD selbst nicht genutzt werden kann. So sieht der Aktionskreis Energie e. V., initiiert durch Herman Josef Abs — ehemaliger Vorstandssprecher der Deutschen Bank —, die Möglichkeit, „daß sich die Elektroversorgungsunternehmen der BRD nach dem absehbaren Auslaufen der Investitionsprogramme im Inland verstärkt in der Dritten Welt engagieren könnten."[30]
— Förderung der deutschen Industrie durch neue Absatzmärkte und damit Schaffung neuer Arbeitsplätze und Entlastung des Sozialetats der BRD.
— Subventionen für die deutsche Industrie durch Mischfinanzierung d. h. die deutsche Entwicklungshilfe fließt direkt an die deutschen Unternehmen. Der besondere Clou dieser Mischfinanzierung liegt auch in der Umgebung von Mindestzinssätzen, die durch den OECD-Konsensus zur Eindämmung von Dumping-Krediten auf dem immer enger werdenden Geldmarkt erarbeitet worden ist. Schon die Beimischung von relativ geringen Entwicklungshilfemitteln können niedrigere Zinssätze ausgehandelt werden, die zum Erhalt der Konkurrenzfähigkeit notwendig sind.[31]
— Entlastung des deutschen Energiemarktes. Die von dem Dritte Welt-Land nicht genutzten Energiekapazitäten erlauben ausländischen energieintensiven Industrien, sich unter günstigen Bedingungen anzusiedeln.
— Sanierung der deutschen Umwelt, denn gerade emissionsträchtige Industrie wird verlegt wie z. B. Alukombinate oder eine Kupferhütte in Duisburg, die aufgrund der Senkung der Höchstwerte in der „TA Luft" schließen mußte und heute mit der gleichen Produktionsanlage in Cubatão, Brasilien steht.[32]
— Minderung des politischen Drucks der Ökobewegung auf die Bundesregierung und Umweltverschmutzer, da die BRD

Großstaudämme, die ab 1979 durch das BMZ gefördert werden:

Jahr	Projektname und Land	Zuschuß (Z) oder Darlehens(D)betrag
1979	El Cajón, Honduras	13,5 Mio DM (D)
1979	Saut Nathurine, Haiti	10,1 Mio DM (D)
1979	Manantali, Mali	166,0 Mio DM (D)
1980	Mahaweli, Sri Lanka	400,0 Mio DM (D)
1980	Nyanggyat, Birma	107,0 Mio DM (D)
	1982/83 aufgestockt um weitere	29,5 Mio DM (D)
1980	Ezulwini, Swasiland	19,0 Mio DM (D)
1981	Curumuy, Peru	20,0 Mio DM (D)
1981	Poechos, Peru	20,0 Mio DM (D)
1981	Sélingué, Mali	1,0 Mio DM (D)
1982	Kompiengadamm, Burkina Faso	43,0 Mio DM (D)
1982	Marsyangdi, Nepal	186,6 Mio DM (D)
1982	Marokko[1]	23,0 Mio DM (D)
1982	Paraguay[1]	60,0 Mio DM (D)
1982	Malaysien[1]	18,5 Mio DM (D)
1983	Burundi[1]	37,0 Mio DM (D)
1983	Soubrestaudamm, Elfenbeinküste	45,0 Mio DM (D)
1984	Kiambere, Kenia	149,5 Mio DM (D)
1985	Nnagbeto, Togo, Benin	44,0 Mio DM (D)

1. ungenaue Angaben über Zahl, Ausmaße und Ort der Wasserkraftprojekte in dem Land

Quellen: Jahresbericht Entwicklungspolitik 1982—1984
Programm der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern auf dem Gebiet der Energie, Materialien Nr. 70, März 1983
Brief des BMZ vom 1. 10 85 an uns.

weniger Energie und damit weniger AKW's gebraucht werden und ein Teil der umweltbelastenden Industrien schließen, um sich in einem „günstigeren Investitions- und Produktionsklima" wieder zu eröffnen.[33]

Diese „Katastrophe" Manantali kann also nur rundherum abgelehnt werden. Dennoch sind Unsicherheit und vorsichtige Formulierungen in unseren Diskussionen über Für und Wider von Großdämmen zu finden.[34]

Hinnehmbares Minimum an Schäden?

Das BMZ gibt in seinem Forschungsbericht über „Ökologische Auswirkungen von Staudammvorhaben" eine eindeutige Antwort: Intensive ökologische Forschung und die Entwicklung „handhabbarer" Instrumentarien zur Durchführung zuverlässiger Umweltverträglichkeitsprüfungen" können die Schäden solcher Projekte auf ein „hinnehmbares Minimum" reduzieren.[35] Ein solches Instrumentarium wird in diesem Bericht in Form einer Prüfmatrix präsentiert.

In der Matrix werden die Projektkomponenten wie Wasserkraftanlage, Trinkwasserversorgung, Umsiedlung, Stauseegröße, Staudammversagen etc. mit Parametern der natürlichen Umwelt (z. B. Klima, Fischbestand, Erosion), der Zielgruppe (z. B. Industrie, Tourismus, Landwirtschaft) und des Humanbereichs (z. B. Bodenreform, Ernährungs- und Arbeitssituation) munter korreliert. Anhand der signifikanten positiven oder negativen Korrelationen kann man nun die Umweltverträglichkeit des jeweiligen Projekts auszählen.

Die „wissenschaftlich exakt" erarbeitete Prüfmatrix setzt nun völlig ungewichtet 79 Faktoren miteinander in Beziehung, so daß z. B. die Folgen eines Dammbruchs dieselben negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen wie auf die Fischereiwirtschaft haben. Kriterien haben doch nur dann Aussagekraft, wenn sie bewertet werden.

Stellen wir die einfache, aber entlarvende Frage, „wem nutzt das eigentlich?" wird die Brüchigkeit dieser Wissenschaft deutlich: die Dimensionen der Verschuldungskrise in der Dritten Welt, die steigende Armut der Bevölkerung im ländlichen Raum usw., taucht in der Prüfmatrix nicht auf.

Die Alternative: Abkehr vom bisherigen Entwicklungsweg

Was aber setzen wir dem entgegen? In der bisherigen Diskussion half man sich mit dem Kunstgriff, den Großstaudämmen kleine, traditionelle Wassernutzungsmöglichkeiten entgegenzustellen. Die jahrtausende alte Bewässerungstank-Kultur in Sri Lanka hat so einige Bekanntheit erreicht, indem sie als Alternative zum Mahaweli-Großprojekt angeführt wird. Dieser Kunstgriff ist nicht ganz ehrlich, da hier von der Zielsetzung her völlig verschiedene Projekte miteinander verglichen werden. Bei gleicher Zielsetzung — technisierter Bewässerungslandwirtschaft, Stromerzeugung für den Aufbau einer Schwerindustrie etc. — gibt es keine Alternative zu diesen Großprojekten.



Entwicklungshilfeprojekt Groß-Staudamm

Ein NEIN zu diesen Projekten impliziert die Ablehnung des zugrundeliegenden Entwicklungsweges. Unter Bedingungen,

— in denen Nahrung, Gesundheit, Bildung, Arbeit ... für die Mehrheit der Bevölkerung im Vordergrund stehen,
— in denen auf Intensität bäuerlicher Produktion, anstatt auf hochtechnisierte Agroindustrie gesetzt wird,
— in denen der Aufbau einer arbeitsintensiven verarbeitenden Industrie Vorrang hat vor der vom Ausland kontroliierten Schwerindustrie,

unter diesen und nur unter diesen Bedingungen könnte die Wasserkraft mittels kleinerer Dämme einen sinnvollen Beitrag leisten. Alternativen zu Groß-Staudämmen erfordern also Gedanken zu einem anderen Entwicklungsweg als dem zur Zeit Vorherrschenden. Eine Definition, ob ein Damm klein oder groß ist, über die technischen Daten wie Staumauerhöhe, überstaute Fläche oder gestautes Volumen, ist unsinnig. Erst die Beurteilung des historischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Kontextes läßt eine konkrete Dimensionierung zu.

Abschließend noch ein Gedanke zum Begriff der Ökologie. Intensive ökologische Forschung wie die des BMZ erweist sich als reine Alibifunktion (s. Prüfmatrix), auch wenn Ökologie neben der natürlichen Umwelt um den „Humanbereich" ergänzt wird. Natürlich gehört zu einem Großstaudamm nicht nur der See, die Flora und Fauna, sondern auch die Menschen, die damit leben (müssen). Konkretisiert man diesen „Humanbereich" jedoch nach historischen, ökonomischen, ethnischen u. a. Komponenten, befinden wir uns im Grunde wieder bei der Definition des Begriffes Entwicklung. Wollen wir den in unserer Gesellschaft mittlerweile wichtig gewordenen Begriff Ökologie nicht auf bloße Naurkreisläufe reduzieren, ist eine Neudefinition der Entwicklungstheorien über die ökologische Komponente reine Tautologie.

Sabine Drehmann
Stefan Gartiser
Franz Mayer
Andreas Uschok
aus der Arbeitsgruppe „Großtechnologie vom BUKO IX."

Fußnoten:

1. Programm der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern auf dem Gebiet der Energie, Materialien Nr. 70, März 83, S. 51
2. epk-Sonderheft Staudämme Nr. 1/1984
3. Forschungsbericht des BMZ, Band 60, Ökolgische Auswirkungen von Staudammvorhaben, 1984
4. The Courier Africa-Caribean-Pacific March/ April 1984
5. Meyer, Reinhold, Mali, aus: Handbuch der 3. Welt 1982
6. Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistik des Auslands, Mali 81
7. dito 1984
8. Reichold, W. „Der Senegalstrom"; aus: IFO, Afrika Studien 1972
9. BfAI/NfA vom 6. 12. 83 „Mali — Ausweitung der Stromerzeugung"
10. Neue Zürcher Zeitung vom 25. 2. 85
11. Reichold, W., a. a. O.
12. Forschungsbericht des BMZ; Bd. 60, a. a. O.
13. Neue Zürcher Zeitung vom 25. 2. 85
14. dito
15. dito
16. The Courier Africa-Caribean-Pacific March/ April 1984
17. The Courier Africa-Caribean-Pacific March/ April 1984, Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/1984
18. Neue Zürcher Zeitung vom 25. 2. 85
19. FAZ 23. 3. 85 „Am Staudamm Manantali wartet man auf deutsches Geld"
20. FAZ vom 1. 4. 85 „Nur Zwischenlösung für den Manatali-Damm
21. Blick durch die Wirtschaft 27. 9. 84 „Neue Staudammvorhaben..."
22. dito
23. Neue Zürcher Zeitung vom 25. 2. 85
24. Otterbein, K., Wasser für den Sahel, in: Palaver 1/83
25. Als Entwicklungshilfe werden Leistungen anerkannt, die ein Zuschußelement von mindestens 25% enthalten. Das Zuschußelement vergleicht die Zahlungsverpflichtungen, die ein Land mit einem Entwicklungshilfekredit eingeht, mit kommerziellen Krediten (zu 10% Zinsen)
26. Steingruber, R., „Bau von Bewässerungsspeichern im Dogonland Mali" in: Österreichische Wasserwirtschaft 1981, Heft 5/6
27. OMVS (= Organisation pour la mise en valeur du Senegal) ist ein Zusammenschluß von Mali, Mauretanien und Senegal zur Nutzung des Senegalflusses.
28. E + Z 8/9 83, Leserbrief
29. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Materialien Nr. 70, a.a.O. S. 7
30. Aktionsreport v. 24. 9. 85
31. vgl. E + Z 8/9 1984 S. 24ff
32. vgl. BUKO/Materialien 1985, Ökologie und Dritte Welt, S. 95
33. An dieser Stelle zeigt sich der wunde Punkt deutscher Ökogruppen, die sich nach solchen Erfolgen auf die Brust schlagen, ohne zu registrieren, daß durch ihre Aktionen bloß eine weltweite Umverteilung des Schmutzes zuungunsten der Dritte-Welt-Länder bewirken, aber keine verbesserte Umweltpolitik betrieben wird. Nur die Erweiterung des engen nationalen Blickfeldes und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen und internationalen Gruppen können solche Scheinfortschritte zu realen Verbesserungen umwandeln.
34. Könnten sie nicht doch eine sinnvolle Alternative zu anderen Energieträgern wie Öl oder Atomstrom sein, eventuell doch sinnvoll Land bewässern, ohne große ökologische Schäden?
35. Forschungsbericht des BMZ, Band 60 a.a.O.

Pestizid-Multis und Hungermärkte

Die Kritik am Einsatz von Pestiziden in der Dritten Welt ist nicht neu und hat längst die Grenzen der Fachkreise überschritten. Die WHO-Statistik von 1972, nach der in den Entwicklungsländern im Jahr 5.000 Menschen durch Pestizide getötet und insgesamt 500.000 Menschen vergiftet werden, gehört unter Interessierten zunehmend zur „Allgemeinbildung" und Gegenstatistiken wie die von OXFAM 1980/81, nach der die jährliche Zahl der Vergiftungen 375.000, die der Toten 10.000 erreicht, sind nicht mehr nur den spezialisiertesten Insidern bekannt.

Studien, die sich einzelner Regionen annehmen, erhalten einen zunehmenden Bekanntheidsgrad, wie z. B. die von David Bull,[1] wonach 1977 in Sri Lanka mehr Menschen an Pestiziden starben, als an den fünf großen tropischen Seuchen Malaria, Tetanus, Diphterie, Keuchhusten und Poliomyelitis.

Solche kritischen Studien zum Einsatz von Pestiziden bezogen sich bisher hauptsächlich auf die umwelt- und gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Anwendung dieser Agrarchemikalien.[2] Aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, daß die Chemische Industrie sich in der jüngsten Zeit zu einer umfangreichen Anzeigenkampagne nicht nur in den großen Tageszeitungen der bundesrepublikanischen Presse, sondern auch in kleinen Lokalblättchen genötigt sah (siehe Anzeige).

Wer sich die Mühe macht, der in diesen Anzeigen formulierten Aufforderung nachzukommen, bei weiterem Interesse Hintergrundinformationen zur Anzeige anzufordern, erhielt postwendend eine kostenlose Broschüre ins Haus geschickt. Wer jedoch meinte, in dieser Broschüre die bekannte Argumentation der Chemischen Industrie wiederzufinden, wurde zumindest in einem Punkt überrascht, denn es findet sich in ihr durchaus eine interessante Neuerung.

Wenngleich die Industrie in ihren bisherigen Werbebroschüren Todesfälle und gesundheitliche Schädigungen durch Pestizide nicht bestritt, aber zahlenmäßig verharmloste, so bestand bisher ihre Antwort auf Forderungen nach einer Einlösung ihrer Verantwortung für Pestizidunfälle in einem Hinweis auf ihre Aufklärungsarbeit unter den Anwendern.

Aktuelle Anzeige aus der Tagespresse:

Unsere Pflanzenschutzmittel helfen der Dritten Welt gegen den Hunger.

Bringt diese Hilfe neue Probleme?



Wie soll die Dritte Welt satt werden, wenn bis zu 40% einer Ernte Pflan
zenschädlingen zum Opfer fallen?
Ohne gezielten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wäre der Hunger
nicht in Grenzen zu halten. Es ist jedoch unbestritten, daß dem Nutzen
auch Risiken gegenüber stehen können: dann nämlich, wenn Pflanzen
schutzmittel nicht sachgerecht angewendet werden und negative Aus
wirkungen wegen fehlender Kontrollmechanismen nicht bemerkt und
abgestellt werden.
Bei sachgerechter Anwendung sind Todesfälle – entgegen anderen
Behauptungen – nicht vorgekommen.

Fortschritt durch Forschung.

Weltweit hat die Nahrungsmittelproduktion in den letzten zwanzig
Jahren um 57% zugenommen – vor allem deshalb, weil biologische,
chemische und anbautechnische Erkenntnisse angewendet werden.
Dazu gehört u.a.:
- Züchtung und Anbau von Hochertrags-Pflanzensorten
- kontrollierte und ausreichende Bewässerung
- gezielte Düngung und
- gezielter Pflanzenschutz.
Aber die Bevölkerungszahlen steigen teilweise in noch viel höherem
Maße als die Ernteerträge, so z. B. in Afrika.
Solange sich das nicht ändert, werden Hungerkatastrophen an der
Tagesordnung sein. Die extreme Trockenheit der letzten Jahre in einigen
Gebieten Afrikas beschleunigte diesen Prozeß noch.

Viele Staaten leben von Exportpflanzen.

Die Entwicklungsländer müssen durch gezielte Agrarpolitik dafür
sorgen, daß Grundnahrungsmittel soweit wie möglich im eigenen Land
produziert werden können.
Sie brauchen zu ihrer volkswirtschaftlichen Stabilisierung und Fortent
wicklung aber auch die Produktion von „Exportpflanzen" wie Kaffee,
Tee, Kakao, Kautschuk, Kokos und Bananen. Durch den Export dieser
landwirtschaftlichen Erzeugnisse verdienen sie das Kapital für die
eigene Entwicklung. Auch die genannten Exportpflanzen können ohne
Pflanzenschutzmaßnahmen nicht in der erforderlichen Menge und
Qualität erzeugt werden. Schuld daran sind Pflanzenkrankheiten und
Schädlinge.
Schadinsekten haben in den Ländern der Dritten Welt eine viel größere
Bedeutung als bei uns: Müssen in der Bundesrepublik Deutschland z. B.
lediglich etwa 5% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche
mit Insektiziden behandelt werden, sind es dort 65–75%.

Ohne den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln
ten auch während Lagerung und Transport gefährdet.

Wir tragen hohe Verantwortun

Die chemische Industrie exportiert Pflanzenschutzmi
ster Art in die Länder der Dritten Welt. Die Mengen sin
aus geringer, als vielfach vermutet wird. Nach der
weniger als 10% der bei uns hergestellten Pflanz
Entwicklungsländer exportiert – wenn man die Sch
Brasilien einbezieht, 20–25%. Die exportierten S
ebenso sorgfältig geprüft wie die für den eigenen
Um in jedem Fall die sachgerechte Anwendung uns
mittel zu gewährleisten, schicken wir seit langem s
liche Berater in die Abnehmerländer.

Exportverbote für Pflanzenschutzmittel?

Der chemischen Industrie wird oft vorgeworfen
zenschutzmittel in die Dritte Welt, die in
Deutschland verboten sind.
Das entspricht nicht den Tatsachen: vielmehr
mittel, die bei uns verboten sind, hier auch
exportiert. Die Dritte Welt – z. B. Indien – prod
und HCH für den eigenen Bedarf. Die strenge
gen, können sich Länder der Dritten Welt ge
nicht leisten. Für sie wiegt angesichts vo
Menschen der Nutzen dieser Substanz – die
akzeptablen Kosten – höher als das Risiko m
Einige Pflanzenschutzmittel, die wir in die D
Substanzen, die speziell für die dortigen Kul
wolle und tropische Früchte entwickelt w
Mittel nicht, daher werden sie hier auch ni
Sie sind jedoch ebenso sorgfältig auf m
worden wie die in der Bundesrepublik De
zenschutzmittel.
Die chemische Industrie ist ständig bemüh
der in der Dritten Welt so zu verbessern, d
dung und oft auch Analphabetismus
Umwelt minimiert werden. Darüber hi
für optimal wirksame, für Mensch und U
schutzmittel weiter.

Die Initiative „Geschützter leben" informiert Sie über

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Wenn Sie gern mehr zum Thema „Export von Pflanzenschutzmitteln" wissen möchten,
schreiben Sie uns. Wir halten kostenloses Informationsmaterial für Sie bereit.
Initiative „Geschützter leben", Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main

Granulate — Die Lösung des Problems?

In dieser neuen Broschüre geht die Chemische Industrie jedoch einen Schritt weiter. Sie beläßt es nicht mehr (wie z. B. in der farbigen Hochglanzbroschüre von 1983 „IPS-FORUM 5") bei dem Hinweis auf ihren Einsatz für eine „bessere Aufklärung der Anwender", sondern bietet als eine Lösung zur Reduzierung von Unfällen (hier in schwarz/weiß gehalten) Mittel an, mit deren Hilfe eine gefahrlosere Ausbringung der Pestizide möglich ist. Es heißt dort: „Die Chemie-Unternehmen haben für die Anwendung in Entwicklungsländern spezielle niedrigprozentige Formulierungen entwickelt. So werden beispielsweise in den südostasiatischen Reisanbauländern sehr häufig Granulate (körnige Präparate) eingesetzt. Sie enthalten den Wirkstoff in niedrigprozentiger Dosierung und verringern so das Risiko von Vergiftungen". Dann heißt es weiter: „Die Kleinbauern können diese Granulate aufgrund ihrer Ungefährlichkeit von Hand in die Blattachse geben und die Maispflanze somit ganz gezielt vor Befall schützen."[3]

Auf den ersten Blick erweckt dieses „neue" Angebot in der Produktpalette der Chemischen Industrie den Eindruck, als könnten die Kritiker/innen zumindest einen kleinen Erfolg hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen der Pestizidanwendung verbuchen.

Dagegen steht jedoch:

- Granulate sind keine neue Erfindung.
- Nur wenige Wirkstoffe werden in Granulatform angeboten. Die Bayer-AG z. B. bietet unter den Insektiziden für die Dritte Welt von insgesamt zwanzig Mitteln vier als Granulate an. Von diesen Mitteln haben drei systemische Wirkung[4] und werden von den Pflanzen über die Wurzel aufgenommen. Eines dieser Mittel ist ein Kontakt- und Fraßgift gegen Bodenschädlinge. Alle diese Mittel müssen also ins Erdreich gelangen. Bei den Granulaten scheint es sich hier also mehr um technische Vorteile zu handeln, denn die Ausbringung z. B. mit Sprühflugzeugen bzw. -geräten hätte den Nachteil, daß ein großer Teil der Mittel nicht an die Wurzeln bzw. ins Erdreich gelangt, sondern über Abdrift „entfleucht" oder auf den Blättern der Pflanze verbleibt.
- Auch Granulate können von hoher Gefährlichkeit für die Anwender sein, wie aus den Vorsichtsmaßnahmen des Pestizides „Temik 5G" der Firma Celamerk mit nur 5 % des Wirkstoffes Aldicarb zu entnehmen ist.

Ein erneuter Blick auf den Titel der Broschüre („Unsere Pflanzenschutzmittel helfen der Dritten Welt gegen den Hunger") gibt zu zusätzlichen Zweifeln Anlaß, denn schließlich geht es in dieser Broschüre um die Beseitigung des Hungertodes und nicht um die Vermeidung des Pestizidtodes.

Es stellt sich also die Frage, welchen Stellenwert dieser Propagandavorstoß der Werbeabteilungen unserer Chemischen Industrie im Bereich des Anwenderschutzes im Rahmen der gesamten Konzernstrategie einnimmt.

Die Vermeidung des Hungers ist bekanntlich in erster Linie nicht — wie die Industrie immer wieder suggerieren will — eine Frage des Einsatzes von Pestiziden, sondern eine Frage der verfügbaren Kaufkraft. Dem stimmt durchaus auch die Chemische Industrie zu. Die Theorie, von deren Anwendung eine Stärkung der Kaufkraft der Hungernden erwartet wird, ist der auch von Politikern gern vertretene Wachstumsansatz: der zunehmende Reichtum der Eliten in der Dritten Welt soll nach diesem Modell allmählich auf die Armen heruntertröpfeln. Werfen wir jedoch einen genaueren Blick auf die Hintergründe dieser Wohlfahrtstheorie der sukzessiven Verteilung von Profiten, so ist Skepsis angebracht.

Temik® 5G
Gypsum

VORSICHTSMASSNAHMEN

• • •

Beim Ab- und Umfüllen des Pflanzenbehandlungsmittels sind Schutzkleidung, Schutzhandschuhe sowie Schutzmaske mit Feinstaubfilter zu tragen.

Beim Ausbringen des Pflanzenbehandlungsmittels sind Schutzkleidung entsprechend Schutzkleidung 2 gemäss Merkblatt 18/Teil 1 sowie Schutzhandschuhe, Schutzbrille/Gesichtsschutz und wirksames Atemgerät zu tragen.

Nach der Ausbringung auf den Pflanzen liegengebliebenes Granulat sorgfältig abschütteln und/oder abregnen. Verschüttetes Granulat sofort zusammenkehren und vernichten.

Mit Pflanzenbehandlungsmitteln verschmutzte Arbeitskleidung sofort wechseln.

Alle benutzten Kleidungsstücke, Geräte und Gefässe sind mit Sodalösung und viel Wasser zu reinigen.

Ein gründliches Waschen des ganzen Körpers nach Abschluss der Arbeit ist unbedingt erforderlich.

Jedes Berühren unbedeckter Körperteile mit verunreinigten Händen ist zu vermeiden.

Das Mittel reizt Augen und Atemwege. Eine ernste Vergiftungsgefahr besteht beim Verschlucken des Mittels, bei Hautkontakt und beim Einatmen von Staub.

Bei Kontakt mit den Augen sofort mit Wasser reichlich spülen.

Staub nicht einatmen.

Bei der Arbeit nicht essen, trinken oder rauchen.

Bei der Arbeit in geschlossenen Räumen ist für gute Lüftung zu sorgen oder Atemschutz gemäss Merkblatt 18 Teil 1 zu tragen.

Gewächshäuser sind während der Arbeit mit einem Warnhinweis zu kennzeichen und vor dem erneuten Betreten gut zu belüften.

Das Mittel darf nur durch geschultes Personal angewendet werden.

No cash, no crops

Dreiviertel aller in der Dritten Welt eingesetzten Pestizide werden nach Schätzungen aus den siebziger Jahren in Exportkulturen eingesetzt. Schnittblumen, Baumwolle, Futtermittel, Kaffee, Tee, Tabak, Bananen, Ananas... die Palette der Exportprodukte aus der Dritten Welt ist ebenso reichhaltig wie die der Handelsnamen der Mittel, die bei ihrem Anbau versprüht werden.

Die Anwendung von Pestiziden in Selbstversorgungskulturen in den Entwicklungsländern ist zur Zeit noch relativ unbedeutend — jedoch hat die chemische Industrie diese Marktlücke erkannt und unternimmt Anstrengungen, sie auszufüllen. Zum Teil im Zusammenspiel mit nationalen wie internationalen Kreditgebern bietet sie Paketsysteme an, die aus aufeinander abgestimmten Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden bestehen.

So gesehen dienen die in der Dritten Welt eingesetzten Pestizide hauptsächlich dazu, unsere Märkte mit Genußmitteln, Obst, Gemüse, Blumen und Fasern zu versorgen und über die eingeführten Futtermittel unsere Milchseen und Fleischberge anwachsen zu lassen.

Die Notwendigkeit zur Exportorientierung verficht die Chemische Industrie mit folgender Begründung: die Entwicklungsländer benötigen zu ihrer volkswirtschaftlichen Stabilisierung die Produktion von Exportpflanzen (cash crops), und diese Produktion ginge unter subtropischen Bedingungen nun mal nicht effektiv ohne chemischen Pflanzenschutz. Und für die

Cash Crops gäbe es dann ja Cash, sprich Geld, und davon könnten diese Länder wiederum Grundnahrungsmittel einkaufen.

Ein Beispiel aus dem Sudan verdeutlicht, für wen diese Rechnung aufgeht: zwischen 1973 und 1981 versiebenfachten sich die Hektarkosten für die Sprühungen beim Baumwollanbau, während im gleichen Zeitraum die Hektarerträge bedingt durch das Unwirksamwerden der Mittel (die Schädlinge waren resistent geworden) um ein Viertel zurückgingen. Gleichzeitig fielen die Weltmarktpreise für Baumwolle.[5]

Der Inder Datta kommt grundsätzlich zu dem Schluß: „Die Rohstoffpreise befinden sich heute auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren — dagegen sind notwendige Industrieerzeugnisse wie zum Beispiel Pflanzenschutzmittel in dieser Zeit um 700 Prozent teurer geworden."[6]

Die Menschen in der Dritten Welt macht also der Pestizideinsatz weder direkt noch indirekt über die Produktion von Exportpflanzen satt. Das Gegenteil ist der Fall. Der Pestizideinsatz frißt wie andere importierte Agrarinputs in immer stärkeren Maße die Devisen aus den Exporterlösen und verstärkt somit den Zwang, weiter exportieren zu müssen.

Wer wird durch Pestizide satt?

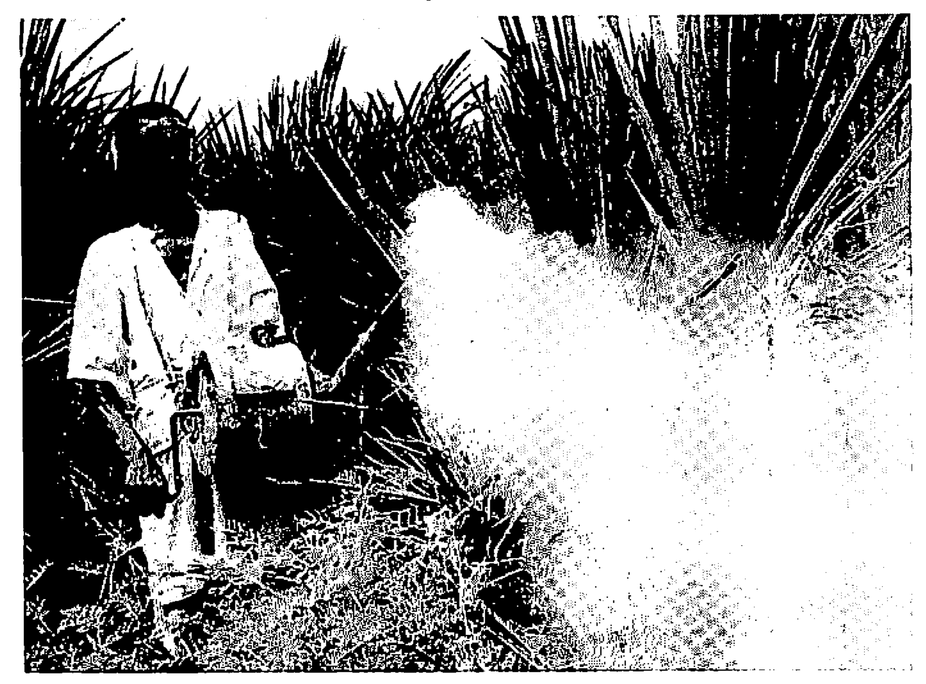
Schauen wir auf die andere Seite, auf die Seite der Pestizidproduzenten auf der Nordhalbkugel. Wer seit mehr als einem Jahr aufmerksam die Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen verfolgte, dem sind die Meldungen über Rekordumsätze und -gewinne der chemischen Industrie bekannt. Mit zu den gewinnbringendsten Sparten gehört der Bereich Landwirtschaft/Pflanzenschutz. Hier treibt wie in den anderen Sparten auch vor allem das Exportgeschäft Umsatz und Gewinne in die Höhe. Einige Zahlen für die Bundesrepublik: 1984 wurden 167.000 t Pestizidwirkstoffe produziert, exportiert wurden 159.000 t. Die Exportumsätze konnten im Vergleich zu 1983 um 24 % gesteigert werden und betrugen 1984 3,39 Mrd. DM. Hauptabnehmer bundesrepublikanischer Pestizide sind die westeuropäischen Nationen, dorthin gehen rund 1/3 aller exportierten Pestizide. 10 % des Exportes, so die Angaben der Industrie, erreichen die Entwicklungsländer, weitere 10—15 % gehen in die sogenannten Schwellenländer wie Brasilien und Indien. Der Wert dieses 25 %-Anteils der Dritten Welt am BRD-Export liegt bei ungefähr einer knappen Milliarde DM.

Für den Weltmarkt sehen die Zahlen wie folgt aus: geschätzter Pestizidumsatz 1984 34,5 Mrd. DM, Anteil der BRD daran ca. 25 % gleich 8,6 Mrd. DM.[7] Zwei Drittel des weltweiten Pestizidexports werden allein von fünf Ländern getätigt: nach der BRD sind dies die USA, Großbritannien, Frankreich und die Schweiz. Unter den 12 größten Agrarchemieunternehmen befinden sich auch die vier Größten aus der BRD: Weltmarktführer Bayer, Hoechst (an 7. Stelle), BASF (an 8. Position) und Schering (auf Rang 11).[8] Diese Zahlen verdeutlichen, wen Pestzide satt machen.

Trotzdem: Der Pestizidexport beträgt nur ca. 3 %[8a] des gesamten Chemiekalienexportes der Bundesrepublik (wertmäßige Angabe für 1980), der Chemiekalienexport macht nur ca. 14 % des gesamten Exports der Bundesrepublik aus. Gemessen an der gesamten Ausfuhr ist also der Pestizidexport recht gering. Dennoch entfaltet die chemische Industrie zahlreiche und umfangreiche Aktivitäten, diesen Export in die Dritte Welt zu legitimieren. Da das vorgegebene Ziel, den Hunger in der Dritten Welt zu beseitigen, weder beabsichtigt ist, noch erreicht wird, müssen andere Gründe für diesen propagandistischen Aufwand herangezogen werden. Diese Gründe könnten sein:

Imagepflege

Chemiefirmen sind Wirtschaftsunternehmen und keine Wohlfahrtsorganisationen. An erster Stelle des Interesses von Firmen wie Bayer, Hoechst, BASF, Schering und anderen steht nicht das Welternährungsproblem, sondern — und das ist unter kapitalistischen Bedingungen auch kein Wunder — der Profit.



Nun rücken die Chemiefirmen aber aufgrund der Gefährlichkeit einiger ihrer Produkte häufig in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion (erinnert sei hier nur an die Diskussion über Asbest, Dioxine und Fomaldehyd). Ein gönnerhaftes „Wir-lösen-die-Hungerprobleme-der-Dritten-Welt"-Image, neuerdings verbunden mit einem partiellen Eingehen auf die verbreitete Kritik,[9] soll die Profite der ganzen Branchen legitimieren und die Probleme mit bestimmten Produkten entschuldigen.

Ablenkungseffekt

Die Diskussion über den Hunger in der Dritten Welt hat in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit eine große Rolle gespielt. Aus dieser Diskussion versucht die Chemische Industrie ihren Nutzen zu ziehen, indem sie sich als Retter und Wohltäter präsentiert. Mit dieser „Rettungstat" verbundene Folgen wie die schleichende Vergiftung von Mensch und Natur erscheinen dann als leider nicht vermeidbares oder unbedeutendes Übel. „Ein Restrisiko bleibt" heißt es dann im O-Ton der Industrie.

Markteinbindung...

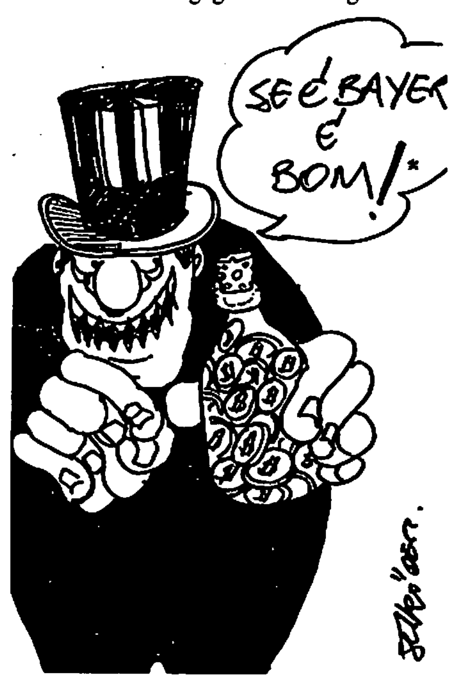
Die führenden Pestizidhersteller sind transnationale Unternehmen mit einer breiten Produktpalette (Saatgut, Düngemittel, Pestizide, Pharmaka, Fasern, Petrochmie, Farben, Folien etc.). Die Grundvoraussetzung für ein langfristiges Bestehen dieser Firmen ist eine gesellschaftliche Wirtschaftsform, die für Innovationen der Chemischen Industrie offen ist, sich also als Absatzmarkt nutzen läßt. Dieser Nutzen läßt sich nur aus solchen Ländern ziehen, die Bereitschaft zu einer (nicht nur) agrarindustriellen Produktion zeigen. Die industrielle Produktion von Gütern kann sich mit nationalen Märkten nicht zufrieden geben, da nur der internationale Markt wesentliche Zuwachsraten erwarten läßt. Die Markteinbindung vom Ländern der Dritten Welt in den internationalen Markt ist somit von rudimentärem Interesse für die Chemieproduzenten.

...und Abhängigkeit

Hinsichtlich dieses nationalen und internationalen Marktes muß die Chemische Großindustrie darauf bedacht sein, einen „guten Ruf" zu wahren. Der Werbeslogan von Bayer z. B., „Wenn es Bayer ist, dann ist es gut", ist ein zentraler Schlüssel zum Absatz von Produkten. Ein über einzelne Produkte mit Hilfe massiver Werbekampagnen installierter, positiv besetzter Markenname wirkt sich dann auch auf andere

neue Produkte mit demselben Markenzeichen aus.

Dieser Mechanismus ist jedoch auch umkehrbar. Wird der Ruf der Branche durch einzelne Produkte bzw. Produktionsbereiche wie z. B. die viel kritisierten Pestizide geschädigt, kann sich das auf die Absatzchancen anderer Produkte auswirken. Deshalb ist die Industrie gezwungen, Kritik aufzugreifen, z. B. durch kleine Zugeständnisse oder durch Hilfsargumente wie „Unsere Pflanzenschutzmittel helfen der Dritten Welt gegen den Hunger".



* „Wenn es Bayer ist, dann ist es gut"
Aus: Informativo Sindical (Comissão Sindical do Alto Uruguai), Ano I, Nr. 5, Mai 1984, S. 12

Wachsende Märkte in der Dritten Welt

„Die Zukunft der Agrarchemie ist eng verknüpft mit dem wachsenden Nahrungsbedarf der Weltbevölkerung", so Prof. Büchel vom Bayer-Vorstand.[10] In der jüngsten Broschüre der Chemischen Industrie heißt es zu diesem Problem: „Die Zuwachsraten in den einzelnen Regionen der Welt sind recht unterschiedlich. Während die Bevölkerung in entwickelten Ländern innerhalb der letzten 20 Jahre um 19,1 Prozent angestiegen ist, hat sie in den Entwicklungsländern in diesem Zeitraum um weit mehr als die Hälfte zugenommen: 58,8 Prozent. Der Trend dauert an..."[11] Die Zukunft der Agrarchemie liegt also aus der Sicht der Industrie weniger in den Überschußgebieten der industrialisierten Welt, wo gestiegenes Umweltbewußtsein, Konkurrenz, Marktsättigung u. a. zu einer Stagnation der Märkte geführt haben. „Eine Expansion in die Dritte Welt muß daher zum Überleben der Firmen (gemeint ist die Agrochemie – d. V.) stattfinden" behauptet der entwicklungspolitische Journalist Al Imfeld.[12] Im Interesse der Chemischen Industrie bieten die Hungernden in der Dritten Welt nicht nur die Legitimation zu profitablen Geschäften, sondern auch langfristig wachsende Märkte. Von dem Wohlstand, den die chemische Industrie ihnen durch den Verkauf von Pestiziden über eine Produktionssteigerung in der Landwirtschaft bringen will, kommt bei ihnen nichts an: die aufgeführte Profitrate der Chemischen Industrie scheint angesichts der Lage der Menschen in der Dritten Welt durchaus nicht im Sinne der Wachstumstheorie niederzurieseln. Vielmehr scheint es so – um bei diesem Bild zu bleiben – als ob sie in den Chefetagen verdunstet.

Die Lösung des Problems liegt deshalb sicherlich nicht in einem vermehrten Einsatz von Pestiziden oder in einer globalen Anhebung der landwirtschaftlichen Produktion, denn es ist bekannt, daß die Weltproduktion an Nahrungsmitteln ausreicht, alle Menschen auf der Welt zu ernähren. Vielmehr geht es um die Beeinflussung der bestehenden Verteilungsstrukturen. Das dabei die bisherigen Nutznießer Schaden nehmen müssen, ist ebenso unvermeidlich, wie die Versuche der Industrie, den Schaden z. B. durch vermeintliche oder tatsächliche Zugeständnisse bzw. Fortschritte beim Anwenderschutz abzuwenden.

Carina Weber, Jürgen Knirsch

Kolumbien, der Papst und das Gift

Anläßlich des bevorstehenden Besuchs von Papst Johannes Paul II. ist in Kolumbien eine staatliche Kampagne zur Kontrolle von Epidemien eingeleitet worden. Betroffen davon sind zehn Städte und Gemeinden, die das Oberhaupt der katholischen Kirche vom 1. bis 7. 1986 besuchen wird.
Rodolfo Gómez, Direktor des staatlichen „Dienstes zur Ausrottung der Malaria" (SEM) sagte gegenüber dem Radiosender CARACOL, das Teams seiner Behörde bereits damit begonnen hätten, in Bogotá, Medellin, Cali, Bucaramanga, Barranquilla, Cartagena sowie in den übrigen Städten, in die der Papst kommen werde, DDT zu sprühen.
So lautet eine Nachricht des kolumbianischen Senders CARACOL am 14. Februar, 12.19 Ortszeit.

Anmerkungen:

1. David Bull, A Growing Problem: Pesticides and the Third World Poor, Oxford 1982
2. Siehe dazu auch die bereits zum Thema in den blättern des iz3w veröffentlichten Artikel, z. B. in Nr. 93, Nr. 104, Nr. 111, Nr. 120 und Nr. 121.
3. Initiative „Geschützter Leben", Unsere Pflanzenschutzmittel helfen der Dritten Welt gegen den Hunger, Karlstr. 21, Frankfurt/Main, 1986, S. 11.
4. Das Mittel wird in die Leitbahnen der Pflanzen befördert und wirkt in der Pflanze.
5. Das Zahlenbeispiel aus dem Sudan ist entnommen aus: John Madelay, The Pest of Pesticides, in: MAZINGIRA May 1984.
6. Siehe Asit Datta, Welthandel und Welthunger, München 1984.
7. Zahlen nach: ERNÄHRUNGSDIENST vom 14.5.1985.
8. Rangpositionen nach ERNÄHRUNGSDIENT vom 4.4.1985.

8a. Trotz des prozentual geringen Anteils des Pestizidexportes am gesamten Chemieexport der Bundesrepublik kommt dieser Produktionssparte eine größere Bedeutung zu, als es rein zahlenmäßig erscheint, da dieser Produktionsbereich zu Endprodukten führt, die sich mit hohen Gewinnen verkaufen lassen. Aufgrund der Verbundproduktion können einzelne Produktionssparten nicht losgelöst von anderen chemischen Produktionsbereichen betrachtet werden, denn aus gemeinsamen Ausgangsstoffen werden ganz unterschiedliche Endprodukte hergestellt. „Abfälle" aus dem einen Produktionsbereich können als Grundstoffe für andere eingesetzt werden.

9. Siehe das 1985 neu gestartete Anzeigenkonzept des Verbandes der Chemischen Industrie (problemorientierte schwarz/weiß-Anzeigen anstelle von farbigen Heile-Welt-Anzeigen).
10. Karl-Heinz Büchel, Der Beitrag der Chemie zur Sicherung der Ernährung, in: LEBENSMITTEL-CHEM., GERICHTL. CHEMIE 37, 1983, 1–11.
11. Vgl. Anm. (3), S. 2.
12. Siehe epd-Entwicklungspolitik 22/23, 1981.



Philippinen

„Die Revolution ist ein unreifes Kind"

Interview mit einem engagierten philippinischen Theologen

Im vergangenen April besuchte zum ersten Mal eine Delegation der GRÜNEN die Philippinen. Während ihrer dreiwöchigen Informationsreise hatten sie die Gelegenheit, ein Gespräch mit Ed de la Torre zu führen, einem engagierten philippinischen Theologen und international bekanntem politischen Gefangenen unter der Marcos-Diktatur.

Im folgenden drucken wir dieses Gespräch in Auszügen ab.

Wie schätzen Sie die aktuelle politische Situation auf den Philippinen nach dem Sturz Marcos' ein? War es tatsächlich eine „Revolution"?

Mir war klar, daß bei meiner Entlassung Mikrofone fragen werden: „Wie fühlen Sie sich? Wie war es im Gefängnis? Was denken Sie über die neue Situation? Nun gut, dieses Frage- und Antwortspiel mußte ich für die Medien insgesamt viermal wiederholen. Aber wenn du gerade entlassen wirst, hast du eine relativ hohe Toleranz den Medien gegenüber, weil du sie solange entbehren mußtest.

Wie fühle ich mich? Es ist eine „Revolution" für einen politischen Gefangenen, plötzlich entlassen zu werden und das völlig unerwartet. Aber ich bin ein nationaler Demokrat. Deshalb heißt Befreiung für mich auch, frei sein von halbfeudalen, kapitalistischen und imperialistischen Strukturen. In dieser Beziehung war es keine Revolution.

Diese Revolution ist ein unreifes Baby, es kam früher als erwartet, und es ist kleiner als wir wollten. Aber wir sollten es behüten und ihm unsere ganze Aufmerksamkeit schenken. Einige Berater Aquinos — Jesuiten — behaupten, es sei ein ganz und gar gesundes Baby. Aber ich bleibe dabei: Auch wenn das Baby unreif ist, heißt es noch lange nicht, daß ich es weniger liebe. Nur ist mir klar, daß es besondere Aufmerksamkeit und Pflege braucht. Aber ich erzählte den Jesuiten auch, daß das Baby ein sehr komisches ist: Ein hübscher Kopf — Cory Aquino hat gute Ideen. Ins rechte Ohr flüstern die Jesuiten, und das linke Ohr hört die Schreie des Volkes. Caspar Weinberger gehört zur rechten „Hemisphäre", einige der Berater Aquinos eher zur linken. Aber das Baby hat auch einen Körper — people's power! Das ist kein organisierter Körper. Es gibt bisher keine festen, sektoralen Organisationen. Deshalb sage ich, laßt uns diesen Körper organisieren und zu dem machen, was Cory die „beratenden Komitees" nennt. Die Führer dieser Komitees sind die Repräsentanten der Massenorganisationen. Ja, dann sähe das Baby schon weitaus besser aus. Außerdem bin ich besorgt, daß das Baby einen besonders starken rechten Arm hat. In der Tat halte ich diesen Arm für ein Transplantat des alten Körpers, und er ist das einzig gut organisierte Organ im philippinischen Staat. Das Baby hat keinen linken Arm, und weil die Linke so lange Jahre illegal arbeiten mußte, erzähle ich jetzt den Leuten, daß wir dem Baby einen linken Arm geben müssen. Aber die Leute sind besorgt, daß der rechte Arm den linken abschneiden wird, und dasselbe gilt für den Kopf, wenn dieser dem rechten Arm irgendetwas verbieten will. Außerdem machen wir uns sehr über den „Onkel" aus Übersee große Sorgen. Er sagt, das Baby brauche jede Menge Hilfe: 1 Milliarde Dollar für einen kleinen Marshallplan, 100 Mio. Dollar für Militärhilfe zu Bedingungen, die der Onkel diktiert, und die nichts anderes als die Forderung beinhalten, daß der linke Arm nicht wachsen, der Körper nicht organisiert werden darf, dafür aber die Rechte gestärkt werden soll. So sehe ich derzeit die Situation.

Sie sagten zu Beginn, daß people's power eine unorganisierte Masse sei. Wie stellen sie sich die Organisierung und Politisierung dieser Massen vor? Welche Haupthindernisse sehen Sie dabei?

Nun, man braucht immer anderthalb bis zwei Jahre bis man Leute organisiert hat, egal ob es sich um Slumorganisationen oder um Organisationen der Mitteklasse handelt. Anfangs lassen sich meist ganz gute und spektakuläre Aktionen durchführen, aber dann wird es schwieriger, die Leute bei der Stange zu halten, um so einen gewissen Grad der Institutionalisierung zu erreichen. Denn nur auf diese Weise können die jeweiligen Organisationen konsolidiert werden, daß sie nach ein bis zwei Jahren beispielsweise einen Führungswechsel übersehen können.

Also, was ist das Gebot der Stunde? Wir müssen soviele Organisierer und Führungspersönlichkeiten wie möglich finden und alle erdenklichen Ressourcen für unsere Arbeit nutzen. Gerade jetzt ist die Situation dafür sehr günstig. Von den 2—3 Mio. Menschen, die in Manila auf den Straßen waren, waren weniger als 20 % organisiert. Deshalb starten wir jetzt Trainingsprogramme, besonders um die städtischen Armen und Arbeiter und die Landbevölkerung zu organisieren. Aber wir wissen, daß jede politische Organisation oder Bewegung Zeit braucht, besonders wenn es darum geht, hochkomplizierte politische Fragestellungen zu erörtern.

Bisher haben wir hauptsächlich von Ihren Vorstellungen gehört, wie die außerparlamentarische Linke organisiert und gestärkt werden soll. Wie steht es jedoch um Ihre Pläne, eine neue Linkspartei zu gründen, die bei Neuwahlen bereits eine wichtige Stellung innerhalb einer zukünftigen Regierungskoalition innehaben soll?

Ich denke, daß es für die parlamentarische Politik wichtig ist, zu wissen, wo politisch die Mitteklasse steht und sich artikuliert. Hier wollen die Nationalen Demokraten besonders aktiv werden. Bereits zu Beginn der 80er Jahre gab es innerhalb der philippinischen Linken viele theoretische Debatten über die Funktion der philippinischen Mittelklasse: Wie groß ist sie im Verhältnis zum Grad der kapitalistischen Entwicklung, zum Grad der Urbanisierung? In welcher parlamentarischen Tradition steht die Mittelklasse? Wir müssen diesen Fragen intensiver nachgehen, weil sie auch von Bedeutung für die Klassenzusammensetzung innerhalb des philippinischen Militärs ist. Ich denke, daß die liberal-demokratische Tendenz in der philippinischen Gesellschaft vorherrschend ist. Das heißt aber nicht, daß die Mehrheit gleichzeitig für radikale-nationale Forderungen einträte, wie etwa für die Abschaffung der Basen oder die Zurückdrängung der multinationalen Konzerne.

Das tatsächliche momentane Kräfteverhältnis sieht sowieso anders aus, denn die konservativen und faschistischen Kräfte sind nach wie vor sehr stark. Die ehemalige bürgerlich-konservative Opposition, die heute die Regierung stellt, hatte zwar eine Menge Unterstützung durch das Volk, hatte aber relativ kleine Parteiorganisationen, sie hatte vorher keine Waffen und wenig Geld. Marcos Anhänger dagegen haben heute immer noch gut funktionierende Organisationen, sehr viel Geld und viele Waffen. Noch vor einem Monat hatten die loyalisierten Truppen

mehr als 40.000 Mann hinter sich. Die Schlüsselfrage für eine demokratische Zukunft in den Philippinen ist das Militär, und gerade hier befindet sich Aquino in ihrer schwächsten Position. Man kann heute noch nicht einschätzen, ob es sich bei den „wiedergeborenen" Demokraten im Militär um wirkliche Demokraten oder um Kryptofaschisten handelt. Deshalb müssen wir bei der Organisierung der Menschen auch weiterhin bis zu einem bestimmten Grad klandestin arbeiten. Die Frage bleibt, ob man der zivilen Bürokratie überhaupt vertrauen kann. Auch wenn wir Aquino persönlich für eine integre Person halten, wissen wir nicht, ob sie letztlich das Militär disziplinieren und davor zurückhalten kann, gegen das Volk vorzugehen.

Um auf die jetzige Koalition zurückzukommen: Bei den Linken in der jetzigen Regierung handelt es sich überwiegend um Liberale Demokraten, die ein bißchen „links" angehaucht sind. Die Sozial- und Nationaldemokraten sind bisher kaum in der Koalition vertreten. Wir haben nun die Wahl: Entweder belassen wir es beim von den Amerikanern favorisierten Zwei-Parteien-System, bei dem die Mittelklasse und die unteren Klassen von zwei Elite-Parteien parlamentarisch vertreten werden sollen. Oder aber wir sorgen aktiv dafür, daß in den Philippinen ein wirklich pluralistisches Parteiensystem entsteht. Deshalb wird es wohl bald eine sozialdemokratische und vielleicht sogar eine sozialistische Partei geben. Und noch viel wichtiger ist es, daß es bald mehr politische Aktivitäten seitens autonomer Volksorganisationen und -allianzen geben wird.

Um z.B. die Verhandlungen um die Existenz der US-Basen in den Philippinen wirklich beeinflussen zu können, brauchen wir beides: eine nationalistische Regierung und eine nationalistische Bewegung. Noch sind beide sehr klein. Aber ich bin optimistisch. Wir haben bis zur Entscheidung über die US-Basen noch vier Jahre Zeit, um die Leute zu organisieren. Wenn wir gute Arbeit leisten, wird es auch eine große nationalistische und anti-imperialistische Bewegung geben. Als ich aus dem Gefängnis kam, fragten mich einige Freunde, was ich denn wirklich wüßte über die aktuelle Situation. Ich antwortete: Es gibt Grenzen, aber es gibt offensichtlich auch neue Möglichkeiten. Ich bin Optimist, ich betrachte vor allem andere Möglichkeiten, ohne jedoch die Einschränkungen und Grenzen aus dem Blick zu verlieren. Andere beschäftigen sich zulange mit den Grenzen und fragen, was denn nun überhaupt noch möglich sei. Was möglich ist, ist das, was wir möglich machen!

Wie schätzen Sie die Chancen zur Fortsetzung des bewaffneten Widerstandes in den Philippinen ein? Wie beurteilen Sie die Gespräche um Verhandlungen über einen Waffenstillstand?

Zuallererst sprach Cory davon, daß sie einen Waffenstillstand will. Die NPA (New People's Army) und die CCP (Kommunistische Partei der Philippinen) entschlossen sich nach einer längere Debatte dazu, ein öffentliches Statement über ihren Verhandlungswillen herauszugeben. Der feine Unterschied besteht darin, daß die einen von Waffenstillstand sprechen und die anderen nur von Verhandlungen. Ob ein Waffenstillstand erreicht wird, ist gegenwärtig wirklich eine sekundäre Frage. Ich selbst habe öffentlich erklärt, daß Verhandlungen beginnen müssen, weil sie Bedingung für die Reformen im Militär sind. Ich persönlich glaube, daß ein befristeter Waffenstillstand erreicht werden kann, aber eine politische Lösung, die sogar eine Waffenübergabe seitens der NPA einschließt...? Man kann sich das wünschen, aber es ist völlig unrealistisch. Warum? Weil die Wurzeln des bewaffneten Kampfes nicht nur in der Militarisierung und des Machtmißbrauchs durch das Militär liegen.

Der bewaffnete Kampf der NPA hat zwei weitere wesentliche Wurzeln: Die Agrarreform und people's power auf dem Lande. Wird die Regierung die Bauern über die Agrarreform wirklich selbst entscheiden lassen? Wenn dies tatsächlich passieren sollte, dann wird eine wesentliche Basis der NPA geschwächt. Aber bisher ist nichts dergleichen zu erwarten. Selbst wenn diese Fragen gelöst wären, so gibt es noch einen dritten Punkt: Wie kann es einen demokratischen Staat geben mit einer faschistischen Armee? Spanien war nach dem Tode Francos mit demselben Problem konfrontiert (insgesamt gab es drei faschistische Putschversuche). Du brauchst nicht Marxist zu sein, um zu kapieren, daß das Militär der Gegner des Landes ist. Vor allem dann, wenn das Land und seine Bevölkerung eine wirkliche Volksdemokratie und nicht eine „Elitedemokratie" anstrebt. Ein nationalistisches und antiimperialistisches Land braucht eine demokratische und nationalistische Armee. Nun, theoretisch können wir uns ein glorreiches Szenario vorstellen, indem die NPA den militärischen Kampf gewinnt. Aber es dürfte sehr unwahrscheinlich sein, daß die NPA die philippinischen Streitkräfte besiegen könnte.



Siegesfeier nach den Wahlen: „L" steht für Laben (Kampf)

Eine Idee wäre jedoch, die NPA einzubinden in eine neue nationale-demokratische Armee. Dies hätte allerdings zur Voraussetzung, daß die alte Armee wirklich bereit wäre, sich grundsätzlich neu zu orientieren. Dies müßte auch bedeuten, daß die Reformbewegung innerhalb der philippinischen Streitkräfte, die jetzt noch klein ist, sich ausbreitet. Ihre politische Linie — demokratisch und nationalistisch — müßte dominant werden, damit die NPA in die neue Volksarmee integriert werden könnte.

Kann das passieren? Theoretisch ja, man sollte so etwas nicht ausschließen. Ist es wahrscheinlich? Wohl nicht! Eben deshalb sind kurzfristige Möglichkeiten wie ein befristeter Waffenstillstand oder die Stärkung lokaler Bauernbewegungen und weitgehende Reformen innerhalb der philippinischen Armee wahrscheinlicher. Die Reformbewegung hat heute ca. 600 Offiziere hinter sich bei insgesamt. 8.000 (Minimalschätzung) bis 12.000 Offizieren,

Edicio de la Torre

„Im Jahre 1964 bekam der 21jährige Edicio de la Torre das Angebot, für mehrere Jahre in Rom Theologie zu studieren. Aber er blieb im Land. Er wollte ein philippinischer Theologe werden. Er studierte philippinische Geschichte; er ging aufs Land, um bei Stammesbewohnern zu arbeiten. Er lebte bei Bauern und half ihnen, sich zusammenzuschließen. In der Vereinigung Freier Bauern und deren Jugendorganisation wirkte er mit, um Bauern zu organisieren und ihre politischen Aktionen und Proteste zu unterstützen.

1968 wurde er als Priester des Ordens der Steyler Missionare ordiniert. Er begann zu schreiben, verfaßte zahlreiche Artikel und Aufsätze. Immer ging es um sein eigenes politisches Erwachen und seine Sympathie mit dem wachsenden Widerstand philippinischer Arbeiter, Bauern und Studenten. 1970 kam es zu Massendemonstrationen von Studenten und Arbeitern in Manila, die sich gegen den Vietnamkrieg und die US-gestützte Marcos-Regierung richtete, der sogenannte First Quarter Storm. Der junge Priester wurde radikaler. Seine Versuche, innerhalb reformistischer Gruppen für die Verbesserung der Lage der Bevölkerung und eine Ablösung des Präsidenten zu arbeiten, betrachtete er als gescheitert. Er schloß sich dem nationalen Widerstand an und gründete mit anderen radikalen Theologen und Ordensangehörigen die Organisation Christen für Nationale Befreiung.

Das Kriegsrecht zwang de la Torre, im September 1972 in den Untergrund zu gehen. Am 13. Dezember 1974 wurde er vom Militär verhaftet.

Als international bekannter und von amnesty international betreuter politischer Gefangener folterte man de la Torre weniger als viele seiner Mitgefangenen. Nach mehreren Monaten Isolationshaft wurde er in das Mustergefängnis Camp Bicutan verlegt, wo er viele Privilegien genoß. Er schrieb zahlreiche Gedichte, zeichnete und malte Bilder. Auf Grund starken internationalen Drucks wurde er im April 1980 entlassen — unter der Bedingung, daß er das Land verläßt. In Rom und an der Universität Louvain in Belgien setzte er seine theologischen Studien fort. Nach etwa einem Jahr kehrte in die Philippinen zurück, um vor Ort für seine Theologische Arbeit zu recherchieren."

(aus: Philippinen — wenn der Bambus bricht, Hrsg. Aktionsgruppe Philippinen, Hamburg, 1986)

Im April 1982 wurde er erneut verhaftet und vor dem Gerichtshof in Quezon City der Rebellion und Subversion angeklagt. Am 25. Februar 1986 hob der Richter alle Anklagepunkte gegen Ed de la Torre auf. Aufgrund seiner Popularität verfügte er vom Gefängnis aus über hervorragende Außenkontakte. Nicht zuletzt deshalb hat de la Torre heute einen guten Überblick über das politische Spektrum in den Philippinen nach dem Sturz von Marcos.

Momentan arbeitet de la Torre an dem Projekt mit, eine neue Linkspartei zu gründen: Die NDP, New (oder auch Nacional) Democratic Party. Diese Partei soll den parlamentarischen Arm von BAYAN bilden, einem außerparlamentarischen breiten Bündnis verschiedenster philippinischer Gruppen, das sich den Sturz des Diktators zum Ziel gesetzt hatte sowie den Stop der ungehinderten Inbesitznahme des Landes durch US-amerikanisches Militär und Kapital.

Zum aktuellen politischen Hintergrund und zu den verschiedenen philippinischen Parteien und Bewegungen sowie zur US-Präsenz vgl. „blätter des iz3w" Nr. 111, 122, 132.

das sind die gegenwärtigen Verhältnisse im Militär.

Welche Informationen liegen Ihnen über die Verhältnisse auf dem Lande vor? Wird die NPA nach wie vor von den Bauern unterstützt? Gibt es Überläufer, wie die Presse täglich berichtet?

Mir liegt natürlich kein zusammenfassender Bericht vor; ich kenne einige Geschichten und habe einiges dazu gelesen. Aber zuallererst: Das was in den Zeitungen steht, ist nicht wahr! Mindestens Zweidrittel dieser Geschichten ist frisiert worden, und zwar vom Militär oder von den Reportern selbst, die ihre Stories vom Militär erhalten.

Ich bin in meine Heimatprovinz Mindora gefahren — gewiss eine der am wenigsten revolutionären Provinzen in den Philippinen. Aber im Süden gibt es eine kleine NPA-Basis. Und dort sagen die Leute, daß sie hoffen, daß die NPA aus den Bergen kommt und verhandelt, aber andererseits sagen sie, daß das, was in Manila passiert ist, bisher in ihrer Provinz nicht angekommen sei.

Die Kommander der NPA sagen, daß sich die Situation nicht geändert hat, das Militär ist nicht weniger faschistisch oder loyalistisch als vorher, die Counterinsurgency-Programme der Militärs gehen weiter. Ich denke, die NPA hat ihre eigenen Pläne, sie wird wahrscheinlich etwas offener werden auch für Verhandlungen, aber sie muß schon aus Sicherheitsgründen vorsichtig sein.

Gibt es Überläufer oder geben die Bauern ihre Unterstützung für die NPA auf? Nun ich denke, daß einige NPA-Soldaten, die noch keine intensive politische Schulung hinter sich haben oder die hauptsächlich wegen des zunehmenden Machtmißbrauchs des Militärs zur NPA gekommen sind, sich jetzt vielleicht überlegen, ins zivile Leben zurückzukehren. Das bedeutet aber nicht überlaufen, sondern schlicht und einfach zu dem zurückkehren, was wir „weiße Zonen" nennen, um dort den nichtbewaffneten Kampf zu organisieren und fortzusetzen. Aber Überläufer in großem Maßstab? Das bezweifle ich.

Das Gesräch führten Barbara Unmüßig und Wilfried Telkämper.
Übersetzung: B. Unmüßig



Rezensionen

Atomraketen als Entwicklungshilfe

Rainer Rudert, Klaus Schichl, Stefan Seeger
Rüstungtechnologie aus der Bunderepublik für Brasilien, Indien und Argentinien
Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden Nr. 5 (August 1985), 122 Seiten.
Bezugsadresse: Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, Friedrich-Ebert-Str. 114, 4400 Münster, Preis: 6,— DM + Portokosten

In einer Zeit, in der versucht wird, bundesrepublikanische Rüstungsbetriebe verstärkt am amerikanischen SDI-Projekt anzukoppeln, geraten leicht die Nebenschauplätze deutscher Rüstungsprojekte aus den Augen. Derartige Aktivitäten bekommen besondere Brisanz, wenn sie Länder der Dritten Welt betreffen und als „technologische Entwicklungshilfe" ausgegeben werden. Beziehungen auf dem Gebiet der technologischen Zusammenarbeit sind naturgemäß schwierig zu durchschauen, da oft nicht ein fertiges Waffenprodukt angeboten wird, sondern technisches Know-How. Hier zeigt sich die ganze Problematik der Nachweisbarkeit derartiger Kooperationen, da eben auch sehr allgemeine zivil verwendbare wissenschaftliche Grundlagen bzw. Techniken geliefert werden, dem Entwicklungsland dann aber frei steht, einen nächsten Schritt — mehr oder minder offen — in Richtung militärischer Verwendbarkeit zu tun.

Die drei Autoren haben nun die Sisyphusarbeit geleistet, aus Fachliteratur, Jahresberichten verschiedener Firmen und Institute, sowie Artikeln der in- und ausländischen Presse ein Bündel von technischen, ökonomischen und politischen Details zusammenzutragen, die, im Zusammenhang betrachtet, deutlich werden lassen, daß die entsprechenden Entwicklungsländer genau einen solchen Schritt getan haben.

Aus der Fülle der rüstungspolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik wird die Kooperation mit drei nuklearen Schwellenländern ausgewählt: Gezeigt wird, daß sowohl Brasilien, als auch Argentinien und Indien mit deutscher Hilfe (z.B. durch die Firma Siemens) inzwischen im Besitz einer ausgereiften Nukleartechnik sind, wobei Indien bereits 1974 einen Atomtest durchführte. Brasilien und Argentinien sind nach eigener Darstellung in der Lage, Nuklearwaffen zu bauen.

Dies dokumentieren die Autoren an Hand vieler Quellen und zeigen auf, daß trotz Liberalisierung die gesamte Gewalt über die Atomprogramme der beiden südamerikanischen Staaten in den Händen der politisch überwiegend reaktionären Militärs liegt. In vielen Zitaten wird eine entsprechende Forderung von Militärs nach einer eigenen A-Bombe nachgewiesen. Die drei Länder haben darüber hinaus bis heute den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben! Hieraus entwickeln die Autoren politische Bedingungen, die an einer Weitergabe von nukleartechnischem Know-How zu stellen sind.

Eine besondere Zuspitzung gelingt den Verfassern bei der Frage nach geeigneten Trägern für eine solche A-Waffe. Geeignete Transportmittel wären ballistische Raketen mit genügender Reichweite, die auch bestimmte Nutzlasten fortbewegen können und ein Steuerungssystem besitzen. Die Autoren zeigen nun in einem technischen Detektivspiel, daß die in allen drei Ländern unter deutscher Anleitung (z.B. ist die DFVLR und MBB beteiligt) entwickelten zivilen Höhenforschungsraketen für den militärischen Einsatz als Mittelstreckenraketen umrüstbar sind, daß entsprechende Planungen und Untersuchungen parallel zum zivilen Programm liefen — und daß die bisher in Brasilien gebauten militärischen Raketen Ableger der zivilen Version sind!

Die an vielen Stellen hier notwendigen technischen Diskussionen über Fest- oder Flüssigtreibstoffe, über Inertial-Lenksysteme und Schubvektorkontrolle usf. erfordern schon etwas Geduld für den nicht naturwissenschaftlich vorgebildeten Leser. Aber den Autoren gelingt es, mit einfachen, übersichtlichen Darstellungen ein genaues Bild der Forschungs- und Entwicklungskooperation dieser Länder mit den beteiligten bundesrepublikanischen Partnern zu entwerfen.

Nachgewiesen wird u. a. der Austausch von Wissenschaftlern, die Durchführung von Seminaren, sowie die Lieferung und Testung von technischem Gerät.

Extrem spannend ist dann auch zu lesen, wie Vertreter der Bundesregierung auf entsprechende Anfragen im Bundestag reagieren!

Ausgesprochen gut gelungen ist die Einbettung des gesamten Technikkomplexes in die politischen und ökonomischen Gegebenheiten der jeweiligen Länder.

Die ganze Arbeit ist — trotz der bisweilen anspruchsvollen technischen Passagen — gut lesbar und zeichnet sich durch einen sehr sachlichen Argumentationsstil aus. Angesprochen wird zum einen ein Leserkreis, der am konkreten Beispiel die Problematik der Entwicklungshilfe studieren will; zum andern ist die Lektüre interessant für technisch/wissenschaftlich versierte Leute, die erfahren wollen, was mit „ihren" Produkten eigentlich gemacht wird!

Bernd Moiske

„...spannend wie ein Krimi"

Ronald Daus: Die Erfindung des Kolonialismus, Wuppertal 1983, 24.80, 384 Seiten

Ein merkwürdiger Titel, der auf den ersten Blick Verwunderung hervorruft und zum Widerspruch reizt. Dahinter verbirgt sich jedoch eine im wahrsten Sinne des Wortes spannende Geschichte, die Geschichte des spanischen Kolonialismus. Ronald Daus gibt ein Beispiel dafür, daß Geschichtsschreibung auch amüsant und spannend sein kann, spannend wie ein Krimi.

Der Autor will jedoch mit seiner Arbeit nicht nur die Geschichte des längst vergangenen portugiesischen Kolonial-Imperiums neu, und für die Kolonisatoren weniger heldenhaft, erzählen; ihm geht es vielmehr darum, am Beispiel dieser ersten kolonialen Weltmacht die verschiedenen Spielarten und Erscheinungsformen des Kolonialismus aufzuzeigen. Die Portugiesen haben, so die Meinung des Autors, „als die Ersten, als die Globalsten ... und als die Erfahrendsten in ihrer kolonialen Geschichte mit so ziemlich jeder vorstellbaren Variante des Kolonia-

lismus experimentiert" und diese zur Meisterschaft verfeinert: „Portugal gibt konzertriert ein Gesamt-Panorama des Kolonialismus" (S. 6).

Sie haben ein System des Kolonialismus erarbeitet, das dann von den nachfolgenden europäischen Mächten nachgeahmt und vervollkommnet wurde. Dieses System hat sich verselbständigt, hat seine Erscheinungsformen auf vielfältige Weise verändert und existiert heute, abgekoppelt von den längst in Vergessenheit geratenen und zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen einstigen Weltmächten Portugal und Spanien, fröhlich weiter. Das System des Kolonialismus verfügt über eine alle Jahrhunderte und alle nationalen Befreiungskämpfe überdauernde, ungebrochene Aktualität — das ist Daus' zentrale Aussage.

Die Entstehung dieses Systems des Kolonialismus war jedoch — ebensowenig wie dessen reale Grundlage: die europäische Expansion nach Übersee — nicht das zwangsläufige Ergebnis eines naturhaften Prozesses. Das massenhafte, auf rasche Eroberungen und große Reichtümer bedachte Ausschwärmen der Europäer seit den 15. Jahrhundert läßt sich weder durch ökonomische Zwänge, noch durch christlich-missionarischen Überzeugenseifer, noch durch zivilisatorisch-technische oder geistige Überlegenheit allein erklären; und auch nicht durch den steigenden Bevölkerungsdruck und eine zunehmende „Enge" auf dem europäischen Kontinent.

Der Kolonialismus hat, so Daus, „...eine viel konkretere Entstehungsgeschichte" (S. 5). Die raschen und überraschenden Erfolge zu Beginn der Kolonisation waren Zufallsergebnisse aufgrund „günstiger Kontellationen". Sie wurden erst später systematisiert und ideologisch untermauert: „Der überseeische Kolonialismus mußte, in diesem instrumentalen Sinne, erst ‚erfunden' werden. Nachdem er allerdings bestimmte Glaubenssätze, Techniken und Strukturen erhalten hatte, gewann er ein Eigenleben" (S. 5). Darin, in seiner Machbarkeit, besteht also die „Erfindung" des Kolonialismus.

Kolonialismus als Zufallsergebnis — auch das klingt zunächst provozierend. Was Daus damit sagen will, ist folgendes: Geschichte - und dies gilt auch für die Kolonialgeschichte — mag vielleicht in der rückwärtigen Betrachtung als gradlinig und geplant erscheinen, bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß die Expansionspolitik Portugals keineswegs so klar, unausweichlich, zielstrebig und geplant durchgeführt wurde, wie es im Nachhinein scheint. Kleinigkeiten oder auch der Zufall gaben häufig den Ausschlag für die künftige Richtung der Politik, und vor allem waren die Expansionsbestrebungen auch innenpolitisch sehr stark umstritten. Kritikern galt die koloniale Ausdehnung als *ein* tragisches Unterfangen, dessen Gefahren, Risiken und Verluste nicht durch die erworbenen Reichtümer aufgewogen würden, und auf das man deshalb besser verzichtete.

Es ist Daus' Verdienst, daß er diese konkrete Entstehungsgeschichte des Kolonialismus in den innenpolitischen Auseinandersetzungen und im Alltagsleben des portugiesischen Kolonialreiches aufspürt, sie exemplarisch aufzeigt und so etwas wie eine tagespolitische Aktualität kolonialer Politik wachruft und verständlich macht. Er erreicht diese Vergegenwärtigung der Vergangenheit u.a. dadurch, daß er sich gezielt eines aktuellen Sprachgebrauchs bedient; auf diese Weise ruft er beim Leser fortgesetzt Assoziationen zu den heutigen tages- und weltpolitischen Ereignissen hervor und zieht somit indirekt Parallelen. So berichtet Daus z.B. von einer regen kolonialen Spionagetätigkeit und Geheimdienstlerei an den europäischen Königshöfen jener Zeit, oder von Guerillakriegen und kolonialen Widerstandsbewegungen, die die einheimische Bevölkerung in den Kolonien gegen die europäischen Eindringlinge führt.

Auch damit bestätigt Daus seine These, daß sich das System des Kolonialismus nicht auf eine abgeschlossene historische Epoche bezieht, sondern zeitlos, funktionstüchtig und brandaktuell ist.

„Die Erfindung des Kolonialismus" ist aufgeteilt in zwei „Bücher": Das erste handelt von der soeben skizzierten Entwicklung des portugiesischen Kolonialismus, der zu „Kolonialismus überhaupt", zu einem nicht an einen bestimmten Staat gebundenen Herrschaftssystem wird, während sich das zweite Buch um die Herausarbeitung der allgemeinen Strukturen dieses zeitüberdauernden Systems bemüht.

An den Schluß seines Buches stellt Daus vier Stadt- oder Siedlungsbeispiele aus den ehemaligen portugiesisch/europäischen Kolonien in Asien: Malakka, Tugu (ein Stadtteil des heutigen Jakarta), Larantuka auf der ost-indonesischen Insel Flores und Singapur. Sie sollen nochmals die beiden wichtigsten Grundzüge des Kolonialismus verdeutlichen: Dominanzstreben und eine nahezu unbegrenzte Anpassungsfähigkeit an sich verändernde nationale wie internationale politische und wirtschaftliche Bedingungen.

In dem Hinweis auf die Zeitlosigkeit und unveränderderte Wirksamkeit, in der ungebrochenen Aktualität des Kolonialismus liegt die Hauptaussage Daus'. Sie droht jedoch manchmal in der Fülle der Details und in dem manchmal anekdotischen, witzig-ironischen Erzählstil unterzugehen. Um dies zu vermeiden, wäre eine sachlich-nüchterne, systematische Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen und der strukturellen Merkmale des Kolonialismus abschließend angebracht gewesen.

Dies schmälert jedoch nicht den generellen Wert dieses sehr lesenswerten Buches, das für jeden am Thema Interessierten eine unabdingbare und gleichzeitig eine vergnügliche Lektüre sein dürfte.

Christa Frosch-Asshauer

Philippinen

„Philippinen — Wenn der Bambus bricht" Herausgegeben von der „Aktionsgruppe Philippinen", erschienen 1986 in der Reihe „rororo aktuell", Preis 10,80 DM

Daß Marcos ab einem bestimmten Punkt nicht mehr zu halten sein würde, hatten viele in der letzten Zeit geahnt. Daß der Sturz des Machthabers so schnell, so reibungslos und vor allem fast ohne Blutvergießen vollzogen wurde, überraschte dagegen sicher die meisten Beobachter. Die Philippinen haben eine neue Regierung. Corazon Aquino verspricht, eine demokratische Entwicklung und gesellschaftliche Reformen einzuleiten. Ihre Bewunderer, Freunde und Kritiker diskutieren, ob die neue Regierung das kann — und ob sie es überhaupt will. Wer ist Cory Aquino? Und vor allem — wie geht es weiter auf den philippinischen Inseln nach Marcos?

Ich war gespannt, als ich hörte, daß das Buch der Aktionsgruppe Philippinen Anfang diesen Jahres erscheinen würde. Immerhin gibt es inzwischen eine Vielzahl von Artikeln, Analysen, Berichten und Untersuchungen zu den Philippinen. Aber eine zusammenfassende Darstellung über das Land, in allgemein zugänglicher Form, das ist neu. Die Herausgeber haben die gut 200seitige Veröffentlichung in 7 Abschnitte gegliedert: detailliert werden die Lage der Bevölkerung, die Geschichte der Philippinen, 20 Jahre Marcos-Herrschaft, die wirtschaftliche Entwicklung, die politische Kultur, Opposition und Widerstand und schließlich das Thema „die Philippinen und wir" behandelt.

Das im Titel gebrauchte Bild des brechenden Bambus und die ansprechende Form sollen nicht über eines hinwegtäuschen: dies ist kein „Roman", der an einem Abend geschmökert werden könnte. Es handelt sich um ein Buch, das, gestützt auf Fakten und Zahlen, über Sachverhalte und Zusammenhänge informiert.

Ich erhielt es, als die Presse von der sich überschlagenden Entwicklung im Februar berichtete. Natürlich fing ich mit dem Kapitel Opposition und Widerstand an. Die Entstehung und der Hintergrund der verschiedenen an der sogenannten „lächelnden Revolution" beteiligten Kräfte und ihre Beziehungen zueinander werden auf diesen Seiten dargestellt: aufregend, wenn man liest, woher enge politische Berater von Cory Aquino komme und wen ihr Kandidat für die Vizepräsidentschaft, Salvador Laurel, vertritt. Ganz anders gelagert, aber nicht weniger erstaunlich die Entstehung der Opposition im Untergrund. Hier kann man lesen, worin die Ziele der „am schnellsten wachsenden Guerilla der Welt" bestehen und wie dieser Kampf geführt wird.

Einige der Gründe, warum es die „New People's Army" gibt, finden sich gleich auf den ersten Seiten des Buches. Dort werden die sozialen Daten der Philippinen erläutert — der statistische Steckbrief eines fehlentwickelt gehaltenen Landes. Was das für die einzelnen Schichten der Mehrheit der Bevölkerung bedeutet, wird eindringlich am Beispiel des Alltages einer Bauernfamilie, von Arbeitern und den Bewohnern der Slums von Manila aufgezeigt. Wie fast in allen anderen Ländern auch schlägt die wirtschaftliche Krise besonders auf die Lage der Frauen durch. Das Buch begründet, warum gerade in dieser Zeit die Zahl der Frauen, die zur Prostitution gezwungen sind, ständig wächst.

Bei einem Blick in die bundesdeutsche Presse fällt gegenwärtig auf, daß sich auch konservative Berichterstatter nicht scheuen, den Ex-Diktator der größten Betrügereien anzuklagen. Fast überbietet man sich gegenseitig in Empörung über die Raffgier dieses Mannes. Mit Scheinheiligkeit hat das natürlich nichts zu tun. Denn wer erinnert sich nicht an den jahrelangen publizistischen Kampf von „FAZ" und „Bild" gegen die Charakterlosigkeit des Ferdinand Marcos? Dagegen nachzuweisen, wie es Marcos und seiner Clique gelang, in eine Position zu kommen, die ihm dies überhaupt erst ermöglichte, und wer ihm dabei hilfreich zur Seite stand, das leisten die Verfasser in dem Kapitel „20 Jahre Marcos".

Der Abschnitt über die wirtschaftliche Entwicklung ist mir allerdings zu trocken und über manche Strecken auch nicht verständlich. Spannend und aufschlußreich dagegen finde ich die Kapitel über die Rolle der Katholischen Kirche, der Gewerkschaften und der politischen Kultur auf den Philippinen.

Die Philippinen sind kein „exotisches Land", das mit der Bundesrepublik nichts zu tun hätte. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind im Gegenteil eng. Aber mit diesem Mythos lassen sich hierzulande Geschäfte machen. Im letzten Kapitel wird dazu ein besonderer Aspekt behandelt. Der überwiegende Teil der in der BRD lebenden philippinischen Staatsangehörigen sind Frauen. Die meisten arbeiten auf schlecht bezahlten Stellen. Der Deutsche Caritasverband nennt sie „Mitbürgerinnen auf Abruf". Statistisch nicht erfaßt sind natürlich die hier illegal lebenden Filipinas, ferner nicht die von deutschen Männern „heimgeholten Bräute". Kein Zweifel, wir haben mit den Philippinen zu tun. Und sei es über den „Sender Veritas" der dortigen Katholischen Kirche, der von der „Hans-Seidel-Stiftung" der CSU finanziert wird...

„Wenn der Bambus bricht" ist ein Arbeitsbuch. Es richtet sich an diejenigen, die mehr von diesem Land erfahren wollen, als es aus der Tagespresse möglich ist. Das neue Buch der Aktionsgruppe Philippinen weist sie als die dafür kompetente Stelle aus.

Hermann Lührs

Neues Lehrbuch Entwicklungspolitik

Es gibt Bücher, deren Aufmachung Antiwerbung ist. Mitunter verbirgt sich dahinter Lesenswertes. So zum Beispiel ein entwicklungspolitisches Lehrbuch neuer Machart des promovierten Volkswirts **Gerald Braun, Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungspolitik, Studienbücher zur Sozialwissenschaft 51, Westdeutscher Verlag, Nov. 1985, 332 S. DM 29,80**
Eine Publikation, die durch stringente Gedankenführung, angenehme Sachlichkeit und äußerst differenzierte Darstellungen beeindruckt und bald zur Pflichtlektüre entwicklungspolitischer Seminare an Schule und Universität werden könnte. Die besondere Berücksichtigung der militärischen Aspekte des Nord-Süd-Konflikts macht das Studienbuch zu einer Bereicherung der Angebotspalette entwicklungspolitischer Grundlagenwerke. Es unterteilt sich in drei größere Blöcke:

Nach einem einführenden Teil, der auch theoretische Hintergründe beleuchtet, folgen wirtschaftliche (Multis), entwicklungspolitische und militärische (Waffenexporte) Aspekte des Nord-Süd-Konflikts.

„Nicht die Überbevölkerung ist Ursache des Hungers, sondern der Hunger ist Ursache der Überbevölkerung." (S. 45) Diese Einschätzung am Ende des ersten Kapitels steht nach einer an Schaubildern und Tabellen reichen Abhandlung, gespickt mit kleingedruckten Definitionen zentraler Begriffe.

Eine Vorgehensweise, die — eingebettet in eine klare Gliederung — das ganze Buch über durchgehalten wird. Die oben zitierte Beurteilung allerdings, entstammt einem anderen Werk, dessen Titel auf Seite 298 in den Anmerkungen nachzulesen ist. Darin liegt wohl die Hauptschwäche des Studienbuches. Zu oft läßt der Autor andere für sich sprechen, so daß sich das Buch stellenweise (und besonders in dem kompakten theoretischen Teil) wie eine Collage zentraler Literaturpassagen liest. Das mag aus didaktischen Gründen berechtigt sein, ist aber mitunter ärgerlich. Eine Anregung an den Verlag: Anmerkungen am Ende jedes Kapitels erleichtern dem Leser die anspruchsvolle Lektüre. Aber trotzdem kommt Brauns Meinung beim Leser an. Er favorisiert den Index für physische Lebensqualität und Galtungs Theorie des strukturellen Imperialismus als Indikator für Unterentwicklung bzw. als Erklärungsmuster des Nord (West)-Süd-Konflikts.

„Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft" lautet der Titel des vierten von acht Kapiteln, die jeweils etwa 40 Seiten umfassen. Dort gelingt es dem Autor die komplizierten Zusammenhänge internationaler wirtschaftlicher Verflechtung (Arbeitsteilung, Verschuldung...) und Lösungsansätze (Neue Weltwirtschaftsordnung, Dissoziation...) übersichtlich aufzuzeigen. Für den im Umgang mit ökonomischem Vokabular weniger Vertrauten erfordert es allerdings spätestens hier einiges Stehvermögen, das sich aber in den folgenden Ausführungen auszahlt. Einige Schlaglichter:

„Ansonsten richtet man sich auf eine Art friedlicher Koexistenz ein, von der die Konzerntöchter profitieren — und die Eliten in der Dritten Welt-" (S. 199) So die wohl treffende Beschreibung des Status quo im Verhältnis Multis-Entwicklungsländer. Ihr folgt, nach einer griffigen Darstellung von Theorie und Praxis der transnationalen Unternehmen, die vorsichtige Ablehnung der Tätigkeit dieser wirtschaftlichen Kolosse.

„Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe war also zu den ‚guten alten Zeiten' der Hallstein-Doktrin, relativ gesehen, höher als während der sogenannten Reformphase in den siebziger Jahren." (S. 233) Ein Aspekt, den die letztjährige Diskussion über die ‚Tödliche Hilfe' weithin vernachlässigte. Braun jedenfalls sieht lediglich in einem reformistischen Ansatz Chancen für tatsächliche Hilfe. Reform, Verbesserung der Entwicklungshilfe, allerdings nicht im Sinne der Bundesregierung, die „weitgehend technokratisch-ökonomischen Modellen verhaftet bleibt" (S. 246), vielmehr in Richtung auf ein Entwicklungsverständnis, das mehr als eine „Summe von privatwirtschaftlichen Konzernaktivitäten, gut dotierter Expertentätigkeit und staatlichen Entwicklungsprojekten" ist. (S. 246)



Bei der geglückten Darstellung der Rüstungstransfers, die auch Polizei- und Militärhilfe sowie Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe abhandelt, wird eines klar: die schwammige Begrifflichkeit und die Untrennbarkeit militärischer, politischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge in der Auseinandersetzung mit dem Nord-Süd-Konflikt. Dieser Tendenz mit exakten Definitionen bzw. mit der Darstellung der Verflechtungen entgegenzuwirken, darin liegt die Stärke dieses Studienbuches.

Wie es in Zukunft aussehen könnte? Die unterschiedlichen Ideale, die Modellen einer globalen Friedenspolitik zugrunde liegen, zeigt Braun deutlich auf. Daß er mit dem sozio-politischen Verteilungsmodell sympathisiert, verleugnet er nicht. Damit lehnt er sich an Vorstellungen kirchlicher Gruppen an, die eine global anerkannte Rechtsordnung, ein soziales Verteilungssystem und eine umfassende „Weltinnenpolitik" fordern (S. 293 f). Aber: „Ein Konzept alternativer Entwicklung setzt einen anderen Lebensstil voraus — nicht mehr und nicht weniger." (S. 247) Solange dabei politisches Bewußtsein und Handeln nicht in einen Dornröschenschlaf verfallen, kann dieser Hinweis nur die Glaubwürdigkeit der Protagonisten neuer Modelle erhöhen.

as

Aktionen gegen Apartheid

— owa — Zu einem bundesweiten Bankenaktionstag am 16. Mai dieses Jahres rief der Arbeitskreis „Kein Geld für Südafrika“ (München) auf. Mitglieder des Arbeitskreises sind Mitarbeiter der Evangelischen Frauenarbeit i. D., der Anti-Apartheid-Bewegung, sowie Parteimitglieder und Gewerkschafter. Schätzungsweise 30.000 Apartheidgegner demonstrierten in achtzig Städten der BRD zumeist vor den Filialen der Geldinstitute. Gefordert wurde die sofortige Einstellung von Krediten und Anleihen nach Südafrika und der Boykott von Krügerrand Goldmünzen.

„Die Bundesrepublik hat im Zeitraum 1982—84 Kredite in Höhe von 1.235 Mill. US$ an Südafrika gegeben. Bundesdeutsche Banken haben zusammen mit der Schweiz die Nachfolge der US-Banken im Management für Kredite übernommen. Die Kredite gingen an die Republik selbst oder an halbstaatliche Firmen, die enorme strategische Bedeutung haben. Krügerrand-Münzen, die bis zu einem Viertel den Staatshaushalt decken, wurden in der Bundesrepublik 1984 in der Höhe von 305.6 Mill. US$ eingeführt. Die ausgedehnten Geschäfte mit Südafrika — Export 1984 ca. 5.47 Mrd. DM, Import 1984 ca. 1,56 Mrd. DM, Invesitionen 1984 ca. 171,2 Mill. DM, Hermes-Bürgschaften und das Doppelbesteuerungsabkommen — decken die engen Verflechtungen mit der Burenrepublik auf. Daraus entwickelt sich die Forderung nach Beendigung der Geschäfte mit der Apartheid und Aufruf zum Boykott.“

(zitiert nach Pressemitteilung der BAG Christen bei den Grünen)

„Tumultartige Szenen“ begleiteten die am gleichen Tag stattfindende Hauptversammlung der Dresdner Bank, die der Anlaß des Aktionstages war. Die Kritischen Aktionäre verurteilten in ihren Redebeiträgen die diversen Beziehungen zwischen der Dresdner Bank und Südafrika. So vergab die Bank Anleihen z. B. an das staatliche „Transportunternehmen“ SATS, welches direkt an der Aufstandsbekämpfung beteiligt ist, sowie an die Elektrizitätsgesellschaft ESCOM, die maßgeblich am Südafrikanischen Atomprogramm beteiligt ist. Auch die Lieferung von fünf Militärhubschraubern der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm (an der die Dresdner beteiligt ist) wurde angesichts der brutalen Einsatzmöglichkeiten durch die Regierung bei Aufstanden und dem hintergehen des UNO-Rüstungsembargo von 1977 scharf verurteilt. Weiter wurde kritisiert, daß die Dresdner als Haupteigentümerin der namibischen Swabank völkerrechtswidrige Exporte aus Namibia finanziere. Bezüglich der Umschuldungsverhandlungen kritisierten die Kritischen Aktionäre, daß die Dresdner wie auch andere deutsche Banken die Umschuldungen nicht von vorherigen Schritten zur Eindämmung der Apartheid abhängig machen, wie z. B. US-amerik. Banken.

Zu den Vorwürfen äußerte sich W. Roeller, Vorstandsprecher der DB: „Unsere Geschäfte in Südafrika gehen unvermindert weiter.“
So einfach ist das!



Bundesdeutsche Entwicklungshelfer gegen südafrikanische Apartheidspolitk

Der folgende Text ist eine Stellungnahme von Entwicklungshelfern die z. Zt. in Tansania tätig sind, und der ihre Betroffenheit zum Ausdruck bringt.

„Wir sind 12 Entwicklungshelfer, die in verschiedenen Bereichen in Tansania arbeiten. Durch die Tatsache, daß Tansania einer der „frontline states“ zu Südafrika ist, fühlen wir uns in besonderem Maße durch die Ereignisse betroffen, die uns aus dieser Region berichtet werden.

So wird in der Republik Südafrika nach wie vor die schwarze Bevölkerungsmehrheit durch eine rassistische Regierung unterdrückt und ausgebeutet, wird diese Politik seit Monaten unter dem Mantel des Ausnahmezustandes verschärft. Im Widerstand gegen dieses unmenschliche System haben allein im letzten Jahr Hunderte von Menschen ihr Leben lassen müssen. Nun scheint die südafrikanische Regierung diese Auseinandersetzung sogar verstärkt in Nachbarstaaten fortzusetzen. Die Zahl der Übergriffe auf Mocambique, Swasiland, Zimbabwe, Botswana, Angola und Lesotho sind kaum noch zu zählen, ganz abgesehen davon, daß die RSA Namibia entgegen dem Völkerrecht besetzt hält. Auch der kürzlich erfolgte Putsch in Lesotho geht allem Anschein nach auf das Konto der RSA.

Angesichts dieser Situation erscheint es uns völlig unangebracht, daß die Bundesregierung und viele bundesdeutsche Konzerne nach wie vor gute Beziehungen zur südafrikanischen Regierung haben und sie durch weiterhin starke Handelsbeziehungen sogar stärken.

Wir möchten hiermit alle, auch die Bundesregierung, auffordern diese Kontakte so bald wie möglich einzustellen, sowohl, um sich nicht — wenn auch indirekt — mitschuldig an diesem Krieg einer Regierung gegen ihre eigene Bevölkerung zu machen, als auch, um die von Bundesbürgern in den Nachbarländern geleistete Arbeit nicht unglaubwürdig erscheinen zu lassen.

Weiterhin fordern wir als ein erstes Zeichen für eine Abkehr von der bisherigen Konfrontationspolitik der Regierung der RSA die Freilassung von Nelson Mandela, dem Führer der schwarzen Bevölkerungsmehrheit.

Wir selber werden, auch wenn dies nur ein kleiner Schritt ist, zusammen mit den anderen Entwicklungshelfern unserer Organisation keine Verkehrsmittel mehr benutzen, die auch nach Südafrika verkehren. Mit diesem Schritt wollen wir auch vor allem die Lufthansa auffordern, dem Beispiel anderer Fluglinien zu folgen und ihre Flüge nach der RSA einzustellen.“

Zanzibar, den 9. März 1986

Harald Bosse, Angelika Goebel, Dietrich Grebbin, Edda Müller-Zimmermann, Stefan Oswald, Rüdiger Packmohr, Frank Rißmann, Michael Rönnau, Manfred Schieß, Angelika Schlichting, Wilfried Stahlhut, Bernhard Wimmer

Zeitschriftenschau

issa 3/1986, (April/Mai)
Schwerpunkt: Angola — im 11. Jahr der Unabhängigkeit

Über Angola ist hierzulande nur wenig zu lesen, Informationen über das Land sind vergleichsweise spärlich. Der Informationsdienst hat darum diesmal seinen Schwerpunkt diesem Land gewidmet.
Wirtschaft ist ein größerer Themenkomplex. In zwei Artikeln wird einmal ausführlich über die schwierige wirtschaftliche Entwicklung zwischen Kriegs- und Planwirtschaft berichtet, ein anderes Mal wird die Landwirtschaftspolitik der MPLA gegenüber den Bauern kritisch beleuchtet. Desweiteren geht es um die jüngsten Zusagen der Reagan-Regierung über materielle Unterstützung für die UNITA. Ein Auszug aus dem Roman „Mayombe" des angolanischen Schriftstellers Pepetela ist zugleich eine Diskussion über die Problematik von Befreiungsbewegungen an der Macht. Länderberichte zu Südafrika, Namibia und Zimbabwe.
Bezug: Issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
Preis: DM 5,–

ila-info Nr. 95, Mai 1986
Schwerpunkte: Das aktuelle Heft des ila-Info versteht sich als Beitrag gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit und die weitere Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl. Es enthält Beiträge zur Entwicklung der Asylgesetzgebung, ein Interview mit einem exilierten Argentinier zu seinen Erfahrungen als politischer Flüchtling in der BRD, einen Diskussionsbeitrag zur Reserviertheit der Solibewegung gegenüber der Ausländerarbeit, sowie zwei Beiträge über ein weitgehend verdrängtes Thema unserer linken Geschichte: das deutsche Exil in Lateinamerika zwischen 1933 und 1945.
Weitere Beiträge: Uruguay-Bilanz eines Jahres Demokratie, Landbesetzungen in Brasilien, zur Situation der Indianer im peruanischen Regenwald, zu Leben und Werk des marxistischen Theoretikers José Carlos Mariátegui, zum Frauenfriedensmarsch in Mittelamerika u.a.m.

ila-info Nr. 96, Juni 1986
Schwerpunktthema: Wir und Nicaragua; Die Destabilisierungskampagne gegen das freie Nicaragua, und wie wir damit umgehen, ist der Hintergrund des aktuellen ila-infos. Es enthält Beiträge zur US-Strategie gegen Nicaragua, zur rechten Propagandakampagne gegen Nicaragua in der BRD, zur Rolle der SPD, zur sogenannten „kritischen Solidarität", zur Entwicklung von Kunst und Kultur in Nicaragua und den Bericht eines ausgestiegenen Contra.
Weitere Beiträge: Mexico vor der Fußball-WM, zur Geschichte des Fußballs in Brasilien, zum BUKO in Bremen, zum Staatsterrorismuskongreß in Frankfurt, zum Programmentwurf der Grünen u. a. m.

Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Einzelpreis DM 3,50 Jahresabo DM 35,00

epd-Entwicklungspolitik 9/10/86
Schwerpunkte: Die Nummer 9/10/86 von epd-Entwicklungspolitik enthält Beiträge einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Entwicklungspolitik – Bilanz und Perspektiven" des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im März 1986. Es kommen Stimmen von Grass bis Weizsäcker, von Eppler bis Warnke zu Wort.
Fazit: Wenn eine Entwicklungspolitik nicht alle Instrumente politischen und wirtschaftlichen Handelns nützt, um Schaden von der Dritten Welt abzuwenden, sollte sie auf den Begriff Politik verzichten.

epd-Entwicklungspolitik 11/86
Weltwirtschaftsberichte zeigen Grenzen der Politikreform in den Entwicklungsländern / Kontroverse in der SPD um Entschuldungspläne / Babu „In memoriam Prebish" / das spannende und spannungsreiche Verhältnis zwischen Aktionsgruppen und der Institution Kirche / Eritrea: Anhörung der Grünen / Schulden der Entwicklungsländer gegen über dem RGW / Agrobusiness: Handelshäuser gegen in die Landwirtschaft / Stellungnahmen von Befreiungstheologen zum neuen Vatikandokument über Theologie der Befreiung /
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17
Einzelpreis DM 3,00, Doppelheft DM 4,50

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 103/104, 1986
Schwerpunkte: „Kein Ché ist nicht in unserer Mitte" – Geschichte Gegenwart und Perspektiven von Solidaritäts- und Dritte-Welt-Arbeit in der Bundesrepublik; Vorbereitungsmaterialien des 10. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen mit Beiträgen zu Internationalismus in der Adenauer-Ära – Algeriensolidarität; Große Koalition, Studentenbewegung und Vietnam-Soli-Arbeit; Sozial-Liberale Koalition und die Solidaritätsarbeit zu Chile, den portugiesischen Kolonien, Zimbabwe und Südafrika; Die Ära Schmidt, die Alternativbewegung und die Internationalismusarbeit; Internationalismusverständnis; Entwicklungspolitische Aktionsgruppen; Solidaritätsbewegung auf der Suche nach der eigenen Revolution; Frauen und Internationalismusarbeit; Ländersolidarität oder inhaltliche Kampagnen; Aktionsformen in der entwicklungspolitischen Arbeit; Solidaritätsarbeit mit Asylsuchenden; Entwicklungspolitische Zeitschriften; Nationale Befreiung und Kultur.
Bezug: IG Dritte Welt, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21
Einzelpreis DM 6,00 (Doppelnummer), Jahresabo DM 36,00

Inprekorr Nr. 182, Juni 1986
Inhalt: Tschernobyl: Das sowjetische Atomenergieprogramm; Polen: Aktionsprogramm der Arbeiteropposition; Frieden: Kontroverse über die einseitige Abrüstung in der Sowjetunion; China: Trotzki wird rehabilitiert; Italien: Das Godesberg der KPI; Südafrika: 1. Mai-Streik von COASATU; USA: Vereiningung dreier revolutionär-sozialistischer Organisationen.
Bezug: ISP-Verlag, Mainzer Landstr. 146, 6000 Frankfurt 1
Jahresabo (12 Ausgaben): DM 35,—; Probeabo (3 Ausgaben): DM 6,—

AIB 5/1986 und AIB-Sonderheft 2/1986 „Philippinen"
AIB 5/1986: Kommentar zur Libyenkrise und Nicaragua; O. Tambo (ANC): Ziele für ein befreites Südafrika; Nicaragua: Interview mit C. Nunez zur neuen Verfassung; Weltraumrüstung: Rede des Staatschefs von Madagaskar D. Ratsiraka; Artikel zur aktuellen innenpolitischen Entwicklung in Guatemala, Haiti, Libanon und Südkorea.
AIB-Sonderheft 2/1986 „Philippinen": Was gehen uns die Philippinen an?; Von Marcos zu Aquino; Die Befreiungsbewegung; Interview mit Horacio „Boy" Morales (NDF); Aufstandsbekämpfung mit Tradition; Die US-Basen: Vorrüsten für Intervention und Erstschlag; Scheitern der Wirtschaftpolitik.
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Einzelheft DM 3,00 Sonderheft DM 2,00

Lateinamerika-Nachrichten 148, Mai 1986
Schwerpunkte: Im Rahmen seiner Menschenrechtskampagne hat CDU-General Geißler seine Aufmerksamkeit auch Chile zugewandt. Seine Dokumentation zum Thema erweist sich jedoch als tendenziöse und schlampige Arbeit. Die CDU bleibt weiterhin hinter den Vorstellungen ihrer chilenischen Schwesterpartei zurück.
Außerdem in diesem Heft: Kolumbien: Wahlen und „schmutziger Krieg"; Armero: Die Katastrophe nach der Katastrophe; Nicaragua: Reagan und die Contras; Brasilien: Stabilität statt Marktwirtschaft; Argentinien: Generalstreiks — und was dann?; Honduras: Menschenrechte in einem besetzten Land; Kritische Solidarität: Parteilichkeit ohne Scheuklappen.

Lateinamerika-Nachrichten 149, Juni 1986
Chile: Santiago am 1. Mai: eine besetzte Stadt, Pinochet läßt seine Truppen wie im Belagerungszustand agieren, ohne ihn formal zu verkünden / Interview mit Manuel Bustos, chilenischer Gewerkschaftsführer: 1986 — Jahr der Entscheidung? / Kultur des Widerstands oder Widerstand der Kultur — kurzer Abriß der Geschichte der Volkskultur im chilenischen Widerstand, ihre zentrale Bedeutung — Strategien des Regimes, um die Kulturbewegung durch Vermarktung und Zersplitterung zu entpolitisieren und zu schwächen; Guatemala: Drei Monate Christdemokratie; Dominikanische Republik: Zuckerrohr und Menschenrechte; Peru: Alan Garcia und die Sozialistische Internationale; Film: 32. Kurzfilmtage in Oberhausen; USA: Die Stimme des Imperiums; Solidarität: Laura Pinto in El Salvador entführt; Rezension: Ein Tod in der Familie Sanchez
Index 13. Jahrgang (Juli 85 bis Juni 86) der Lateinamerika Nachrichten
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 22
Einzelheft DM 4,50

Neuerscheinungen / Tagungshinweise

Die Ballade von Ali aus Kesan, Haldun Taner, Dagyeli Verlag, Frankfurt 113 S., DM 16,80

Aufrüstung, Krieg und Elend in der Dritten Welt, Osnabrücker Dritte Welt Schriften, Heft 1, Colloquium Dritte Welt, Uni Osnabrück, 123 S., DM 6,00

Der Kampf ist mein Leben, Nelson Mandela, Weltkreis Verlag GmbH, 4600 Dortmund 1, ISBN 3-88142-373-7, 384 S., DM 18,00

Frieden schaffen mit europäischen Waffen? Otto Pirschel, isp-Verlag, Postfach 111017, 6000 Frankfurt, ISBN 3-88332-105-2, 110 S., DM 10,80

Umsiedlung und Flüchtlinge in Nicaragua, Hrsg. ICFD, Rautenbergstr. 11, 2000 Hamburg 1, 25 S., DM 2,50

Hunger und Profit — Agrobusiness in Afrika, Barbara Dinham, Colin Hines, P. Kirouirou-Verlag Edition Bantoues, ISBN 3-88827-034-0, 265 S.

Purdah. Muslimische Frauen in Indien, Patricia Jeffrey, Express Edition, ISBN 3-88548-094-8, 195 S., DM 29,80

Hunger wird gemacht, Aktionsbroschüre vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Postfach 3205 20, 4000 Düsseldorf 30, 52 S., DM 1,00

Lateinamerika — Herausforderungen an Politik und Wissenschaft, ADLAF, Münsteraner Schriften zur Lateinam.-Forschung, ISBN 3-924004-20-X, 79 S.

Frauen — Ein Weltbericht, New Internationalist, Orlanda-Frauenverlag, ISBN 3-922166-23-7, 378 S.

Zami — Eine Mythobiographie, Andre Lorde, Orlanda-Frauenverlag, ISBN 3-922166-20-2, 304 S., DM 29.80

Das Land denen, die es bebauen — Agrarreform in Nicaragua, Bernd Graul, ISBN 7-88142-361-3, 220 S., DM 14,80

Learning im Zimbabwe — A Study Projekt, Exkursionsberichte eines zweijährigen Lehrforschungsprojektes, Bezug: Roland Westhaus, Wieseckerweg 40, 6300 Giessen, 144 S., DM 10,00

Zum Verhältnis von Bildung und Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt, Ullrich Lauser, Weltforum Verlag, Institut für Allgemeine Überseeforschung.

Schule und Kolonialismus — Das formale Erziehungswesen Namibias, Henning Melber, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg

Erwachsenenbildung und Entwicklung in Tanzania, Heribert Hinzen, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg.

Azania — Das Foto-Taschenbuch 3, Eckhard Supp, Dirk Nishen Verlag, ISBN 3-88840-603-3, 92 S., DM 16,00
Bezug: Nishen Verlag, Am Tempelhofer Berg 6, 1000 Berlin 61

Zu viele Menschen? Die Bevölkerungskatastrophe ist meidbar, Ansgar Skriver, Piper Verlag, ISBN 3-492-00803-8, 206 S., DM 12,80

Das Pharmageschäft in der Dritten Welt, BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, 63 S. DM 7,00

Afrika wird totgefüttert, Randolph Braumann, Volker Jannen, Rasch und Röhring Verlag, Hamburg-Zürich

The Third World in Transition — The Case of the Peasantry in Botswana Scandinavian Institute of African Studies, Uppsala

Nicaragua — Texte und Fragen, Brot für die Welt (Hrsg), Studienhefte nr. 15 des Missionshilfe-Verlages, Hamburg

Pogrome gegen die tamilische Minderheit in Sri Lanka — Warum die Tamilen in der BRD Asyl brauchen. Bezug: Wolfgang Berger, Blunkenburger Str. 14, 2800 Bremen, 96 S., DM 4,50

„Peru unter ‚sozialdemokratischer' Regierung: Neue Agrar-, Sozial- und Schuldenpolitik eines Entwicklungslandes?", 18.-20. 7. 86, Bergneustadt, Information und Anmeldung: Alfred Nau-Heimvolkshochschule, z. Hdn. Frau Wilimzik, Friedrich-Ebert-Str. 1, 5275 Bergneustadt

„Kultur und Politik bei José Carlos Mariátegui und Antonio Gramsci", 2.—5. 10. 86, Hamburg, Information und Anmeldung: Kulturfestival e. V., Jarrestr. 20, 2000 Hamburg 60

„Agrarreform in Nicaragua", 19.—21. 9. 86, Radevormwald, Information und Anmeldung: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1

„Nicaragua: Der mühsame Weg der Befreiung", 27.—29.6.86, Oberwesel, Information und Anmeldung: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn

„Verfolgt? Sollen Sie doch bleiben, wo der Pfeffer wächst! — Zur Situation der Tamilen in Sri Lanka und in der Bundesrepublik", 20.—22.6.86, Berlin, Information und Anmeldung: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn

„10 Jahre Soweto" (Diskussionsveranstaltung), 18. 6. 86, 19.30 h, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, Frankfurt

„Die Würde des Menschen wird verletzt — Wochenendtagung wider den Handel mit Frauen aus Übersee", 26.—28. 9. 86, Bad Segeberg, Information und Anmeldung: Ev. Akademie Nordelbien, Marienstr. 31, 2360 Bad Segeberg

„Verantwortlich leben lernen — für uns und die Dritte Welt", Ein Ferienseminar für Erwachsene und Kinder, 28. 6.—8. 7. 86, Ammersbek, Information und Anmeldung: KED in der Nordelbischen Kirche, Haus am Schüberg, Wulfsdorferweg 33, 2071 Ammersbek 1

Kongreß „Perspektiven kritischer Solidaritätsarbeit mit den Sozialen Bewegungen in Südasien", 11.—13. 7. 86, Heidelberg, Information und Anmeldung: AK Swaraj, Christian Weiss, Lutherstr. 23, 69 Heidelberg

Workcamp Zimbabwe — Mitarbeit in Youth-Training-Centers, in einer Genossenschaft und in kirchlichen Entwicklungsprojekten, 23.7.—21.8.86, Information und Anmeldung: „Gesellschaft für internationale Begegnung e. V.", Bettina Schmidt, Hindenburgstr. 20, 65 Mainz 1

„Die Bewegung für einen unabhängigen und nuklearfreien Pazifik", 4.—6. 7. 1986, Parsberg, Information und Anmeldung: Friedrich-Ebert-Stiftung, Stobäusplatz 4, 84 Regensburg



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg